

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Belastungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonelle
 oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochentagen
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: Amt 1, Nr. 1506.
Telegraphische Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 22. Juni 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Das Zuchthausgesetz vor den Schranken des Reichstags.

Drei Tage hat die Schlacht gedauert. Und noch nicht zu Ende! Schlacht? Wo das Kräfteverhältnis ein so ungleiches ist, kann man von einer Schlacht nicht gut reden. Da gilt das Wort des Dichters: „Ein Schlachten war's, nicht eine Schlacht zu nennen.“ Zumal der eine Teil sich gar nicht wehrte. Der dritte Tag des Schlachtens — für die Socialdemokratie ein richtiges Schlachtfest — sah nur einen zerschmetterten, zersprengten Haufen, der kein anderes Verteidigungsmittel mehr hatte, als den Anruf des Mitleids. Eine Rede, wie sie gestern zu Beginn der Debatte der Vizekanzler von Posadowsky hielt, ist in keinem Parlament der Welt noch gehalten worden. Der Minister eines großen Reichs, der sich vor die Volksvertretung hinsetzt und zerknirschert erklärt: ich bin's nicht gewesen! alle Regierungen haben das Zuchthausgesetz gewollt und beschlossen, und ich, ich bin doch nicht Schuld daran — das ist ein Schauspiel, welches noch nicht dagewesen ist — ebenso wenig wie ein solches Gesetz und eine solche Begründung und eine solche „Denkschrift“.

Um den Eindruck seiner Worte zu erhöhen, schob der unglückliche Vize-Reichstanzler noch — was der äußerste, der höchste Appell ans Mitleid ist — schob er noch die Kinder vor, hielt sie als Deckung vor sich, und erzählte uns eine Schauermär, wie sogar Schulkinder die Opfer socialdemokratischen Streik-Terrorismus geworden sind.

Wenn sich Graf Posadowsky während der Verhandlungsferien die Sache also weiter überlegt, wird er uns vermutlich im nächsten Herbst einen neuen Zuchthausgesetz-Paragrafen vorschlagen, der die armen Kinder gegen den Streik-Terrorismus schützt. Und schließlich kommt er uns dann noch gar mit Kleinkinder-Verwahrungen, wo die Säuglinge vor dem socialdemokratischen Gift bewahrt und bloß mit der polizeilich approbierten und patentierten „Milch der frommen Denkschrift“ genährt werden.

Fürwahr, es ist schwer, da ernst zu bleiben. Und doch ist die Sache so furchtbar ernst. Daß ein Staat wie der deutsche, ein Staat, bevohnt von einem Kulturvolk, Männer an seiner Spitze haben kann, die derartige Anschauungen haben und derartige Dinge aussprechen — das ist in der That ein Rätsel, vielleicht das tragischste Geschichts-Rätsel der modernen Zeit. Ein Rätsel, dessen Lösung nur die genaueste Kenntnis der deutschen Geschichte befähigt, die Kenntnis der zwei Jahrhunderte, die Deutschland nach dem Baurkrieg verloren, und die Kenntnis des unheilvollen Schicksals, durch welches das deutsche Bürgertum verhintert worden ist, die historische Rolle des Bürgertums zu erfüllen: das heißt, den junkerlichen Pund der feudalen Mittelalters zu beseitigen und die bürgerliche Freiheit zu begründen. Was die Engländer vor 250 Jahren sich vom Hals schafften, das ist in Deutschland noch nicht weggefegt, liegt wie ein Alp auf uns, ersticht das politische Leben, lähmt alles Lebendige.

Was ist über die gestrige Debatte noch weiter zu sagen? Was war gestern überhaupt noch zu sagen? Die Wahrheit für jeden, der Augen hat zu sehen, ist in diesem Falle ja so sonnenklar, so handgreiflich, daß von vornherein die Grundlagen für einen wirklichen geistigen Kampf fehlten. Hier gab's nur zornigen Protest, flammende Anklage. Nichts konnte im Reichstag gesagt werden, was nicht in der Presse, nicht in Versammlungen schon über und über gesagt war. Und am dritten Tage, was konnte da noch zu sagen sein? Nur Thatsachen haben noch das Wort.

Gespannt sein konnte man nur auf das, was die Regierung, ihre Vertreter und ihre Verteidiger sagen würden. Und die Regierung selbst, ihre Vertreter und Verteidiger haben nichts gesagt. Das entsehrte Bild von Sais, das dem Fürsten Bismarck so gut gefallen hat, konnte nicht verschwiegener und nicht — weniger anziehend sein, als die preussisch-deutsche Regierungswissenschaft, welche das Zuchthausgesetz geboren hat.

Als Graf Posadowsky gestern zerknirschert zu beichten begann, konnte man einen Augenblick hoffen, er würde die Geschichte des Zuchthausgesetzes von Anfang, vom embryonischen Zustand an erzählen. Das wäre interessant gewesen. Der Hofmann siegte jedoch über den zerknirscherten Minister, der das Bedürfnis hat, sich zu rechtfertigen. Er sprach nicht und begnügte sich damit, die Schuld auf „alle Regierungen“ zu wälzen. Er hätte merkwürdiges erzählen können: von Reumkirchen, von Bethel-Bielefeld, von Deynhäusen und wiederum von Reumkirchen, und noch einmal von Reumkirchen. Er schwieg — und er bleibt Minister.

Das ist die Moral der Geschichte. Die echte preussisch-deutsche Moral.

„Ist denn kein Stumm da?“ fragte ängstlich herumirrend das Auge des, trotz zur Schau getragener Maske der Ruhe, ins Innerste erregten Posadowsky. Ach, Stumm weist nicht in Berlin — aber dem „geistigen Vater“ des Zuchthausgesetzes werden in diesen Tagen die Ohren gebrummt haben, wie nach Empfang einer kräftigen Ohrfeige. Und so kräftige Ohrfeigen hat der „König“ von Saarabien noch nicht erhalten. Nun, wenn kein Stumm da ist, dann wenigstens ein Stumm-Mann: der königlich preussische Handelsminister und preussisch-deutsche Staatssekretär Bressfeld. Herausgelockt durch eine überaus scharfe Rede Böfikes, der,

berufen wie keiner in höherem und nur wenige in gleichem Maße, ein unbefangenes Urteil zu fällen, die Zuchthausvorlage mit weißglühendem Eisen gebrandmarkt und die Parteinahme zu Gunsten der Arbeitgeber mit Peitschenhieben gegeißelt hatte — ergriff „Kollege“ Bressfeld das Wort und rettete nicht den Freund. Im Gegenteil, er zog ihn vollends in die Tiefe. Durch eine Lobrede auf die Unternehmer syndikate wurde er Kronzeuge gegen die Zuchthausvorlage und durch eine taktlose Aeußerung hyperlokalen Gesinnung griff er in den Machtbereich des Präsidenten ein und zog sich einen Ordnungsruf zu, der vom Hause mit großer Gemüthung begrüßt ward. Herr Bressfeld konnte nun mit Herrn Posadowsky Betrachtungen darüber anstellen, wer von beiden am besten weggekommen.

Der sächsische Bevollmächtigte Fischer glaubte sich den beiden Ministern als Gefährte zugezogen zu müssen: er suchte das fatale Urteil des Berliner Landgerichts über das Dresdener Oberlandesgericht durch einen Geniestreich aus der Welt zu schaffen, indem er erklärte, es sei unmöglich, daß ein solches Urteil gefällt worden sei. Ergo ist es nicht gefällt worden. Der Zauberer vergaß, daß Berlin nicht in Sachsen liegt.

Für die Zuchthausvorlage — auch das ist bezeichnend — sprach gestern niemand aus dem Hause. Gegen sie noch der Volksparteiler Hausmann, der Pole Czarlinski und der Elssasser Winterer.

Gerichtet ist die Vorlage. Aber der Vorhang wird erst am Donnerstag fallen über dem Trauerspiel des deutschen Zuchthauskurses.

Reichstagsbild.

Man schreibt uns aus dem Reichstag:
 Der längste Tag des Jahres brachte uns auch die längste parlamentarische Debatte. Wenn man sich in die Zuchthausdebatte begibt, so kommt man nicht so schnell wieder heraus. Am Dienstag hatte man bereits Reue, die Debatte über die Zuchthausvorlage zu schließen; die Rechte und ein erheblicher Teil der National-liberalen stimmten — trotz Kaisermann — nicht für die Vorlage. Jetzt muß sich die Regierung auch noch am Mittwoch vor dem Reichstag zu der Jangengeburt bekennen, die nur mit Hilfe des Kaiserkrumms das für solche Geschöpfe recht unzuträgliche Licht der Welt zu erblicken vermöchte.

Es war ein ironischer Zufall, daß Karolinen- und Zuchthausvorlage am gleichen Tage nacheinander beraten wurde. Auf der einen Seite die ins Weite strebende Uebersee-Romanik, die sich vermehrt, deutsche Kultur in alle Welt zu tragen, auf der anderen Seite die Barbarisierung des Mutterlandes. Liebknecht stellte in der Debatte über den Karolinenvertrag recht wirksam den unersöhnlichen Widerspruch bloß, der darin liegt, daß ein durch die offizielle Wirtschaft in den heiligsten Kulturerregungssphären einer kämpferischen Volkentwicklung fortwährend bedrohter Staat die Fähigkeit beansprucht, Kolonisationspolitik zu treiben. Gegenüber dem englischen Sprichwort der persönlichen Freiheit heißt es bei uns: Mein Haus ist mein Zuchthaus. Und das will kolonisieren!

Die Debatte über die neueste Inselpolitik des Reichs trug sonst einen geschäftsmäßig kühlen Charakter. Was bringt und was kostet die Erwerbung der Karolinen — das wurde gefragt, und die Agrarier verschärften den geschäftlichen Charakter, indem sie die Gelegenheit wahrnahmen, ihre Sorgen wegen der kommenden Handelsverträge zu äußern. Herr v. Bülow empfahl den Kauf. Er ist der Typus eines gesellschaftlich gewandten Salonpolitikers. Er sprach im Reichstag, wie er wohl Tags zuvor mit den Damen geplaudert haben mag, die sich im Park des Auswärtigen Amtes eingefunden hatten, um im Dienste der christlichen Warmherzigkeit ein elegantes Gartenfest zu feiern.

Herr v. Bülow liebt die Suppenwürze kleiner, feichter, sanft und leicht eingehender Späße, die im Reichstag stets dankbar willige Abnehmer finden. In einem etwas fatalen Gleichnis bekannte er, daß Deutschland die Karolinen von Spanien im Abbruch gekauft hat. Nicht uninteressant war es, daß Herr v. Bülow verriet, Bismarck habe seinerzeit auf die Karolinen verzichtet, weil er die spanische Monarchie habe stützen wollen.

Gaben wir aus dem gleichen staatsmännischen Beweggrund, den der Staatssekretär lebhaft pries, jetzt die Insel ihnen abgenommen? Als Herr v. Bülow seine zweite Rede — unter Auspielung auf die Namen der Karolinen und Marianen — mit der Wendung schloß: „Schlagen Sie nicht den jungen Mädchen, die Einlaß in das deutsche Haus begehren, die Thür vor der Nase zu, hätte der Reichstag, wenn dem Geiste des Herrn v. Bülow kongenial gewesen wäre, unverzüglich das schöne Lied „Komm Karolinen!“ anstimmen können. Aber der Reichstag war nicht so geistreich, sondern begnügte sich die Vorlage anzunehmen — nur die beiden Volksparteien und die Socialdemokraten stimmten gegen diese zweifelhafte Bereicherung des insularen Deutschlands.

Gegen Ende der Kaufdebatte war Fürst Hohenlohe erschienen, der auch einem kleinen Teil der folgenden Erörterung der Zuchthausvorlage seine gramvolle Aufmerksamkeit schenkte. Zu Beginn erhob sich der Graf Posadowsky. Allgemeine Spannung. Jetzt kam die zerschmetternde Rede, die den Weibel, Baffermann und Lenzmann fürchterlich wurde, jetzt kamen die Patronen, die an den vorhergehenden Tagen noch in den grünen, roten, rosa Altendäusen verborgen blieben, die sich im Hintergrunde des Bundesratsitzes türmten. Aber — man machte

wiederum die Erfahrung, daß man viel zu sehr sich durch eine statische Erscheinung bestechen läßt; man nimmt immer wieder an, ein so anspruchsvolles körperliches Gerüst müsse auch einen entsprechenden geistigen Bau voraussetzen. Aber die Natur treibt oft den Luxus der Unzweckmäßigkeit. Graf Posadowsky begnügte sich mit einigen wuchtigen Sätzen, die Zuchthausvorlage in Grund und Boden zu begründen. Er sah ein, daß das Barometer des Entwurfs wesentlich gesunken sei, und er versuchte, die Ausschichten zu heben, indem er die Gesamtheit der verbündeten Regierungen mit der Schuld dieses Gesetzes belastete. Es besteht kein Gegensatz zwischen Reichsamt des Innern und Reichsamt der Justiz — der sei staatsrechtlich unmöglich. Beide Minister verteidigten also die Vorlage, weil sie es für staatsrechtlich unmöglich halten, den Verzicht auf das Parteirecht einem derartigen Risiko vorzuziehen, das eine Zuchthausvorlage ihren Vertretern bereitet. Wenn Graf Posadowsky ferner alle deutschen Regierungen für das Gesetz verantwortlich zu machen suchte, indem er erklärte, der Beschluß im Bundesrat sei einstimmig erfolgt, so bleibt für die, welche von einigen Regierungen des Reichs eine bessere Meinung haben, immer noch die Hoffnung, es möchten die Vertreter der einsichtigen Regierungen bei der Abstimmung gefehlt haben. Vielleicht ergänzt Graf Posadowsky seine heutige Erklärung morgen dadurch, daß er noch verriet, wer bei der einstimmigen Beschlußfassung im Bundesrat gefehlt hat. Das ist er dem Ruf der verbündeten Regierungen schuldig!

Die weiteren Patronen, die dann losgeschossen wurden, hatten eine wahrhaft verheerende Wirkung. Jede Patrone riß eine klaffende Wunde in — die Zuchthausvorlage. Graf Posadowsky rettete die Denkschrift, indem er feierlich erklärte, Staatsanwälte und Polizeibehörden seien die unparteiischen Organe des Staates, wenn es gelte, Material gegen die Arbeiterbewegung heranzuschleppen. Und nun explodierte die vernichtendste Patrone. Es war schon mehr die Explosion einer Batterie von Höllemaschinen. Graf Posadowsky verkündete, daß er das fürchterliche Material, das die Denkschrift bereits über den Arbeiter-Terrorismus gehäuft hat, noch durch einen allerneuesten Fall vermehren wolle. Atemlos hängt alles an den Lippen des Ministers. Ein zuversichtiger Mann hat es ihm berichtet, ein Mann, an dessen Glaubwürdigkeit niemand zu zweifeln wagen wird, der seine Stellung kennt. „Tiefe Bewegung im Hause; der Abg. Krenndt zeigt unter dem Eindruck der zu erwartenden Greuel die starren Züge einer allerdings ein wenig verkettenen Meduse. . . In einer norddeutschen Stadt hat sich das Ungeheuerliche ereignet. . . Des Abgeordneten v. Kardorff Nase oxydiert vor aufgeregter Empörung. . . Graf Posadowsky hat keine Kosten und Mühen gescheut, um die ganze schreckliche Wahrheit zu ergünden. Er hat sofort telegraphisch Bericht eingefordert. Die Antwort liegt zwar noch nicht vor, aber an der Wichtigkeit ist jedoch nicht zu zweifeln. . . Die Spannung hat einen unheimlichen Grad erreicht; aus dem rechten Auge des gelblich-grauen Landrats vorn auf den Bänken der Reichspartei entleitet in der Erregung das Monocle, und der umfangreiche Leitartikel-Dichter der „Deutschen Tageszeitung“ schreitet in der Pracht seines strohgelben Rodes, seiner schwarzen Weinleider und seiner rotbraunen Stiefel unruhig auf und ab, wie eine Hyäne im zoologischen Garten vor der Fütterung. . . Graf Posadowsky's Stimme erhebt sich zu tragisch anklagender Wucht. . . Herr Kropatschek stellt selbst das Kiefen ein und die gesamte Socialdemokratie schlottert vor Angst. . . Stellen Sie sich vor, in S., der Terrorismus der Arbeiter geht so weit, daß in dieser norddeutschen Stadt selbst in der Schule die Kinder der Streikenden sich mit den Kindern der Arbeitwilligen zanken. . . Alles steht sich verblüfft an. Will sich der Herr Staatssekretär über die Vorlage, ihre Begründung und ihre Denkschrift lustig machen? Aber Herr Posadowsky hat mit dem tiefen Ernst gesprochen, der ihn ziert. . . Das haben wir uns nie träumen lassen, daß wir Berliner Ghymnastien des zweiten Wahlkreises damals, als wir noch der Parteistellung unserer Väter unter dem Kampfruf: His Stüder! his Birkow! gewaltig haberten, Material für die Zuchthausvorlage lieferten. . .

Graf Posadowsky versprach auch, die Entstehungsgeschichte des Entwurfs zu erzählen. Er löste das Versprechen aber aus triftigen Gründen nicht ein. Dafür aber verriet er in einem unbedachten Augenblick das Geheimnis der Zuchthausvorlage, das als ein Gesetz zur Verhinderung von Streiks von Anfang an geplant war. Die Unternehmer wollen nicht nur Herren im Hause sein, sondern auch Ruhe im Hause haben — das soll die Vorlage schaffen. Und das gestand Herr Posadowsky, indem er davon sprach, daß durch die schwarzen Listen auch Arbeiter getroffen werden, die es gar nicht „verdienen“, weil sie sich nicht an Streiks beteiligt hätten. Wer also streikt, verdient es, ausgehungert zu werden.

Ganz unmutwunden gestand diesen Zweck der Vorlage der zweite Regierungskredner, der preussische Minister Bressfeld zu, der sich erhob, um dem Eindruck der trefflichen Rede des Liberalen Böfike zu begegnen, dessen Vernichtung der Vorlage um so stärker wirkte, als hier ein großer Unternehmer sprach. Außerdem mußte Preußen auf die Schanze steigen, nachdem das Reich in Gestalt des Staatssekretärs Niederding die Vorlage um allen Kredit geredet hatte. In diesem preussischen Minister lernten wir endlich eine Persönlichkeit kennen, die mit Eifer und Leidenschaft die Vorlage vertritt. Und so hielt er denn eine wilde Rede gegen die Ausschließlichkeit der Streiks, deren Zuchthauswürdigkeit er gemäß dem § 8 der Vorlage bewies, indem er die gemeine Gefahr eines Vergarbeiter-Ausstands in brennenden Farben schilderte. Herr Bressfeld erwies sich als ein begabter Krenndt des Bundesrats-Tisches. Nur war er auch innerlich scharf. Er schlug auf den Tisch, beschwor, boigte an, malte düstere Gefahren, schloß die in tiefer Seelenpein, er bemühte sich, jeden Vorderfuß durch den Nachfuß zu er-

droffeln. Hatte Posadowsky die Kindergeschichte ins Feld geführt, so operierte Bressfeld mit der schaulustigen Ausschreitung von Arbeitern, die behauptet haben, alle Mäder stünden still, wenn ihr starker Arm es wolle. Was doch diese Arbeiter für teuflische Gedanken aushecken! Dieser temperamentvolle, wenn auch ziemlich wirre Vertreter des Unternehmertums verteidigt jede Bestimmung des Entwurfs, er verheißt den Syndikalsterrorismus, er lehnt jede sozialpolitische Gesetzgebung freieren Geistes ab, weil das „schwierigste Problem“ seien.

Bressfeld hatte geendigt — unter der stürmischen Heiterkeit des Hauses. Da traf ein schwerer Schlag das Haupt des Mannes. Herr Köfide hatte sich auf die Kaiserworte von Bressfeld bezogen, der Präsident Graf Vallasstrom unterjagte ihm das unter Hinweis auf sein früheres Reglement über die parlamentarische Kritik kaiserlicher Verfügungen. Herr Köfide aber war gerüstet, er machte den Präsidenten darauf aufmerksam, daß die Rede a m l i c h veröffentlicht sei, also gerade nach der Anschauung des Präsidenten im Reichstag erörtert werden dürfe. „Dann ist es etwas anderes“, erklärte darauf Graf Vallasstrom, und der Abg. Köfide durfte ungehindert über Bressfeld und sogar über Dehnbauern sprechen. Das verdroß aber den Ministerpräsidenten darauf aufmerksam, daß die Rede a m l i c h veröffentlicht sei, also gerade nach der Anschauung des Präsidenten im Reichstag erörtert werden dürfe. „Dann ist es etwas anderes“, erklärte darauf Graf Vallasstrom, und der Abg. Köfide durfte ungehindert über Bressfeld und sogar über Dehnbauern sprechen. Das verdroß aber den Ministerpräsidenten darauf aufmerksam, daß die Rede a m l i c h veröffentlicht sei, also gerade nach der Anschauung des Präsidenten im Reichstag erörtert werden dürfe.

Aus dem Hause kamen heute nur Gegner des Entwurfs zu Worte: Köfide, der Volksparteiler Conrad Hausmann, ein Vole und ein Elsäßer. Wenn die Regierung morgen die Wirkung der Posadowsky und Bressfeld noch zu steigern beabsichtigt, so sollte sie Herrn v. d. Redde zu Hilfe rufen. Der Reichstag hat ein Recht, diese Freude zu verlangen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 21. Juni.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus trat heute in die zweite Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Vernehmung älterer richterlicher Beamten in den Ruhestand. Die ursprüngliche Regierungsvorlage bestimmte, daß Richter, die mindestens 65 und höchstens 75 Jahre alt sind, auf ihren Wunsch zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuches pensioniert werden und ihr volles Gehalt drei Jahre hindurch weiter beziehen. Die Kommission hat nun die Altersgrenze von 75 Jahren gestrichelt und außerdem einen Zusatz gemacht, wonach richterliche Beamte auf ihren Wunsch auch schon mit derselben Wirkung vor dem 1. Januar 1900, frühestens jedoch mit Ablauf des 30. September, in den Ruhestand versetzt werden können. Nach unwesentlicher Debatte, in der sich auch die Minister Schönstedt und Riquel, allerdings nur für ihre Person, mit den Vorschlägen der Kommission einverstanden erklärten, gelangte die Vorlage heute in dieser Fassung zur Annahme.

Unverändert nahm das Haus sodann in zweiter Lesung den Nachtragsetat an, ferner die Anträge betreffend die Ergänzung der Gesetze über die Verteilung der öffentlichen Lasten bei Grundstücksverteilungen und bei der Gründung neuer Anstaltungen, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern und betreffend die Bildung von eigenen Jagdbezirken.

Morgen steht die Medizinalreform in zweiter Lesung auf der Tagesordnung.

Das Urteil der 4. Berliner Strafkammer, welches unser Blatt von der Verleumdung des sächsischen Oberlandesgerichts freisprach, wird von der sächsischen Reaktionspresse als Stoß vor den Kopf empfunden. Die Rechtsbegriffe der sächsischen Ordnungsparteien sind so verwirrt und kompliziert, daß es ihnen unmöglich ist, ein gegenüber der Sozialdemokratie objektives Urteil zu fassen. Das Regierungsorgan „Leipziger Zeitung“ deutet an:

„Ob darin eine Verurteilung der sächsischen Staatsweisheit“ liegt, überlassen wir der Beurteilung unserer Leser. Nach unserer Auffassung beruht diese „Staatsweisheit“ auf dem folgenden sehr einfachen Gedankengang: Die Sozialdemokratie hat niemals ein Hehl daraus gemacht, daß sie im Gegensatz zu anderen politischen Parteien den Staat nicht im Einzelnen reformieren und einzelne seiner Einrichtungen zum Gegenstand der Kritik machen, sondern daß sie ihn in seiner Totalität beseitigen, die jetzigen Regierungen stürzen und dieses Ziel nötigenfalls mit Gewalt durchsetzen will. Daß sie diesen Zweck neuerdings aus tatsächlichen Gründen zu verfechten sucht, ihn nicht mehr so oft und so offen ausspricht, wie früher, ändert nichts an der Sache. Eine solche Partei ist nicht mehr eine Partei wie jede andere, sondern verfolgt mit verbrecherischen Mitteln verbrecherische Zwecke. Jede einzelne Lebensäußerung dieser Partei steht daher im Dienst dieses verbrecherischen Zwecks, dem die staatliche Gerechtigkeit entgegenzutreten muß, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will. Nicht minderes Recht haben die Anhänger dieser Partei vor Gericht zu genießen, sondern das selbe Recht, dem jeder zu unterstellen ist, der denselben verbrecherischen Zweck mit denselben verbrecherischen Mitteln betreibt. Ob das Mittel im einzelnen Falle ein verbrecherisches oder an sich erlaubtes, z. B. die Herausgabe eines Flugblattes oder die Veranstaltung einer Sammlung ist, ändert nichts an dem Endziele; dem Umsturz des Staates mit gewaltsamen Mitteln. Jede einzelne Handlung der Partei, auch die an sich erlaubte, steht im Dienste des verbrecherischen Endzwecks und muß daher von Rechts wegen als ungesetzlich verfolgt werden. Der Berliner Gerichtshof scheint dieser Meinung nicht zu sein; wir werden sie trotz seines Rechtspruchs auch ferner für die richtige halten.“

Sollte diese köstliche Darlegung vom Wesen des Staates und der Justiz den Verfall der sächsischen Regierung haben, so zweifeln wir nicht, daß diese Regierung unverzüglich sämtliche Staatsanwälte und Richter des lobesamen Sachsenlandes in Haft nehmen läßt und ihrer Stellung verlustig erklärt. Denn sie haben sich sämtlich der schwersten Amtsvergehen schuldig gemacht. Sie haben, nach der „L. Ztg.“, eine ganze Partei von Verbrechern angeführt, ihre verbrecherischen Zwecke mit verbrecherischen Mitteln verfolgen lassen, ohne pflanzgemäß einzugreifen. Die geringen Anläufe dieser Justiz, sozialdemokratische Flugblätter und Hochrufe auf die Sozialdemokratie für strafbar zu erklären, müßten als erschwerender Umstand angesehen werden, denn sie beweisen das Bewußtsein der Justizbeamten von der Verbrechennatur der Sozialdemokraten. Diese Verbrecher aber dennoch frei wandeln und ihr hochverräterisches Treiben ungehindert ausüben zu lassen, wäre offenbar selbst ein schweres Verbrechen.

Auch die „Dresdener Nachrichten“, eines der erfolgreichsten Blätter und Streichblätter Sachsens, das sogar die besonderen Sympathien des Reichstags-Vizepräsidenten v. Frege errungen hat, ist ganz entsetzt über das Berliner Urteil:

„Die in dem Berliner Urteilspruch liegende Kritik ist von ganz unabsehbaren Konsequenzen, sie muß, wie kein Urteil vorher, die Autorität der ganzen Rechtsprechung untergraben; mit diesem Urteil ist die Achtung vor allen richterlichen Erkenntnissen hinfällig geworden.“

Kortrechtlich! Gerechte Urteile untergraben die Rechtsprechung! Auch nicht ideal!

Die „Märkische Volks-Zeitung“ kommt ihrer Glaubensschwester der „Germania“ zu Hilfe und leitet Artikel über „Sozialdemokratische Unwahrheiten und Entstellungen“. Auch sie behauptet frech, fromm, frei, daß es uns nicht gelungen sei, die von ihr und anderer Seite vorgebrachten „unerschütterlichen Thatsachen“ zu widerlegen. Wir müssen bekennen, wir stehen dieser Kampfweltweise machtlos gegenüber. Die Centrumsblätter behaupten, die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften trieben „Terrorismus“. Währenddem sie sich auf allgemeine Lebensarten beschränken, keine positiven Thatsachen anzugeben vermögen, es auch unterlassen, die Namen der Missethäter zu nennen, wie versprochen worden war, haben wir den Nachweis geführt, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in gesetzlich zulässiger Weise ihren Widerwillen gegen die Streikbrecher vom Verein „Arbeiterschutzbund“ bekundet und gegen diese vorgegangen sind.

Freilich begreifen wir einigermassen, daß der „Märk. Volksztg.“ unser Vorwurf, ihre Schillinge betrieben Streikbrecherei, nicht in den Sinn will. Denn wir sehen, welche jammervolle arbeitserfindliche Haltung das Blatt in den ernsthaften Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern mit seiner angeblichen Verteilung von Arbeiterinteressen zu vereinen weiß. Die „M. V.“ sagt:

„Daß die christlichen Arbeiter nicht in freivolier Weise den Frieden zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern brechen wollen, wie dies die sozialdemokratischen Centralisten durch die Provozierung des gegenwärtigen Kampfes im Baugewerbe gethan haben, gereicht ihnen nur zur Ehre.“

Wir können uns jeder Antwort hierauf enthalten. Hören wir nur, wie der nationalliberale Abgeordnete Wasser- mann über die Streikbrecher, „Ehre“ der „Märk. Volksztg.“ denkt. Er äußerte in seiner Rede zum Justizhausgesetz:

„Der jetzige Maurerstreik zeigt wieder so recht, welche Macht die Arbeitgeber-Koalitionen besitzen. Da werden Arbeiter angesperrt, die gar keine Forderungen gestellt, nur, weil sie einer Organisation angehören. Die kleinen Arbeitgeber werden in die Arbeitgeber-Koalitionen hineingezwungen; ob sie all das aushalten, das kümmert die großen nicht. Wir sehen, wie enorm bereits die Machtmittel des Unternehmertums sind.“

Wie gefällt dem „christlich-demokratischen“ Blatte die Zurechtweisung seitens eines Nationalliberalen?

Pour le roi de Prusse. In gar weinerlichem Tone beklagen sich die „Berliner Neuesten Nachrichten“ über die Gewerbegerichte im allgemeinen und über Herrn D. Weigert, Unternehmer-Beisitzer beim hiesigen Gewerbegericht, im besonderen, allerdings aber über Herrn Assessor v. Schulz, den Vorsitzenden des hiesigen Gewerbegerichts und den unter dessen Vorsitz gefällten Schiedsspruch im Steinsegerstreik.

Die Gewerbegerichte haben ihnen angethan, weil in ihnen meist nur Sozialdemokraten als Vertreter der Arbeiter sitzen und weil sie die Aufrechterhaltung des Autoritätsverhältnisses der Betriebsleitung gegenüber den Arbeitern nicht zu ihren Aufgaben zählen.

Herr Weigert gilt ihnen nicht mehr als „unparteiisch“, weil er nicht zugeben will, daß die Unternehmer allein über den Arbeitsnachweis verfügen. In der Möglichkeit, daß ein solcher Mann als Vertreter der Unternehmer im Gewerbegericht sitzen kann, sehen sie die schärfste Verurteilung des für diese Gerichte geltenden Wahlverfahrens, das den Unternehmern allein die Wahl ihrer Vertreter überläßt.

Auf die sozialdemokratischen Vertreter der Arbeiter hofften sie selbstverständlich nie; ihre Hoffnung auf die von ihnen selbst gewählten Vertreter ihrer eigenen Klasse schwindet ihnen angesichts eines Weigert auch, und so blieb nur noch die Hoffnung auf den unparteiischen Vorsitzenden. Jetzt hat ihnen Herr v. Schulz durch seinen Spruch im Steinsegerstreik auch diese letzte Hoffnung genommen.

Der Schiedsspruch beschränkte sich nämlich darauf, sämtliche Forderungen der Arbeiter für begründet zu erklären und deren Erfüllung den Steinsegermeistern aufzuerlegen. „Das Entschreiben bei diesem Urteil, dem sich die Arbeitgeber naturgemäß nicht unterwerfen konnten, ist, daß usw.“

Und das Humoristische an der Sache ist, daß die Steinsegermeister, während die „Neuesten Nachrichten“ ihren Klageartikel druckten, ein Abkommen mit den Gesellen unterschrieben, worin sie die über die Bestimmungen des Schiedsspruchs noch hinausgehenden ursprünglichen Forderungen der Arbeiter bis zum 1. Januar 1901 bewilligen. Wofür haben sich nun die „Neuesten Nachrichten“ angestrengt?

Der künftige Getreidezoll und die Industrie. In den Berliner „Neuesten Nachr.“, dem Blatt des Centralverbandes deutscher Industrieller, liest man:

Der Entwurf des neuen deutschen Zolltarifs wird in erster Reihe eine Revision nicht allein der Getreidezölle, sondern der gesamten landwirtschaftlichen Zölle ins Auge zu fassen haben. Denn die Landwirtschaft bedarf nicht nur für den Körnerbau, sondern auch für ihre übrige Produktion des verstärkten Schutzes, wenn sie existenzfähig gemacht und erhalten werden soll. Seitens der deutschen Industrie werden die Freihändler Eucerus für Bekämpfung eines erhöhten Schutzes der landwirtschaftlichen Produkte Deutschlands sicherlich nicht finden.

Man wußte schon bisher, daß die Großindustriellen sich mit den Agrariern zu einem gemeinschaftlichen Raubzug auf die Taschen der deutschen Steuerzahler verbünden wollen.

Ein Reichs-Wohnungsgesetz werde nicht in Angriff genommen werden, erklären die „Berl. Pol. Nachr.“ Die Reichsregierung sei zwar durchdrungen von der hohen Bedeutung der Wohnungsverbesserung für die ärmere Volksklasse. Es sei aber zu bezweifeln, daß gerade das Reich hier zum Eingreifen berufen sei und nicht vielmehr den Bundesstaaten die erforderlichen Maßnahmen zu überlassen seien. Das gelte sowohl von der Wohnungspolizei, d. h. vom Erlasse bau- und gesundheitspolizeilicher Vorschriften über die Herstellung, Beschaffenheit und Vermietung von Wohnräumen, als auch von der Wohnungsfürsorge, d. h. von der Förderung der Beschaffung billiger und geeigneter Wohnungen für die ärmeren Schichten der Bevölkerung. Nur durch die Landesbehörden sei, da das Bedürfnis nach Herstellung gesunder und billiger kleinerer Wohnungen und nach öffentlicher, insbesondere finanzieller Unterstützung der hierauf gerichteten Bestrebungen örtlich in hohem Maße verschieden sei, dieses sachgemäß zu beurteilen.

Dagegen ist das Reich natürlich sehr geeignet, durch Zuschüsse den Arbeitern den Kampf um Verbesserung ihrer allgemeinen Lebenslage zu erschweren und es ihnen damit auch unmöglich zu machen, aus eigener Kraft für Verbesserung ihrer Wohnungsverhältnisse zu sorgen.

Zur Landtagswahl-Bewegung in Bayern. Die Sozialdemokratie Nürnbergs trat am Sonntag mit einer großen Wählerversammlung in die Wahlbewegung ein. Nach Entgegennahme des Berichts der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, den die Abg. Scherm und Segitz erstatteten, erklärte sich die Versammlung mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter im Landtage einverstanden und drückte ihnen ihre Anerkennung aus. Es soll mit aller Kraft in die Wahlbewegung eingetreten werden, um auch diesmal wieder der Sozialdemokratie den Sieg zu verschaffen. Bezüglich der Kandidatenfrage wurde noch nichts Bestimmtes beschlossen, es soll zwar an dem Prinzip festgehalten werden, daß bei einem Siege die alten bewährten Vertreter wieder aufzustellen sind, da es aber nicht ausgeschlossen ist, daß wir auch in Friedrich und Ludwigs- hafen siegen und dann Segitz und Ehrhart für Nürnberg außer Betracht lassen, wurde die ganze Frage noch offen gelassen. Sie soll nach vollzogener Urwahl erledigt werden.

Die Situation unserer Partei bei dieser Wahl ist eine sehr schwierige, erstens durch das verrotte Wahlsystem, das den Gegnern ungemein günstiger ist, und dann hat der Stadtmagistrat wieder eine wunderbare Wahlkreisgeometrie zu stande gebracht, die unsere

Stellung noch bedeutend schwieriger gestaltet. Es wird also auch diesmal wieder einen heißen Kampf geben, aber die sozialdemokratische Wählerkraft Nürnbergs, die sich schon in so manchen Kämpfen bewährt hat, wird auch aus diesem siegreich hervorgehen.

Was unsere Situation gegenüber den Gegnern betrifft, so hat sich gegen 1898, als die Sozialdemokratie erstmals die 4 Nürnberger Landtagsmandate den Gegnern entzitt, nichts geändert. Damals standen Freisinn und Nationalliberale miteinander im offiziellen Bündnis, was jetzt nicht gut möglich ist, da es in der letzten Zeit zwischen den beiden Parteien sehr gehässige Auseinandersetzungen gegeben hat. Der Freisinn aber rechnet darauf, daß schon der Haß gegen die Sozialdemokratie die Nationalliberalen ihm in die Arme treiben werde. In dieser Annahme hat auch der Ausschuß der freisinnigen Parteileitung beschlossen, nur drei Kandidaten aufzustellen und die Aufstellung des vierten „einer der rechtsstehenden Parteien“ zu überlassen. Als solche kann aber nur die nationalliberale in Betracht kommen. Alle bisher gemachten Beobachtungen lassen darauf schließen, daß der Freisinn sich in seiner Erwartung nicht getäuscht hat. Im freisinnigen Lager rechnet man mit Bestimmtheit darauf, diesmal die 4 Mandate den Sozialdemokraten wieder entziehen zu können. Nur die sozialistische Arbeiterkraft Nürnbergs wird auf dem Plane sein und alle Kombinationen zu Schanden machen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Ein Majestätsbeleidiger stand in der Person des Reichs-Johannes Kiemann aus Schlagsdorf bei Schönberg, zur Zeit in Klein bei Neudorf dienend, vor dem Schwurgericht Landgericht. Er soll noch Ansicht desselben eines Abends in der Leutestube in Bezug auf den Großherzog und den Herzog-Regenten sehr unpassende Äußerungen gemacht haben, unter Berufung darauf, daß er kein Westenburg-Schwärmer sei. Er wurde zu zwei Monaten und zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Vor dem Landgericht in Nürnberg wurde gegen den Arbeiter Joh. Meier wegen Beleidigung des deutschen Kaisers, des Prinzregenten und des bayerischen Generalstabes verhandelt. Ende Mai ließ er in einer Wirtshausstube vom Stapel, die nur dem Hirne eines Betrübten oder Betrübten entspringen können. Letzteres war er nicht, nach Aussage der Zeugen; gegen ersteres spricht das Gutachten des Königl. Landgerichts-Arztes Dr. Wurzel. Dieser erklärt ihn für einen aufgeregten Menschen, der viel gelesen und wenig verstanden habe, aber zurechnungsfähig sei. Das Urteil, das im „Militär-Wochenblatt“ veröffentlicht wird, lautet auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis!

Gegen Kaiserbeleidigung wurde von der Strafkammer zu Torgau der Handelsmann Ad. Boigt aus Schmiedeburg zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten verurteilt.

Das Landgericht zu Jaberz (Elsas) verurteilte den Tagner Anton Wagner aus Hagenau wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis. Wagner hatte in angetrunkenem Zustande von der Dragonerkaserne in Hagenau in Gegenwart einer Anzahl von Soldaten wiederholt Beschimpfungen gegen die Person des Kaisers ausgesprochen.

Friedenskonferenz.

Die zweite Kommission hielt am Dienstag eine Vollversammlung ab. Zehn Artikel betreffend die Anwendung der Grundzüge der Genfer Konvention auf die Seerriege gelangten zur Annahme. Der persische Vertreter beantragte, als Abzeichen der Genfer Konvention solle eine rote Sonne in rotem Felde angenommen werden. Artikel 10 wurde mit einer vom niederländischen Delegierten Affer beantragten Änderung angenommen, die den Fällen Rechnung trägt, in welchen neutrale Staaten mit Kriegführenden eine Vereinbarung betreffend die durch Artikel 10 auferlegten Verpflichtungen getroffen haben. Der amerikanische Delegierte Kapitän Mahan beantragte drei Zusatzartikel betreffend die von Hospital- schiffen oder Neutralen aufgenommenen Verwundeten oder Schiffbrüchigen, die während des Seelaufes ins Wasser gerieten. Diese Artikel wurden dem Redaktionsausschuß zur Beratung überwiesen. Sodann wurde einem vom Professor Affer gestellten Antrage entsprechend der formelle Wunsch ausgesprochen, daß binnen kurzer Frist eine besondere Konferenz zum Zwecke der Revision der Genfer Uebereinkunft abgehalten werden solle. Die Kommission ernannte nach endgültiger Annahme von zehn Zusatzartikeln zur Genfer Konvention den Redaktionsausschuß für die Herstellung des Hauptprotokolls.

Ausland.

Regierungskrise in Frankreich.

Bis zum Mittwochabend war noch keine Lösung der Krise abzusehen. Auch Leon Bourgeois, der aus dem Haag herbeigerufen wurde, scheint die Kabinettsbildung abzulehnen, obgleich die meisten republikanischen Blätter der verschiedenen Parteien, abgesehen von denjenigen, welche der Richtung Melmes angehören, erklären, daß sie bereit seien, ein Ministerium Bourgeois ohne Rücksicht auf die Zusammensetzung zu unterstützen.

In seiner Unterredung am Mittwoch mit dem Präsidenten Loubet sagte Bourgeois, die Lage sei durchaus nicht so kritisch, wie gewisse Blätter sie darstellten; die Ereignisse in Frankreich würden im Auslande nicht so pessimistisch aufgefaßt. Bourgeois erklärte, er halte das Werk, an welchem man im Haag arbeite, für ein der schönsten, aus welchem glückliche Folgen für Frankreich und die Menschheit sich ergeben könnten. Er sei mit Leib und Seele bei jenem Werke, und habe die Ueberzeugung, daß seine Bemühungen nicht vergeblich sein würden. Es würde ihn deshalb wahrhaftig mit Ammer erfüllen, wenn er auf seine Mission verzichten müßte. Bourgeois bemerkte weiter, er sei Führer einer Partei und man erwarte nicht, daß jetzt eine einzige Partei die Leitung der Geschäfte übernehmen werde. Was man erwarte, sei eine Regierung, deren Weg deutlich vorgezeichnet sei. Es handle sich im Wesentlichen darum, der Gerechtigkeit Achtung bei jedermann zu verschaffen und die Disziplin im Heere aufrecht zu erhalten. Im letzteren zu erreichen, dürften Maßregeln gegen einige Persönlichkeiten genügen. Im übrigen stellte sich Bourgeois dem Präsidenten als Vermittler zur Verfügung.

Paris, 21. Juni. Die Deputiertenkammer beschloß trotz des Widerspruches der äußersten Linken mit 382 gegen 175 Stimmen, sich bis zum Montag zu vertagen.

Belgien.

Eine große Sozialistenversammlung fand am Montag in Brüssel statt, in welcher beschlossen wurde, gegen die Regierungsvorlage mit allen Kräften einzutreten. Die Hauptansprache hielt van der Velde, welcher erklärte, die Liberalen rufen den König, die Sozialisten das Volk an. Die Revolution von oben müsse von der von unten begleitet sein. Am nächsten Donnerstag findet eine neue Protest-Versammlung statt.

England.

Von England aus wird gewollt in die Kriegsbrommete gestochen, um den Anschein zu erwecken, als ob die Briten drauf und dran wären, die südafrikanische Republik mit Krieg zu überziehen. Der „Daily Telegraph“ will wissen, für den Fall des Ausbruchs von Feindseligkeiten mit Transvaal werde der General Sir Redvers Buller zum Kommandeur der britischen Streitkräfte in Südafrika ernannt werden. Im Hauptquartier seien thalfräftige Maßnahmen im Gange, um wirksame Vorkehrungen für eine Verwendung großer Massen von Kavallerie und Artillerie zu treffen.

Die Militärbehörden in Kapstadt haben die Kontrakte auf bestimmte Lieferungen für das Militär einseitig aufgehoben mit der Begründung, daß die Regimenter sich bereit halten müßten, auf kurzen Befehl Kapstadt zu verlassen. Andere Anzeichen für Vorbereitungen zum aktiven Dienst sind, daß die Detachements des Lanca- shire-Regiments in Wymberg und Stellenbosch sich mit dem Regiment in Kapstadt vereinigt haben.

Es ist zu hoffen, daß sich die erregten Gemüther wieder beruhigen werden und doch noch eine Einigung mit dem etwas halsstarrigen Olyn Paul zu Stande kommt. —

Spanien.

Revision des Anarchistenprozesses. Madrid, 21. Juni. In der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer verlangte Pi y Margall die Revision des Prozesses der Gefangenen von Roujich. Es wurde kein Beschluß gefaßt. —

Türkei.

Repatriierung der Armenier. Konstantinopel, 21. Juni. Der russische Botschafter Sinowjew berührte bei einem Besuche, den er dem Minister des Aeußeren Tewfik Pascha abstattete, neuerdings die Frage der Repatriierung der armenischen Flüchtlinge. Die türkische Regierung besteht noch wie vor auf der Repatriierung und verlangt, daß die Flüchtlinge wieder in den Besitz ihres von den Kurden ihnen größtenteils entzogenen Eigentums an Grund und Boden gelangen, doch dürften trotz des Drängens Rußlands die betreffenden Verhandlungen noch längere Zeit erfordern. —

Konstantinopel, 21. Juni. Im Sandschal Gentsch (Wilajet Wilis) haben seit einigen Tagen zwischen zwei Kurdenstämmen blutige Kämpfe stattgefunden, bei denen mehrere armenische Dörfer verwüstet wurden. —

Rumänien.

Erneute Unruhen in Rumänien. Wir verzeichnen die folgende Meldung des offiziellen Telegraphen aus Bukarest vom 20. Juni, wobei wir jedoch nicht wissen, was Wahres an der Sache ist, und wieviel die Mitteilungen auch in den Einzelheiten stimmen:

Gestern suchten etwa 1800, zum Teil bewaffnete Landleute in die Stadt Slatina unter dem Vorwande einzudringen, sie wollten gegen die dortige Deputiertenwahl protestieren, bei welcher vom 20. Juni, wobei wir jedoch nicht wissen, was Wahres an der Sache ist, und wieviel die Mitteilungen auch in den Einzelheiten stimmen: Gestern suchten etwa 1800, zum Teil bewaffnete Landleute in die Stadt Slatina unter dem Vorwande einzudringen, sie wollten gegen die dortige Deputiertenwahl protestieren, bei welcher vom 20. Juni, wobei wir jedoch nicht wissen, was Wahres an der Sache ist, und wieviel die Mitteilungen auch in den Einzelheiten stimmen: Gestern suchten etwa 1800, zum Teil bewaffnete Landleute in die Stadt Slatina unter dem Vorwande einzudringen, sie wollten gegen die dortige Deputiertenwahl protestieren, bei welcher vom 20. Juni, wobei wir jedoch nicht wissen, was Wahres an der Sache ist, und wieviel die Mitteilungen auch in den Einzelheiten stimmen:

Der ehemalige Sekretär der freikonservativen Partei als Kläger.

In der Privatklage des Schriftstellers und ehemaligen Sekretärs der freikonservativen Partei Karl E. Fint gegen den Redakteur des „Vorwärts“ August Jacoby und den Reichstagsabgeordneten August Bebel handelte es sich um die 148. Abteilung des Amtsgerichts I wieder Termin an. Der letzte Termin ist am 29. Juni vorigen Jahres abgehalten worden und es dürfte wohl abermals ein Jahr vergehen, ehe der Prozeß zum Abschluß kommt, was allerdings zum Teil wohl in der Schwierigkeit liegt, daß das Berliner Amtsgericht unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Haack über Vorgänge entscheiden soll, deren Zeugen in Chicago wohnen und der Privatkläger selbst inzwischen seinen Wohnsitz nach Shanghai verlegt hat. Wie erinnerlich sein dürfte, hatte in der Sitzung des Reichstags vom 15. Dezember 1897 der Abgeordnete Bebel dem Privatkläger, der die bekannte Proschüre des Korbmachers Fischer redigiert hat, den Vorwurf gemacht, daß er von dem Vorstände des Vereins Berliner Presse den Rat erhalten habe, auf Grund ihm bekannt gewordener ehrenrühriger Handlungen des Fint aus dem Verein ausgetreten. Diese ehrenrührige Handlung habe darin bestanden, daß der Privatkläger vor einigen Jahren bei seinem Aufenthalt in Amerika Wechselkäufungen begangen habe. Diese Beschuldigungen erklärte der Privatkläger zwei Tage darauf in der „Post“ für Verleumdungen. Bebel erwiderte am 18. Dezember im „Vorwärts“, daß es sich allerdings nicht um eine Wechselkäufung, sondern um die Uebergabe wertloser Cheds als Zahlung gehandelt habe, von denen der Redakteur Fint gewußt habe, daß sie wertlos seien. Nachdem die Proschüre noch eine Zeit lang hinüber und herüber gegangen war, veröffentlichte Abg. Bebel am 19. Januar 1898 im „Vorwärts“ abermals eine Erklärung, die nun die Grundlage der Privatklage bildet. Abg. Bebel behauptete darin, daß die erste Angabe seiner Gewährsmänner richtig gewesen sei, und daß der Redakteur Fint sich in Chicago in einem Falle auf einen gefälschten Wechsel beschafft und in einem zweiten Falle dem Redakteur des Chicagoer Pressklubs einen wertlosen Ched als Zahlung übergeben habe. Es handelt sich um einen Wechsel, welchen am 11. März 1893 die Firma C. D. Sweetland u. Comp. in Chicago auf die Firma Jackson Lumber u. Comp. zu South West, Indiana, über 25 Dollar an die Ordre des Privatklägers ausgestellt hatte. Die Tratte ist am 14. März 1893 der Firma Jackson Lumber u. Co. präsentiert und da die Verzählung verweigert wurde, protestiert worden. Im zweiten Falle handelte es sich darum, daß Herr Fint am 27. Mai 1893 einen von Herrn Newton Jackson ausgestellten Ched über 30 Dollar an den Redakteur des deutschen Pressklubs in Chicago, Herrn Theobald Heurichs, weitergegeben hat. Da die Behauptung aufgestellt wurde, daß in dem ersten Falle ein wertloser Kellerechsel vorgelegen habe und im zweiten Falle die Unterschrift des Herrn Newton Jackson gefälscht worden sei, krenzte Herr Fint gegen die Herren Jacoby und Bebel die Privatklage an. In dem ersten Termin wurde eine umfangreiche Beweisaufnahme durch Vernehmung zahlreicher Personen in Amerika beschlossen und diese Vernehmung hat inzwischen stattgefunden. Auch die Behauptung Bebel's bezüglich seines Austritts aus dem Verein Berliner Presse bezeichnet Fint als unwahr und beruft sich zum Beweise dafür auf ein Schreiben des Vorstandes des Vereins, der ihm befähigt hat, daß er seinen Austritt freiwillig erklärt habe. In der heutigen Verhandlung war der Privatkläger Fint nicht erschienen, er wurde durch den Rechtsanwalt Marwitz vertreten, während den Angeklagten Rechtsanwalt Dr. Herzfeld als Verteidiger zur Seite stand.

Wie vor Eintritt in die Verhandlung beantragte Rechtsanwalt Marwitz die Vertagung der Sache, da die Aussagen der in Amerika vernommenen Zeugen weit auseinandergehen. Der Privatkläger habe mittlerweile eine Stellung in Shanghai angenommen, nicht etwa, um sich der Sache zu entziehen, sondern weil seine Stellung bei der „Post“ unhaltbar geworden sei. Auf die Erwidlungen, die der Verteidiger bei Herrn Fint eingezogen habe, sei bisher eine Antwort noch nicht erfolgt. Er hoffe, daß dem Vertagungsantrage stattgegeben werde, denn bei den auseinandergehenden Aussagen der Zeugen glaube er, werde das Gericht höchstens zu dem Schluß kommen, daß der Vorwurf der Wechselkäufung nicht bewiesen sei. Ihm und seinem Klienten liege aber nicht daran, daß das Gericht ein non liquet ausspricht und daß die Angeklagten formell bestraft werden, sondern es komme darauf an, daß das moralische Ansehen von Fint wiederhergestellt wird. Er sei überzeugt, daß die Angeklagten ausreichendes Material in Händen haben, während ihm solches fehle. Wenn auch formell Bebel und Jacoby die Angeklagten seien, so sei thatsächlich doch Fint der Angeklagte; es sei billig, diesem Gelegenheit zu geben, sich auf die Zeugenaussagen zu äußern. Da er glaube, daß es auch Bebel und Jacoby nur auf die Feststellung der Wahrheit ankomme, so hoffe er auf Annahme seines Vertagungsantrages. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird zunächst in die Verhandlung eingetreten, über den Vertagungsantrag soll später entschieden werden.

Einen weiteren Vorschlag des Vorsitzenden, den Zeugen Schriftsteller Dahms, der über die Vorgänge im Verein Berliner Presse Auskunft geben soll, zunächst zu vernehmen, damit der Zeuge nicht unnötig lange zu warten brauche, widersetzt sich Rechtsanwalt Marwitz. Ferner beantragt der Verteidiger von Fint, zu einem neuen Termin auch den Schriftsteller Schweizer zu laden.

Angell. Bebel: Wenn der Verteidiger neue Zeugen laden will, so bitte ich auch den Abg. Freiherrn v. Stumm zu laden, der Aussagen über die Glaubwürdigkeit des Fint machen soll. Es sind mittlerweile Briefe des Freiherrn v. Stumm über den Fall Fint durch den „Vorwärts“ veröffentlicht worden, die so ungünstig für Fint lauten, daß ich es für sehr wichtig halte, durch den Freiherrn v. Stumm bezeugen zu lassen, daß er diese Briefe geschrieben hat und daß er dadurch, daß Fint sein Vertrauen mißbraucht, gezwungen wurde, im Reichstage eine Erklärung abzugeben, die sich später als unwahr herausstellte. Gerade dies Verhalten des Fint ist es gewesen, das ihn veranlaßte, ins Ausland zu gehen, weil nach diesem Vorgang in Berlin kein Boden mehr für ihn war.

Es wird nun zunächst die Beweisaufnahme vorgenommen. Rechtsanwalt Marwitz betont, daß der Restaurateur Heinrichs, dem Fint den einen wertlosen Wechsel gegeben haben soll, im Januar 1898 Fint brieflich angefragt habe, um welchen Preis er den Ched einlösen lassen wolle. Sollte er ihn nicht einlösen, so werde er den ihm anderweitig von „prominenter“ Seite angetragenen Gebrauch davon machen.

Angell. Bebel: Für den Fall, daß auf diesen Brief Gewicht gelegt werden sollte, will ich mit Rücksicht darauf, daß darin von „prominenter Seite“ die Rede ist, bemerken, daß von meiner Seite in der Sache nichts gethan ist und nichts gethan werden konnte; ich bin im Dezember 1897 gleich nach jener Reichstagsverhandlung nach Zürich gegangen und bin erst von der Redaktion des „Vorwärts“ davon unterrichtet worden, daß telegraphisch die Nachricht eingegangen ist, daß thatsächlich ein falscher Wechsel von Fint vorhanden sei.

Kunmehr werden die Aussagen der in Amerika eidlich vernommenen Zeugen verlesen. Der Kaufmann Charles D. Sweetland hat ausgesagt, daß er ein Geld- und Grundstücks-makler sei, der im Jahre 1893 seine Geschäfte unter der Firma C. D. Sweetland u. C. geführt habe. Der Wechsel über 25 Dollars auf Jackson Lumber u. Co. sei in jedem Detail echt und in keiner Weise gefälscht gewesen. Demgegenüber lautet die Aussage des Restaurateurs Jung, an den Fint seiner Zeit den Sweetlandschen Wechsel gerichtet hat, daß eine Firma C. D. Sweetland u. Co. niemals in Chicago oder sonstwo existiert habe. Fint sei nachher nicht mehr zu ermitteln gewesen, der Wechsel sei nicht bezahlt worden. Ob Fint jemals erfahren habe, daß der Wechsel nicht bezahlt worden sei, könne er nicht sagen.

Der Restaurateur des Chicagoer Pressklubs, Heinrichs, hat eidlich bekundet, im Mai 1893 habe Fint, als er bei ihm zu Mittag speiste, der Kassiererin einen Wechsel gegeben, wofür ihm 30 Doll. bar ausgezahlt seien. Der Wechsel sei ohne Protest mit der Bemerkung zurückgekommen „Not in Town“ (Nicht in der Stadt). Er habe sofort Fint angefragt. Dieser habe ihm zugestanden, daß er ihn um 30 Dollar betrogen habe und daß die Akzeptunterschrift des Trassanten gefälscht sei. Er habe geweint und gesammert und an sein Weib appelliert, da seine Gattin auf dem Wochenbett liege. Auch habe er ihm die 6 Dollar, die er noch in seinem Besitz hatte, angeboten, wenn er ihn nicht blamieren wolle. Von wem die Unterschrift herrühre, habe Fint nicht angegeben. Der Wechsel sei niemals bezahlt worden.

Der Notar Sugbes hat ausgesagt, er habe von der Ersten Nationalbank in Indiana den Wechsel mit der Weisung erhalten, Protest zu erheben. Die Firma Newton Jackson habe die Zahlung verweigert und dabei zu wissen gegeben, daß eine Gesellschaft Jackson Lumber u. Co. nicht existiere und nicht existiere habe. — Die Aussage des Kassierers der South-Bank, Campbell, lautet dahin, daß im Jahre 1893 eine Firma Jackson Lumber u. Co. nicht existiert habe. Newton Jackson habe keine eigenen Mittel besessen und bei der Bank ein Konto unter dem Namen R. Jackson, Agent gehabt. (Der Wechsel ist nicht auf die South-Bank, sondern auf die First-Bank gezogen.)

Im krassen Widerspruch zu der Aussage von Charles D. Sweetland steht die von Newton Jackson. Derselbe lautet, daß es eine Firma Jackson Lumber Co. weder im Jahre 1893 noch überhaupt gegeben habe. Von den 25 Dollars, die er nach Angabe von Sweetland diesen infolge der Transaktion schulden solle, wisse er nichts. Er habe mit Sweetland im März 1893 geschäftlich zu thun gehabt, aber es habe für diesen kein Grund vorgelegen, sich für berechtigt zu halten, die Summe von 25 Dollars auf ihn zu ziehen, insbesondere da Sweetland ihn immer Geld schuldete. Er habe weder 1893 noch zu irgend einer Zeit bei der ersten Nationalbank in South West ein Vermögen gehabt und niemals Charles E. Fint 30 Doll. oder eine andere Summe geschuldet. Er habe einen auf ihn gezogenen Wechsel von Charles E. Fint nicht angenommen; das Bankkonto laute auf R. Jackson Agent. Er habe im Mai 1893 nicht in South West gewohnt und auch kein Geschäftszimmer dort gehabt, weil er damals nach Chicago übergesiedelt sei.

Damit schließt die Beweisaufnahme. Rechtsanwalt Marwitz beantragt nochmals Vertagung, um über die Perion des Jackson Erkundigungen einzuziehen. Fint habe sich lebhaft bemüht, Jackson aufzufinden, es sei ihm aber nicht gelungen. Demgegenüber weist Dr. Herzfeld auf ein bei den Akten befindliches Affidavit hin, worin Jackson unter seinem Eid aussagt, daß Fint sich lange vor der ersten Verhandlung an ihn gewandt und ihn um sein Zeugnis gebeten habe. Fint habe also gewußt, wo Jackson wohnt. Rechtsanwalt Marwitz bemerkt, wenn nachgewiesen wird, daß Jackson gelogen habe, so könne auch die Ablenkung der Unterschrift durch ihn eine Lüge sein. Es sei also wichtig, Erkundigungen über Jackson einzuziehen. Vorsitzender: Allerdings steht und fällt die ganze Sache mit dem Beweise der Wahrheit oder der Unwahrheit des Herrn Jackson. — Verteidiger Dr. Herzfeld: Die Bellagten haben doch bewiesen, daß Jackson die Unterschrift nicht gemacht hat. Er selbst hat eidlich ausgesagt, daß sie nicht von ihm herrührt. Wehr kann man von den Angeklagten nicht verlangen. Will der Kläger weiter gehen, so muß er nachweisen, daß das, was wir beweisen haben, falsch ist. — Rechtsanwalt Marwitz: Nein, ich glaube, daß Herr Bebel verpflichtet ist, durch glaubwürdige Zeugen nachzuweisen, daß thatsächlich eine Wechselkäufung vorliegt. Jackson und Sweetland haben sich widersprochen. Einer von beiden ist also im Irrtum, unter Eid etwas Falsches zu bekunden. Würden wir keinen anderen Beweis finden, so würde das Gericht zu einem non liquet kommen. Ich bin bereit, mir das nötige Material zu verschaffen und wiederhole deshalb den Antrag auf Vertagung.

Rechtsanwalt Dr. Herzfeld: Dann stelle ich folgende Beweisaufträge: 1. Bezüglich der Glaubwürdigkeit des Herrn Sweetland beantrage ich, verschiedene Kaufleute in Amerika darüber zu vernehmen, daß derselbe vor dem Jahre 1886 im Holzgeschäft in Kalamazoo im Staate Michigan war und dort fallierte. 1886 kam er nach Chicago und wurde Mitglied der Holzfirma Sweetland u. Stevens. Diese Firma ging 1887 zu Ende unter Hinterlassung zahlreicher unbezahlter Forderungen. Danach begann Sweetland ein Gut- und Schuhwarengeschäft, das nach einigen Monaten auf Grund eines Auktionenurteils geschlossen und vom Gerichtsvollzieher versteigert wurde. Erwidern bis auf den heutigen Tag und insbesondere im Juni 1892 und März 1893 war Sweetland vollständig mittellos. Er ernährte sich, indem er Wucherern beim Ankauf von Wechseln und Hypotheken als Mittelsmann diente. 2. beantrage ich, den Superintendenten der Chicagoer Geheimpolizei darüber zu vernehmen, daß Sweetland unter seiner Aufsicht steht, weil er wiederholt in Untersuchung gewesen ist und sich wiederholt verurteilt gemacht hat dadurch, daß er Kellerechsel gezogen und sich unter falschen Vorwänden Geld verschafft hat; 3. beantrage ich,

den Superintendenten darüber zu vernehmen, daß Sweetland im Ruf eines Mannes steht, dem in Chicago unter seinem Eide kein Glauben geschenkt wird, 4. beantrage ich die Vernehmung des Chicagoer Rechtsanwalts Niese darüber, daß er in seiner amtlichen Thätigkeit verschiedene Male Wechsel einzulassen hatte, welche Sweetland an Dritte weitergegeben hatte, die aber unbekannt zurückblieben, weil es sich herausstellte, daß die Firma, die als Acceptant darunter stand, nicht existierte; 5. beantrage ich Vernehmung des Rechtsanwalts Niese darüber, daß Sweetland allgemein in Chicago für einen Mann gilt, dessen Ruf so ist, daß seinem Eid kein Wert beigemessen wird, 6. beantrage ich Ladung des Freiherrn v. Stumm, der darüber vernommen werden soll, daß ihm Fint in Bezug auf die zur Verhandlung stehende Sache wiederholt falsche Angaben gemacht und ihn so genötigt hat, im Reichstage etwas auszusagen, was sich hinterher als unwahr herausstellte.

Nachdem der Vertreter des Privatklägers, Rechtsanwalt Marwitz, der Vernehmung des Freiherrn v. Stumm widersprochen hat, beschloß der Gerichtshof die abermalige Vertagung und gab den Parteien auf, ihre Beweisanträge innerhalb drei Monaten bei Gericht einzureichen.

Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker.

Mainz, den 20. Juni.

(Zweiter Verhandlungstag)

Aus Zweckmäßigkeitsgründen wurde der Tagesordnungspunkt: Besprechung über den „Korrespondent“ zunächst verhandelt.

Hier lagen in der Hauptsache Anträge auf Einführung des Obligatoriums des „Korrespondenten“ vor. Von seiten der Besirer wurde dieser Anträge, darunter auch der Redakteur Rejhäuser, wurde ausgeführt, daß jene Einrichtung in hohem Maße zum Ausbau der Organisation beitragen würde und die Wege zur zweckmäßigsten Verteilung des Organs unbedingt gefunden werden würden. Die Gegner dieser Anträge hielten einerseits diesen letzten Punkt für besonders schwierig wegen des fortwährenden Wechsels der Konditionen und andererseits die durch das Obligatorium entstehenden Kosten für zu hoch, da sie bei dem jetzigen Mitgliederbestande von 26 000 ca. 60 000 M. betragen würden.

Ferner standen Anträge auf Verbilligung des Abonnements pro Quartal von 1 M. auf 75 bzw. 65 Pf. zur Beratung.

Nach zweistündiger Debatte wurde ein Schlußantrag angenommen (bei noch 30 vorgezeichneten Rednern) die Einführung des Obligatoriums im Prinzip mit 45 gegen 30 Stimmen abgelehnt, dagegen folgender Beschluß gefaßt:

„Das Abonnement für den „Korrespondent“ wird auf 65 Pf. pro Quartal festgesetzt. Das Obligatorium ist den einzelnen Gauen zu überlassen.“

Die weitere Diskussion betraf die Einsetzung einer Preßkommission, die Ausstattung des „Korrespondent“, Wünsche der Specialbranchen und Beschwerden gegen die Redaktion.

Sämtliche Redner sprachen sich gegen Schaffung einer Preßkommission aus. Der Redaktion wurde allseitige Anerkennung gezollt und einige vorgebrachte Beschwerden wegen Ablehnung von Artikeln durch erklärende Aussprüche erledigt.

Die Abstimmung ergab die einstimmige Ablehnung sämtlicher, die vorliegenden Punkte betreffenden Anträge.

Bei der nun folgenden Festsetzung des Gehaltes für den Redakteur wurde dasselbe von 2200 auf 2500 M. erhöht. Ferner soll den Redaktionsbeamten pro Jahr ein Urlaub von 14 Tagen gewährt werden.

Als Redakteur wurde Rejhäuser einstimmig wiedergewählt. Kunmehr wurde in die Beratung der Abänderungsanträge zum Statut eingetreten.

Die Aenderung des Organisationstitels wurde abgelehnt, ebenso sämtliche Anträge zu den §§ 2 und 4, außer einer redaktionellen Aenderung in letzterem betreffend den Beitritt von Ausländern.

Der § 5, welcher den Ausschluß von Mitgliedern betrifft, zeitigte nach eingehender Debatte das Resultat, daß der Paragraph in der alten Fassung bestehen bleibt und demselben noch ein Zusatz angefügt wird, wonach in außerordentlichen Fällen der Verbandsvorstand nach Zustimmung der Mehrheit der Gauvorstände einen Ausschluß vornehmen kann.

Sämtliche anderen Anträge zum § 5 waren damit erledigt.

Die Schaffung eines Ausschusses begründete Eich-Ringens. Er versuchte die Möglichkeit einer solchen Einrichtung nachzuweisen an Fällen, wo der Centralvorstand verkehrte Maßnahmen getroffen und den davon Betroffenen keinerlei Berufungsinstanz zur Verfügung gestellt habe. Nicht gegen Personen soll sich der Antrag richten, sondern um die Interessen des Verbandes zu fördern, sei er gestellt worden.

Da der Schluß der Tagungszeit herangerückt war, wurden die Verhandlungen abgebrochen.

Der Niesenkampf im Baugewerbe

scheint an einem Wendepunkt angelangt zu sein. Die Vermittlungsversuche, die seitens des Einigungsamtes des Gewerbegerichts unter der Leitung des Vorsitzenden Affessors von Schulz am gestrigen Tage fortgesetzt wurden, haben nunmehr das Ergebnis gezeitigt, daß sich beide Parteien bereit erklärt, auf einer bestimmten, allerdings in mehreren Punkten abweichenden Grundlage vor dem Einigungsamte des Berliner Gewerbegerichts zur Beilegung des Kampfes in Verhandlungen zu treten. Die Verhandlungen werden voraussichtlich am Samstagabend vor dem Berliner Gewerbegericht stattfinden. Nachdem nun auch bei einem großen Teil der Unternehmer besonders in den letzten Tagen die Stimmung für eine Einigung zugenommen hat, erscheint eine baldige Beilegung des Kampfes auf dem Wege der angebahnten Verhandlungen nicht ausgeschlossen.

Im übrigen hat sich die Situation im Laufe des gestrigen Tages nicht wesentlich verändert. Arbeitseinstellungen haben nicht stattgefunden, aber ausgespart wurden die Arbeiter auf zwei Bauten. Von einigen weiteren Firmen wurden die Forderungen bewilligt, so daß die Arbeit bei diesen aufgenommen werden konnte. Dadurch ist in der Zahl der Ausständigen und in der Zahl der Arbeitenden fast keine Veränderung eingetreten.

Währenddem, wie es also den Anschein hat, die Berliner Unternehmer zu einer Verständigung bereit sind, suchen in einigen Provinzialstädten die Maurermeister den Kampf auf die Provinz auszudehnen. So wird uns aus Waldenburg i. Schl. berichtet: „Hier wird jetzt eine große Bauflut eintreten. Außer dem Bau einer katholischen Kirche wird auch der eines Hüttenwerks und vieler Privathäuser ausgeführt. Trotzdem konnten aus Berlin kommende Maurer keine Arbeit erhalten, sie wurden von den Innungemeistern zurückgewiesen. Diese wollen sich billige, galizische Arbeitskräfte verschaffen. — Viel wird das den Berliner Unternehmern nicht nützen, die ca. 2000 Maurer, die seit Ausbruch des Konflikts von hier abgereist sind, sind damit doch nicht ersetzt, und, so viel wir wissen, ist bis jetzt Zuzug aus der Provinz so gut wie gar nicht zu verzeichnen.“

Am 27. Juni hat der Vorstand des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe alle Vorstände der in Deutschland bestehenden Arbeitgeberverbände, Innungen und sonstige Korporationen nach Berlin eingeladen. Die Tagesordnung lautet: Stellungnahme des deutschen Baugewerbes zu der Arbeitseinstellung der Maurer in Berlin und den Vororten.

Am **Mittwochabend** haben eine Reihe von Arbeiterkategorien, die durch den Konflikt mit berührt sind, **Versammlungen** abgehalten, um ihre Maßnahmen zu treffen.

Ueber die einzelnen Versammlungen liegen uns folgende **Berichte** vor:

Die Rabbipuyer

haben in einer am Mittwoch stattgefundenen Versammlung beschlossen, sich mit den ausständigen Maurern Berlins solidarisch zu erklären. Gegenüber den mehrfachen Versuchen, Rabbipuyer als Streikbrecher für die ausständigen Maurer zu verwenden, wurde allen Rabbipuyern zur Pflicht gemacht, alle derartigen Versuche seitens der Unternehmer entschieden zurückzuweisen und eher die eventuelle Entlassung entgegenzunehmen. Der Antrag: daß von dieser Woche ab jeder Rabbipuyer 8 M. pro Woche als Unterstützung für die ausständigen Maurer zu entrichten hat; ferner, daß an die Hauptkasse der Maurer eine sofortige Unterstützung von 500 M. gezahlt wird, gelangte nach längerer Besprechung einstimmig zur Annahme.

Die Bauarbeiter (Hilfsarbeiter) lokaler Richtung

beschlossen, um ihre durch die Aussperrung der Maurer in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen genügend unterstützen zu können, daß die Arbeitenden von ihrem Verdienst 10 Proz. an den **Streifonds**, so lange die Aussperrung dauert, abzuführen haben.

Die Zimmerer der lokalen Richtung

nahmen am Mittwochabend in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung Stellung zur Aussperrung der Maurer. Nach einem Referat des Vertrauensmannes Fischer und einer demselben zustimmenden Diskussion wurde eine Resolution angenommen, worin die Zimmerer den ausgesperrten Maurern ihre volle Sympathie erklären und sich verpflichten, um etwaigen neuen Angriffen des Unternehmertums gerüstet gegenüberzutreten, wozu **entweder 1 M. zu Unterstützungsfonds** zu zahlen, und zwar vom Sonntag, den 24. Juni an.

Au die Maurer Deutschlands. Vertrauensmänner. Centralisation.

Kollegen! Seit dem 14. Juni d. J. sind die Maurer Berlins von den Unternehmern in freiböser Weise ausgesperrt; auch unsere Kollegen sind durch diese Maßregel betroffen. Kaum sind die Streiks in Braunschweig, Straßburg usw. zu Ende geführt, so haben es sich die Berliner Unternehmer zur Aufgabe gemacht, die Organisation der Berliner Maurer zu zerstören, was ihnen natürlich nicht gelingen wird.

Da nun Streiks resp. Aussperrungen auch Geldkosten verursachen und die Berliner Maurer immer die ersten waren und sind, welche andere Städte resp. Gewerkschaften unterstützen, so ist es nun auch eure Pflicht, Kollegen, die Maurer Berlins zu unterstützen.

Unterzeichneter ersucht um alle Vertrauensleute unserer Richtung, sofort alle überschüssigen Gelder an den Unterzeichneten, einzusenden und auch vor allen Dingen Zugang nach Berlin fernzuhalten.

Thue nun ein jeder seine Pflicht, Kollegen, damit nicht die Unternehmer, sondern die Berliner Maurer den Sieg davontragen!

Mit kollegialischem Gruß

Carl Röhren, Thaeerstr. 56, S. II, Berlin,
Erster Vertrauensmann der Maurer Deutschlands.
Vertrauensmänner - Centralisation.

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Im Auftrage der Reichstags-Fraktion giebt die Buchhandlung Vorwärts den stenographischen Bericht der Reichstags-Verhandlungen über die **Zuchthaus-Vorlage** als Agitationsbrochure zu billigen Preisen zwecks Massenverbreitung heraus. Bei der voraussichtlich hohen Auflage bitten wir Bestellungen auf diese Schrift, die anfangs nächster Woche erscheinen wird, nicht an den Parteivorstand, sondern an die

Buchhandlung Vorwärts, Weithstr. 2, Berlin SW., umgehend gelangen zu lassen; die Bestellungen werden in der Reihenfolge des Einganges expediert werden.

Genosse Staroffon, Redacteur unseres Parteiblattes in Moskau, hat am Dienstag eine Strafe von sieben Monaten Gefängnis angetreten, weil er Minister und Richter beleidigt haben soll. Er wird hoffentlich ohne allzu große Schädigung seiner Gesundheit überleben.

Die ungarische Socialdemokratie hat im Alfvöld einen schönen Erfolg zu verzeichnen; in Mako, der Hauptstadt des Csanader Komitats, wurden bei den jüngst dort vorgenommenen Gemeindevahlen vier Socialdemokraten in den Gemeinderat gewählt. Es ist dies ein erfreuliches Zeichen des Aufwachsens der socialistischen Arbeiterbewegung. Dieser Wahlerfolg wird vor allem bewirken, daß die städtische Polizei von Mako in Zukunft das Versammlungsrecht der Arbeiter mehr respektieren wird.

Politikales, Gerichtliches usw.

— **Wegen Beleidigung eines Wähebefähigten** in Dobritz bei Weihen, angeblich begangen durch eine Ratiz im „Vollstreud“, wurde dessen verantwortlicher Redacteur, Genosse Weher in Dresden, vom Landgericht (Verurteilungsinstant) zu 250 Mark Geldstrafe oder 50 Tagen Gefängnis verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Dachdecker. Eine Versammlung der Dachdecker und Berufsgenossen tagte am Mittwochabend im „Engl. Garten“, um Stellung zu nehmen gegenüber denjenigen Meistern, die bisher die von den Arbeitern gestellten Forderungen nicht bewilligt haben. Nach dem Bericht der Lohnkommission haben bisher 65 Unternehmer die neunstündige Arbeitszeit und den Stundenlohn von 55 Pf. bewilligt, so daß etwa 550 Dachdecker zu den neuen Bedingungen arbeiten. Es kommen noch 15 Unternehmer in Betracht, die die Forderungen noch nicht bewilligt haben, trotzdem die Zustimmung der Arbeiter anerkannt hat. Nach einer längeren Diskussion wurde beschlossen, daß über diejenigen Geschäfte, wo die Forderungen nicht durchgeführt sind, die Sperre verhängt werden soll, wenn dies von mindestens der Hälfte der selbst beschäftigten Arbeiter bei der Lohnkommission beantragt wird.

Die Fliesenleger haben in der gestrigen Versammlung den Eintritt in eine Lohnbewegung beraten. Die Beschlußfassung wurde bis Montag ausgesetzt und eine Kommission mit der **Ausarbeitung eines Tarifs** beauftragt. Bei der Firma Rosenfeld u. Co., Mohrenstr. 11/12, haben 47 Fliesenleger gestern die Arbeit eingestellt. Das Vorgehen derselben wurde von der Versammlung gutgeheißen und über diese Firma die **Sperre** verhängt. Den Ausständigen wurde eine Unterstützung von 8 M. pro Tag zugesichert. Der Beitrag wurde von dieser Woche auf 3 M. pro Woche festgesetzt.

Der Streik der Zielmacher ist beendet. Die Zustimmung der sämtlichen ursprünglich von den Steinsehern aufgestellten Forderungen unterschrieben bewilligt und zwar bis zum 1. Januar 1901. Die Steinseher haben also nunmehr die neunstündige Arbeitszeit und 65 Pfennige Stundenlohn; Ueberstunden werden mit 25 Proz. Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Aufschlag bezahlt. Die Zahl der Hinzunehmer-Pausen beträgt täglich sechs. Hätten die Arbeitgeber vor acht Tagen den Schiedspruch des Einigungsamts acceptiert, dann wären sie wesentlich vorteilhafter davon gekommen. Daß dieselben jetzt so schnell nachgeben

mußten, ist auf das anerkanntwert objektive Verhalten der Behörden zurückzuführen, die nach dem Bekanntwerden des Schiedspruches ihre abwartende Stellung aufgaben und auf die Fertigstellung der Arbeiten drängten. Das muß sogar von solchen Behörden konstatiert werden, die sich bei Beginn des Streiks offen gegen die Arbeiter erklärt hatten. Allerdings haben die Letzteren es auch durch eine sehr geschickte Taktik verstanden, die Arbeitgeber fortgesetzt moralisch in Unruhe zu setzen. Sicher haben aber auch die Ausständigen durch ihr musterhaftes Verhalten während des ganzen Ausstandes dazu beigetragen, das moralische Ansehen der Steinseher, welches bisher — wenn auch vielfach mit Unrecht — ein allzu hohes war, in ganz bedeutendem Maße zu heben. Ist doch in den nahezu vier Wochen, die der Ausstand gedauert hat, nicht eine einzige Ausschreitung, ja nicht einmal eine Verhaftung vorgekommen, dabei betrug die Zahl der Ausständigen anfänglich weit über 400. Vielleicht lernen gewisse Leute daraus, daß diejenigen, die die Leitung von Streiks „als Geschäft“ betreiben, doch mitunter ganz nützlich sind.

Es wird hiermit noch besonders darauf hingewiesen, daß die im Informatenpublizierten Versammlung unter allen Umständen heute abend stattfindet, nur daß die Tagesordnung entsprechend geändert wird.

Deutsches Reich.

Zum Formerstreik in Leipzig erhalten wir mit der Bitte um Abdruck vom Streikkomitee folgendes:

Es wird uns von verschiedenen Seiten die glaubhafte Mitteilung gemacht, daß von auswärts viel Gutz nach Leipzig kommt, also, daß viel Leipziger Arbeit auswärts gemacht wird; so zum Beispiel liegen Meldungen vor von Gera (Christian Kühn), Döhlen bei Dresden (Schäfersche Gussstahlfabrik), Wittigshol bei Johannisberg (Restler u. Dreifeld), Schönheider Hammer (Ebler u. Quersfurt), Dessau (Green u. Co.), Dudau bei Magdeburg (Grujon und Krupp), Schwelm i. Westf.

Wir ersuchen die Kollegen allerorts, dem unterzeichneten Komitee Mitteilung zu machen, wenn Modelle aus Leipzig ankommen.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck ersucht.

Das Streikkomitee der Former Leipzig.

Die lokal und central organisierten Metallarbeiter in Frankfurt a. M. haben sich geeinigt. Die Lokalorganisation löst sich auf und tritt mit ihren Mitgliedern in den deutschen Metallarbeiterverband über. Das ist angeht die der Arbeiter bevorstehenden Kämpfe ein nachahmenswertes Beispiel von Einigkeit.

Zimmererbewegung in Baden. Am Sonnabend kündigten sämtliche Zimmerer in Freiburg i. B., da die Meister es ablehnten, mit der Lohnkommission zu verhandeln. Inzug ist fernzuhalten. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht. B. Engler, Turmstraße 31, 3 Treppen, Freiburg i. B.

Ausland.

Die Massenaußsperrung in Dänemark.

Kopenhagen, den 20. Juni 1899.
Gestern abend kam in der Stadtverordneten-Versammlung die von liberaler Seite an den Magistrat gestellte Interpellation über dessen Stellung zur Aussperrung zur Verhandlung. Die Verhandlung gab den socialdemokratischen Vertretern Gelegenheit, die kapitalistische Brutalität, die sich in der Aussperrung offenbart, in scharfen Ausdrücken zu geißeln, sowie mit Nachdruck zu verlangen, daß die kommunalen Arbeiten, Bauunternehmungen usw. von der Kommune in eigener Regie ausgeführt werden sollen. Die Antwort des Magistrats war, wie erwartet, sehr zahm. Bis jetzt hat er auch nichts gethan, um etwas von dem Schaden zu heilen, welchen die Aussperrung angerichtet hat. Ja, der Magistrat mußte sogar zugeben, daß er den Unternehmern das Zugeständnis gemacht hat, die Ausführung der kommunalen Arbeiten bis nach Beendigung der Aussperrung zu verzögern. Auf der anderen Seite fielen seitens des Magistrats jedoch auch Äußerungen, welche den socialdemokratischen Forderungen gegenüber, die Arbeiter in eigener Regie ausführen zu lassen, entgegenkommen. Die Debatte gestaltete sich zu einer Niederlage für die aussperrenden Kapitalisten, welche sowohl von den Socialdemokraten als von den Liberalen scharf angegriffen wurden. Die reaktionären Vertreter der Kapitalisten wagten nicht einmal den Versuch, sich zu verteidigen. Man darf deshalb jedoch nicht glauben, daß eine Aussicht vorhanden ist, die Aussperrung sobald beendet zu sehen. Im Gegenteil, sie wird mit derselben Rücksichtslosigkeit fortgesetzt wie bisher. Denn was kümmert die Kapitalisten eine moralische Niederlage, so lange sie die Macht haben, die Arbeiter tyrannisieren zu können. Man ersieht das am besten aus ihrer Stellung zu dem auf ihre Initiative ins Leben gerufenen Schiedsgericht. Diesem gegenüber fahren sie fort, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, und deshalb ist vor der Hand noch keine Aussicht vorhanden, daß das Schiedsgericht ein Urteil abgeben oder daß die Aussperrung bald beendet werden wird.

Gerichts-Beitrag.

Unsere Oelken und Veste. Es steht nunmehr endgültig fest, daß die beiden in der Schwabe befindlichen Riesenprozesse gegen v. Kriegsheim und Genossen und gegen die Spieler vom Klub der Harmlosen, v. Kayser und Genossen erst nach Beendigung der Gerichtsferien zur Verhandlung gelangen können. Der Spielerprozess hätte noch vor den Ferien erledigt werden können, wenn nicht seitens des an der Verteidigung beteiligten Rechtsanwalts Dr. Schachtel auf einer Hinausschiebung des Termins zwecks weiterer Vorbereitung der Verteidigung verharret worden wäre. Welchen Umfang der Prozess v. Kriegsheim annehmen wird, geht schon aus der Thatfache hervor, daß die Anlagenschrift über 250 Folioseiten füllt und über 200 Zeugen geladen werden müssen. Um einigermaßen eine Uebersicht über das Zeugeneer zu ermöglichen, hat ein alphabetisch geordnetes Verzeichnis der Zeugen angelegt werden müssen. Die Anlage richtet sich gegen 6 Personen: gegen v. Kriegsheim, dessen Frau und Schwägerin, seinen Profuristen Wichmann, sowie die Agenten Jacob und Buchert, die nur in einem Falle der Weisheit bedürftig sind. Als Verteidiger werden in dieser Sache die Rechtsanwälte Dr. Schwindt, Morris, Justizräte Dr. Sello und Staub und die Rechtsanwälte Lubinski und Schneider aufzutreten. Gegen die beiden weiblichen Angeklagten wird das Verfahren ausgesetzt werden müssen, da sie sich außerhalb Deutschlands aufhalten. Beide Riesenprozesse werden, obwohl sie vor verschiedene Kammer kommen, doch nicht gleichzeitig verhandelt werden können, da Justizrat Dr. Sello und Rechtsanwalt Dr. Schwindt bei beiden Prozessen als Verteidiger thätig sind.

Ein Diebstahl- und Hehlereiprozess besonderer Art beschäftigte gestern die achte Strafkammer des Landgerichts I. Aus der Untersuchungshaft wurden der 29-jährige Goldarbeiter Rudolf Schlüter und der Uhrmacher Richard Swenn vorgeliefert. Schlüter legte ein offenes Geständnis ab. Er sei bei der Firma Belmonte u. Co. in der Königstraße seit Herbst vor. J. in Stellung gewesen. Um sich Geld zu verschaffen, habe er den ersten Diebstahl dadurch begangen, daß er eine Brosche entwendete. Er habe sie bei Swenn für 3 M. verkauft. Die Brosche habe einen Wert von 30 M. gehabt. Von dieser Zeit an habe er sich vollständig unter dem Einflusse des Swenn befunden, der eine unheimliche Gewalt über ihn ausgeübt habe. Derselbe habe ihn aufgefordert, immer neue Sachen zu bringen. Er, Schlüter, habe von der Zeit an auch gestohlen, wo sich die Gelegenheit dazu bot. Brillantringe, goldene Ketten und sonstige Goldsachen seien zu Swenn gebracht worden, der Sachen, die einen Wert von annähernd 400 M. hatten, mit 30 bis 40 M. bezahlt habe. Wenn Schlüter nicht mit dem Erlöse zufrieden gewesen sei, so habe Swenn ihn mit Anzeigen, mit Erwürgen und Totschlag bedroht. Als die Diebstähle entdeckt und beide Angeklagte verhaftet worden waren, seien sie gemeinsam in eine Zelle gesperrt worden. Hier habe Swenn auf ihn

eingewirkt: Schlüter möge ihn nicht mit hineinziehen. Swenn wolle ihm auch einen Verteidiger besorgen und im Gefängnisse herauskommen, wolle er ihm 1000 M. geben, damit er sich eine Exzente gründen könne. Auch möge Schlüter im Termine befehlen, daß Swenn ihm für die abgekauften Waren noch 200 M. schulde, damit der Kaufpreis nicht in einem so schlechten Verhältnisse zum Wert der Ware stehe. Der so beizugestellte Mitangeklagte Swenn behauptete, daß alle Angaben des Schlüters unwahr seien, derselbe wolle ihn nur zu Grunde richten. Er räume ein, die Sachen gekauft zu haben, ohne aber zu wissen, daß sie auf untreue Art erworben waren. Er habe Schlüter für einen Handelsmann gehalten und ihm wiederholt auch goldene Uhren in Zahlung gegeben. Schlüter gab zu, einmal eine solche erhalten zu haben, beim Verkauf habe er dafür 10 M. erhalten. — Der Inhaber der Firma Belmonte u. Co. berechnete den ihm zugefügten Schaden auf 1100—1200 M.

Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten Swenn für den am schwersten zu Bestrafenden, er beantragte gegen ihn wegen gewerksmäßiger Hehlerei eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten Ehrverlust, gegen Schlüter 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Der Verteidiger des Angeklagten Swenn, Rechtsanwalt Leonh. Friedmann, focht die völlige Glaubwürdigkeit des Mitangeklagten Schlüter an, und suchte vor allen Dingen dem Swenn mildernde Umstände zu erwirken, indem er nur einfache Hehlerei für erwiesen hielt. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten Schlüter zu einem Jahre Gefängnis, den Angeklagten Swenn zu einem Jahre sechs Monaten Zuchthaus, fünfjährigen Ehrverlust und Polizei-Aussicht.

Ein Geschicht aus dem **Schöneberger Ratskeller.** Als in Schöneberg der dortige Ratskeller im Herbst 1896 vermietet werden sollte, hatte der damalige Gemeindevorstand auch mit einem Angebot des Weinhandlers Böttcher zu rechnen. Und zwar hatte Böttcher am meisten geboten. Den Zuschlag erhielt jedoch ein anderer, dessen Angebot etwas geringer war. Herr Böttcher führte das auf eine Aeußerung zurück, die der Gemeindevorstandes Seelmeyer in der nicht öffentlichen Sitzung des Gemeindevorstandes gethan hatte und die sich auf sein sittliches Leben bezog. Angeblich handelt es sich um die Wiedergabe der Mitteilung eines Gemeindevorstandesvertreters. B. strengte gegen Seelmeyer die Beleidigungsklage an und verlagte ihn zugleich auf Schadenersatz. Zu einem Urteil kam es vorläufig nur in der Strafsache. Seelmeyer wurde freigesprochen. Die als Zeugen vorgeschlagenen Schöffen hatten vom Regierungspräsidenten die Erlaubnis zu einer Aussage über die Vorgänge in der Sitzung des Gemeindevorstandes nicht erhalten. Das Schöffengericht führte aus, daß der Angeklagte straffrei bleiben müßte, selbst wenn er jene Aeußerung gethan hätte, da eine Vertretung berechtigter Interessen in Frage komme. Als Mitglied des Gemeindevorstandes habe er in dessen Sitzung sagen können, was ihm über den Privatkläger mitgeteilt worden sei. — Die Regierung erhob den Konflikt zu Gunsten des Herrn Seelmeyer, indem sie betonte, daß S. auf keinen Fall seine Amtsbefugnisse überschritten habe. Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte indessen den Konflikt für nicht begründet, so daß dem Strafverfahren, wie auch den Civilstreit wegen der Entschädigung Fortgang zu geben ist. Präsident Perfus bemerkte in der Urteilsbegründung folgendes: Eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse könnte nicht angenommen werden, wenn S. die Mitteilung eines Dritten in der fraglichen Sitzung lediglich wiedergegeben hätte. Der Senat habe aber nicht die volle Ueberzeugung zu gewinnen vermocht, daß jene Mitteilung dem Angeklagten tatsächlich durch einen Gemeindevorstandesmitglied gemacht worden wäre. Da nun ein Konflikt nur dann begründet sei, wenn die **Richtschuld vollständig außer Zweifel** stehe, so habe er hier nicht für begründet erklärt werden können.

Versammlungen.

Holzarbeiter-Verband. In der Bezirksversammlung für W. und SW. wurden nach einem Vortrage von Böcke folgende Wahlen vorgenommen: Als Bezirksleiter wurde **Borker** und als Schriftführer **Baumgart** gewählt, ferner in die Werkstatt-Kontrollkommission für SW. **Höfler, Schmidt** und **Braunsberg**, für W. **Fleischer, Dalko, Dreimann**.

Die Vergolder hörten in ihrer quibusierten Mitglieder-Versammlung am 19. d. M. einen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag des Dr. med. **Freundenberg** über: „Die Schwinducht und ihre Bekämpfung.“ Keine Gewerbe, keine Arbeiterkategorie habe eine solche hohe Sterblichkeit in der Tuberkulose zu verzeichnen, wie die Vergolder, nämlich 65 Prozent. Die vielen Staubentwickler, als Metall, Bronze und Schachtelhaub, die Dämpfe von Leim, Masse, Lack, Terpentin und denaturiertem Spiritus, die häufige Unsauberkeit in Werkstätten und Fabriken, die schlechte Luft, sind die Erzeuger von Tuberkelbacillen, oder der Todeskeime. Medner plädiert für thunlichste Verkürzung der Arbeitszeit, bestmögliche Ernährungsweise und viele Bewegung im Freien. — Hieran bringt der Delegierte zum Frankfurter Gewerkschaftslangreih, Späthe, seinen Bericht. — Den in Brüssel im Auslande befindlichen Kollegen werden 200 M. als 2. Rate bewilligt. — Internus Filialangelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Torunnd, 21. Juni. (Privatdepesche.) Der Genosse **Blod**, feldher Redacteur der hier erscheinenden „Rhein. Westf. Arb.-Ztg.“, jetzt an der „Sächs. Arb.-Ztg.“ in Dresden, wurde zu **vier Monaten Gefängnis** verurteilt wegen Beleidigung des Betriebsführers der Zeche „Vorsteil.“

Stuttgart, 21. Juni. (W. Z. B.) Die Kammer der Abgeordneten nahm das neue **Volksschulgesetz** mit 77 gegen eine Stimme an. Durch das neue Gesetz wird eine erhebliche Gehaltssteigerung für die Raster und Abtrennung des Rasterdienstes vom Schulkamt, ferner Ertragszahlung des Organistendienstes für die Volksschullehrer, sowie die definitive Anstellung und Gehaltssteigerung für die Lehrerinnen an Volks- und Arbeitsschulen geschaffen.

Paris, 21. Juni. (W. Z. B.) In den Bondelgängen der Deputiertenkammer wird verhandelt, Delcassé habe das Ersuchen, ein neues Kabinett zu bilden, abgelehnt.

Paris, 21. Juni. (W. Z. B.) 7 Uhr 30 Min. abends. **Gourgeois** hat **offiziell abgelehnt**, die Kabinettsbildung zu übernehmen.

London, 21. Juni. (W. Z. B.) Unterhaus. Der Parlamentssekretär des Krieges **Wyndham** legte dem Hause eine Bill betreffend **militärische Bauten** vor und erklärte, es handele sich hier um die Fortsetzung des militärischen Bauprogrammes von 1897. Er verlange eine in Jahresraten rückzahlbare Anleihe von vier Millionen Pfund (80 Mill. Mark) für **Verteidigungswerke, Kasernen und Schießplätze**. Es werde mit der Vorlage keine neue Politik verfolgt, sondern die Regierung verlange nur, was augenblicklich dringend notwendig und auch für die Zukunft nützlich sei. Die Reichsverteidigung müsse hauptsächlich auf dem Mutterlande und zwar auf einer Ueberlegenheit zur See beruhen, obwohl Heer und Flotte zusammenwirken müßten.

Rom, 21. Juni. (W. Z. B.) **Deputiertenkammer.** In namentlicher Abstimmung wird mit 221 gegen 15 Stimmen ein Antrag **Mezza** abgelehnt, welcher die Abänderungen der **Gesetzisordnung** verschieben will. Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Konstantinopel, 21. Juni. (W. Z. B.) Der Sanitätsrat hat die **Quarantäne** für ägyptische Kulkante auf 12 Tage erhöht.

Reichstag.

68. Sitzung Mittwoch, 21. Juni 1899. 11 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf Posadowsky, v. Sillow, Frhr. v. Tziellmann.

Eingegangen ist die Vertagungsborlage durch die der Reichstag bis zum 14. November vertagt wird.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der dritten Beratung des Handelsprovisoriums mit England. Die Kommission an die es am Montag verwiesen worden war, empfiehlt unbenänderte Annahme nach den Beschlüssen der zweiten Lesung.

Das Haus beschließt demgemäß.

Es folgt die erste Beratung des zweiten Nachtragsstats betr. Abtretung der Karolinen, Palau- und Marianen-Inseln an Deutschland, in Verbindung mit dem Nachtrag zu dem Kolonialstat, dem Anleihegesetz und dem Handelsabkommen mit Spanien. Als Entschädigung an Spanien für die Abtretung der Inseln werden 16 750 000 M. gefordert und als Zuschuß zur Verrichtung der Ausgaben für die Verwaltung der Inseln 465 000 M.

Staatssekretär von Sillow:

Durch die Erwerbung der Karolinen, der Marianen und der Palau-Inseln wird unser Besitz in der Südsee zu einem zusammenhängenden Ganzen gemacht. Wären diese Inseln in den Besitz einer anderen Macht übergegangen, so wäre unser Schutzbereich dort zerrissen. Die Erweiterung unserer dortigen Macht ist für uns nicht nur nützlich und notwendig. Dadurch wird auch unser bisheriger Besitz ergiebiger. Dazu kommt, daß Handel und Verkehr auf jenen Inseln fast ausschließlich in den Händen der deutschen Kolonialgesellschaft liegt. Ich will hier nicht an die lächerliche Phantasie appellieren, ich will es nicht machen, wie das Wildwüchsigkeit in der Fabel von La Fontaine. Aber es muß gesagt werden, daß in unseren Besitzum dort Reime vorhanden sind, die weiterer Entwicklung fähig sind. Ohne der spanischen Verwaltung zu nahe zu treten, muß ich doch sagen, daß sie der bisherigen Entwicklung nicht förderlich war. Unter deutscher Herrschaft wird der Plantagenbau aufblühen, deutscher Fleiß und deutscher Unternehmungsgeist werden bald die erfreulichsten Ergebnisse hervorbringen. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß unsere neu erworbenen Inseln vorzügliche Häfen und Ankerplätze enthalten. Zwischen China und Neuguinea besitzen wir bis jetzt keinen einzigen guten Hafen. Die Bevölkerung der neuen Inseln wird uns als gutartig, anständig und geschäftig geschildert. Wir werden nicht dieser bildsamen Menschengattung sehr human umgehen, eingebend unserer höheren Kultur und christlichen Gesittung. Die deutsche Verwaltung will dort von vornherein auf den kostspieligen militärischen Apparat der spanischen Regierung verzichten.

Ich komme jetzt zu dem Punkt, wo die Gemütslichkeit aufzuhören pflegt, zu dem Kostenpunkt. Umsonst wären die Inseln wirklich nicht zu haben (Heiterkeit). Auch giebt es für Südsee-Inseln noch keinen Preisdiktum (Heiterkeit). Doch glaube ich als gewissenhafter Mann Sie versichern zu können, daß wir sie preiswert erhalten haben (Heiterkeit). Ich erinnere daran, daß Amerika seinerseits zehn Millionen Dollars für die Karolinen geboten hat. Der Preis, den wir bezahleten, ist wesentlich niedriger, umso mehr, als wir uns leinere Bedingungen haben auferlegen lassen. Das Geschäft, das wir mit Spanien abgeschlossen, ist ein ehrliches Geschäft, bei dem es keine Lieberverteilung giebt. Für Spanien waren die Inseln Bruchstücke eines eingestürzten Baues, für uns sind sie Grundsteine eines neuen, das so Gott will, hoffnungsvollen Gebäudes. Wir hoffen, daß und von Ihnen, meine Herren, gutgeheißen werden wird. (Beifall.)

Abg. Lieber (C.):

Meine politischen Freunde sind geneigt, die zur Erwerbung der Karolinen notwendigen Mittel zu bewilligen. Wir betrachten diese Erwerbung zwar nicht als ein welterschütterndes Ereignis. Es wird eine schwere, hingebende Arbeit der Deutschen notwendig sein, damit die Hoffnungen, die der Herr Staatssekretär hier ausgesprochen, sich erfüllen. Was der Herr Staatssekretär über die Inseln und ihre Bewohner geäußert, deckt sich mit dem, was wir auch anderweitig durch zuverlässige Berichte erfahren haben. Wir müssen anerkennen, daß es sich bei diesen Erwerbungen um einen neuen großen diplomatischen Erfolg Deutschlands handelt. Auch der Preis dürfte angemessen sein. Wir sind daher dem Herrn Staatssekretär und unserm Vorkämpfer in Madrid alle Anerkennung schuldig. Redner äußert dann noch einige Wünsche bezüglich ausreichender Gewähr für die Loyalität der deutschen Missionsgesellschaften in den Neuerwerbungen. Wir sind ferner für geregelte Handelsbeziehungen mit Spanien, und auch für die vorläufige Aufrechterhaltung des Weisbegünstigungsverhältnisses, doch so, daß uns noch Ablauf des Handelsvertrages volle Freiheit bleibt. Im allgemeinen halten meine Freunde eine Kommissionsverhandlung für alle Dinge, wo Geldforderungen in Betracht kommen, für durchaus notwendig. Doch wollen sie diesmal von derselben absehen und haben nichts dagegen, daß die zweite und dritte Beratung sofort im Plenum vorgenommen wird; aber nur als Ausnahme.

Staatssekretär Frhr. v. Nischhofen

erwidert dem Vorredner, die Weisbegünstigung solle Spanien ein halbes Jahr über die Dauer der Handelsverträge behalten, doch sei das ohne Bedeutung, da Spanien dann nach den Sätzen des neuen Zolltarifs behandelt werden würde.

Abg. Hase (natl.)

erklärt sich im wesentlichen mit den Ausführungen des Abg. Lieber einverstanden. Den Preis für die Inseln betrachten auch wir als angemessen.

Abg. Graf Kanitz (L.)

schließt sich der Ansicht des Abg. Lieber bezüglich des Weisbegünstigungsverhältnisses an. Es wäre vielleicht gut, ein Zusatzabkommen mit weitergehenden Zugeständnissen von Seiten der spanischen Regierung zu vereinbaren.

Abg. Wiemer (fr. Sp.):

Wir sind nicht grundsätzlich Gegner jeder Kolonialpolitik. Doch die Erwerbung der Südsee-Inseln scheint uns das Muster für die Kolonialpolitik, wie sie nicht sein soll. Das Kaufgeschäft erfüllt uns nicht mit überflüssiger Begeisterung. Ich verstehe die diplomatischen Fähigkeiten des Herrn von Sillow keineswegs, aber wenn sein Ruf allein von diesem Kaufgeschäft abhängen sollte, so würde er sich des Vertrauens nicht erfreuen, das er jetzt genießt. 17 Millionen sind eine hübsche Summe. Wir wollen sie nicht zum Fenster hinauswerfen. Die Bevölkerung der Inseln besteht aus Spitzbuben, Märdern u. dgl.; und diese sind wirklich zu teuer bezahlt. Fürst Bismarck hat schon die Karolinen eine Lumperei genannt, wegen deren ein Krieg mit Spanien nicht lohne. Diese neuen Kolonialerwerbungen werden sicher zu immer weiteren Ausgaben führen. Denken Sie an die wieder aufs neue entsackte Flottenagitation! Wir halten deshalb nicht geneigt, uns auf die Sache einzulassen; wir finden diese neueste Erwerbung für überflüssig und unnütz. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Sillow:

Ich werde mich möglichst kurz fassen. Ich glaube, daß wohl eine ungefähre Inferenz, aber nicht eine mit Bedacht ins Werk gesetzte Kolonialpolitik gegen den Wunsch weiter Kreise des Volkes ist. Und daß die neueste Erwerbung nicht ungeachtet bewerkstelligt ist, ist aus der Mitte des hohen Hauses in einer Weise bestätigt worden, für die ich mich zum wärmsten Danke verpflichtet fühle. Bei der Schilderung der Inseln, die der Herr Vorredner gab, haben mir die Haare zu Berge gestanden (Heiter-

keit), doch tröste ich mich damit, daß er die Inseln so wenig kennt, wie ich. Die Schilderungen, die Augenzeugen, Vice-Admiral Knorr zum Beispiel, lauten ganz anders. Die große und namentlich die auswärtige Politik kann nicht lediglich nach Grundfragen von Adam Riese geleitet werden. Die blühenden australischen Kolonien sind aus der Niederlassung von Deputierten (Große Heiterkeit), verzeihen Sie, meine Herren, von Deportierten hervorgegangen. Die meisten Ausführungen des Herrn Vorredners erinnere ich mich, in der „Frischmünigen Zeitung“ gelesen zu haben. (Heiterkeit.) Wir werden die Verwaltung dieser Inseln nach weisheitsreichen Grundfragen regeln. Wenn Fürst Bismarck erklärt hat, die Karolinen seien keinen nützlichen Krieg wert, so ist das richtig; aber an und für sich sind diese Inseln keine Lumperei, sondern etwas Gutes. (Heiterkeit.) Fürst Bismarck hat auch deshalb keinen Krieg um die Karolinen begonnen, um die monarchische Staatsform in Spanien nicht zu erschüttern (Bravo! rechts und im Centrum); er sagte, um diesen Preis wolle er die Inseln nicht erwerben, selbst wenn sie mehr wert seien, als in der That der Fall. (Hört, hört! links. Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, noch unsere Entschänder werden sich unserer schönen Südseebesitzungen freuen. (Lebhafte Beifall rechts, im Centrum und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Arnim (Rp.)

begrüßt die Erwerbung. Es kommt nicht auf die Einwohner, sondern darauf an, was sich aus dem Lande machen läßt. Herr Wiemer vergißt ganz, auf das Gewinnkonto die nationale Bedeutung des Erwerbs zu legen, denn dafür haben die Herren keinen Sinn. Die Inselgruppen eignen sich sehr wohl zur Arrondierung.

Abg. Liebknecht (Soz.):

Es ist heute nicht der Tag um auf unsere gesamte Kolonialpolitik ausführlich einzugehen. Gewiß giebt es auch eine Kolonialpolitik, die begünstigt werden kann, aber das ist nicht die, welche heute in Deutschland getrieben wird und sie ist auch heutzutage in Deutschland gar nicht möglich. Eine Politik, die einen ganzen amerikanischen Weltteil, die Asien, die Australien besiedelt hat, das ist Kolonialpolitik, die jeder verteidigen wird. Jetzt ist ja aber bereits alles verteilt, was sich irgend wie als neue Kolonie eignen könnte. Als Fürst Bismarck hier mit seinem Samoaplane kam, da sagte ich ihm schon: wir haben bloß noch die Spitzer, sonst ist alles im Besitz anderer Völker. Was haben wir denn bis jetzt? Zunächst die afrikanischen Kolonien. Ich glaube es brummt dem Herrn Staatssekretär der Kopf, wenn er diese nur nennen hört. (Heiterkeit.) Dort haben wir nichts als Schimpf und Schande und Nachteil für unseren Ruf gelobt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten; Widerspruch rechts.) Ebenso haben wir von unserer Erwerbung in China keinen Vorteil gehabt, in den Besitz von China teilen sich England und Rußland. Ich komme nun zu den Karolinen. Sind dieselben denn etwa das wert, was wir dafür bezahleten sollen? Wenn man nach der uns vorgelegten Denkschrift urteilt, die allerdings weit verständiger abgefaßt ist als die Denkschrift, von der gestern die Rede war, so ist der Wert dieser neuen Kolonie absolut gleich Null. Einen Vorteil hat ja der Erwerb dieser Kolonie, wir haben das Land nicht geroubt, sondern gekauft; aber es ist ein sehr schlechter Kauf. Die Spanier sind jedenfalls nicht die Betrogenen dabei. Die Amerikaner, denen sie angeboten waren, haben diese Inseln verschmäht und haben sie den Deutschen gelassen. Wir haben sie viel zu teuer bezahlet, ganz abgesehen von den Ausgaben, die die Verwaltung uns noch verursachen wird, für das nächste Jahr allein ist ja bereits fast eine halbe Million gefordert. Das Klima soll ja dort sehr gut sein, so daß sich die Errichtung eines Sanatoriums empfehlen würde. Aber deswegen werden von Deutschland keine neuen Kolonien erworben, sondern nur, um neue Flottenstationen zu haben. Deshalb ist meine Partei prinzipiell gegen alle derartigen Neu-Erwerbungen. Es handelt sich hier gar nicht um die Zwecke, die öffentlich dargelegt werden, sondern es wird mit aller Macht darauf hingearbeitet, Deutschland dem Chauvinismus zu Wasser in die Arme zu treiben. Es ist ja ausgesprochen worden: Deutschland solle nicht nur durch seine Flottenmacht die größte Macht sein, sondern mit seiner Flotte wenigstens den größeren Mächten gleichkommen. Das ist aber eine Aufgabe, die Deutschland unter keinen Umständen erfüllen kann. (Sehr richtig! links.) England würde ebenso zu Grunde gehen, wenn es neben seiner Seemacht ein solches System des Militarismus einführen wollte, wie Deutschland. Eine große Flottenmacht und Flottenmacht zugleich kann eben kein Staat sein. Es ist das thörichteste Wort, das jemals gesprochen ist: Die Zukunft Deutschlands liegt auf dem Wasser. Nein, die Zukunft des Deutschen Volkes liegt hier in eigenen Lande. (Sehr wahr! links.) Wie wenig für die Freiheit im eigenen Lande gesorgt ist, beweist schon, daß wir jetzt in hundert Jahren im Reichstag wieder das Zuchthausgesetz beraten werden. (Sehr gut, links.) Heute haben es die meisten bereits begriffen, wozu Kolonialpolitik gemacht wird. Die Regierung braucht glänzende Aktionen nach außen, um den Blick von den Zuständen im Innern des Landes abzuwenden. Eroberungen zu Lande können jetzt von Deutschland nicht gemacht werden, da macht man Eroberungen zu Wasser. Wenn die Regierung aber wirklich das Wohl Deutschlands im Auge hätte, dann würde sie zunächst ihr Augenmerk auf die entsetzlichen Zustände im Innern richten. Während man aber, um die Freiheit des deutschen Bürgers im Ausland zu schützen, Kriegsschiffe abschickt, ist in Deutschland selbst jeder Bürger gewissermaßen vogelfrei und kann von dem ersten besten Polizisten arrestit werden. Darum macht uns unsere Kolonialpolitik lächerlich und verächtlich in der ganzen zivilisierten Welt. (Sehr wahr, links, Unruhe rechts. Glode des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Der Herr Abgeordnete Liebknecht darf nicht sagen, daß die Kolonialpolitik, welche die verschiedenen Regierungen treiben, lächerlich und verächtlich ist. Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Liebknecht (fortfahrend): Das habe ich nicht gesagt; ich habe gesagt, sie hat uns lächerlich und verächtlich gemacht. (Heiterkeit.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich bitte fortzufahren. Ich bleibe bei dem, was ich gesagt habe.

Abg. Liebknecht (fortfahrend): Die Engländer können sagen, wir sind wenigstens ein freies Volk zu Hause und wohin wir gehen, dahin bringen wir unsere Kultur und unsere Freiheit, was hat aber der Deutsche bisher im Ausland für die Kultur gethan? Nichts. Da sind die Weibler und Leist, die am Schandpfahl der Geschichte stehen. (Sehr richtig! links.) Der Engländer kann sich als freier civis romanus fühlen, der Deutsche muß demütig sagen, mein Haus ist das Zuchthaus. (Lärm rechts, sehr richtig! links.) Es ist öfter der Vergleich gezogen worden zwischen den Zuständen der römischen Kaiserzeit und der jetzigen. Damals gab den Kaiser dem Volke wenigstens panem et circenses, Brot und Spiele. Die Spiele werden dem deutschen Volke auch jetzt geboten aber mit dem Brote ist es schlecht bestellt. Während das römische Kaiserthum dem Volke Brot umsonst gab, wird es heute dem Volke verteuert. (Sehr wahr, links, Lachen rechts.) Nach Herrn Miquel soll ja jetzt der Zoll auf Getreide 5. bis 6fach erhöht werden. Das gehört alles zu Ihrer Kolonialpolitik. (Zuruf rechts.) Auch mein Kollege Schippel, auf den Sie sich berufen, hat gegenüber der Kolonialpolitik gesagt: Augen hui und innen phui! und er hat sie damit sehr gut gekennzeichnet. Wir sind also prinzipiell gegen diese gesamte Kolonialpolitik, weil auch sie ein Teil dessen ist, was Deutschland die Signatur giebt: des Zuchthausgesetzes. (Lachen rechts; Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Baasche (natl.):

Wenn das Deutsche Reich so ein Zuchthaus wäre, wie der Abg. Liebknecht behauptet, dann müßte man allerdings die armen Ein-

geborenen bedauern, die unter die Gewalt eines solchen Staates kommen. Weder Herr Liebknecht, noch Herr Wiemer haben etwas vorgebracht, was nicht schon in der Oppositionspressen zu lesen gewesen wäre. Den vortheilhaften Ausführungen des Herrn Staatssekretärs habe ich nichts hinzuzufügen; mit den weitesten Kreisen unseres Volkes freue ich mich über diese Erwerbung; desgleichen freue ich mich, daß durch den Vertrag, durch die Geschicklichkeit unseres Vertreters zu Madrid, des Herrn von Radowicz, der unsere Industrie sehr schädigende Zollkrieg mit Spanien beendet ist. Ich hoffe, daß, wenn wir einen neuen Handelsvertrag mit Spanien schließen werden, derselbe die Fehler des jetzigen vermeiden und für Deutschland günstiger sein wird.

Abg. Schrader (fr. Sp.):

erklärt im Namen seiner Freunde, daß sie nicht allen Kolonialerwerbungen zustimmen können, aber auch nicht prinzipiell solche verwerfen. Was die jetzige Erwerbung anlangt, sei anzuerkennen, daß sie auf ehrlichem Wege erfolgt sei. Auch sei zugestehen, daß die diplomatische Aktion der Regierung sehr geschickt ins Werk gesetzt worden sei. So könne er sich trotz mancher Bedenken, die er nicht unterdrücken könne, im Namen seiner Fraktion für die Vorlage aussprechen. Zu hoffen sei, daß die Behandlung der Eingeborenen eine menschenwürdige und die Verwaltung eine weitfichtige sein möchte.

Abg. Deinhardt (natl.)

(auf der Tribüne verständlich) spricht über die Konkurrenz der spanischen Weine.

Abg. Dr. Köstke-Kaiserslautern (W. d. Landw.)

teilt die Befürchtungen des Abg. Deinhardt bezüglich der gefährlichen Konkurrenz, die den deutschen Weinen seitens der spanischen Weine droht. Die Karolinen seien nicht eine absolute, sondern höchstens eine relative Lumperei. Gewiß seien die nationalen Gesichtspunkte in erster Linie maßgebend, doch müsse man sich auch fragen: sind die Inseln der Opfer wert? Der Staatssekretär habe gelagt, unsere Entel würden sich der Erwerbung freuen; möchten sie aber auch nicht in die Lage versetzt werden, den dafür gezahlten Preis zu teuer zu finden.

Unterstaatssekretär v. Nischhofen erklärt, die Festlegung der Weisbegünstigung auch über den Ablauf der Weisbegünstigungsverträge heraus könne der deutschen Industrie keinen Nachteil bringen.

Abg. Dr. Lieber (C.)

hält die Erklärungen der Regierungsmitglieder für ausreichend und fragt an, ob den Jesuiten die Missionstätigkeit auf den neu erworbenen Inseln gestattet werden würde.

Staatssekretär v. Sillow

erklärt, das Jesuitengeheul gelte in den Schutzbereichen nicht. Die Missionare der verschiedenen Konfessionen, auch die Jesuiten, würden gleich behandelt werden.

Nach einer kurzen Polemik zwischen dem Abg. Köstke-Kaiserslautern und dem Unterstaatssekretär v. Nischhofen schließt die Debatte.

Damit ist die erste Lesung beendet. In der unmittelbar sich daran anschließenden zweiten Lesung werden der Nachtragsstat und die vier Vorlagen debattelos angenommen.

Hierauf wird die erste Beratung des Zuchthausgesetzes fortgesetzt.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Meine Herren, es sind gestern Aeußerungen gefallen, die unwidersprochen zu lassen ich mit meiner Pflicht nicht vereinbaren könnte. In dem Augenblick, wo es bekannt wurde, daß ein Gesetz, wie das vorliegende, eingebracht werden würde, wurde in der Presse bis tief in die demokratische hinein die Notwendigkeit anerkannt, gewissen Ausweitungen der Koalitionsfreiheit entgegenzutreten. (Widerspruch links.) Als das Gesetz selbst dann kam, war man überrascht darüber, daß nicht schärfere Bestimmungen darin enthalten waren. Seitdem ist der Barometerstand gegenüber diesem Gesetz erheblich gesunken. (Allerdings.) Welche meteorologischen Einflüsse dafür maßgebend gewesen sind, das wage ich nicht zu entscheiden. Ich muß aber gegenüber manchen getriggen Ausführungen feststellen, wie das Gesetz zu Stande gekommen ist. (Zuruf: Dehnhausen!) Herr Leinmann versuchte es, einen Gegensatz zwischen dem Reichspolizeiamt — wie er das Reichsamt des Innern nannte — und dem Reichsjustizamt zu konstruieren. Das ist sehr verkehrt. Beides sind Organe des Reichskanzlers. Eine verschiedene Auffassung zwischen den beiden Ressorts ist staatsrechtlich ausgeschlossen. Das Reichsjustizamt war bei allen Phasen der Ausarbeitung vollständig gleichberechtigt beteiligt. (Hört! hört!) Und um jeder Legendenbildung vorzubeugen, erkläre ich, daß das Gesetz in dieser Fassung einstimmig von allen Regierungen beschloffen worden ist. (Hört! hört!)

Es sind hier auch Angriffe gegen die Denkschrift laut geworden. Herr Rieberding hat bereits gesagt, daß die Denkschrift gar nicht dazu ist, um die einzelnen Paragraphen des Entwurfs zu begründen, sondern lediglich, um ein Bild von den Arbeiterkämpfen der Zeit zu geben. (Zuruf: Und was für ein!) Bei der Zusammenstellung sind wir ganz unparteiisch verfahren (Große Heiterkeit), indem wir sogar Aeußerungen aufgenommen, die vielleicht einer berechtigten Kritik unterliegen (Schallende Heiterkeit), nur um das Material Ihnen vollständig vorlegen zu können.

Wenn wir vorwiegend nur Polizeibehörden, Staatsanwälte usw. gehört haben, so war dies in diesem Falle der einzig richtige Weg. (Heiterkeit.) Wir konnten doch nicht die Parteien selbst, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer fragen, wie fragten daher die unparteiischen Organe des Staats (Stürmisches Belächeln). Ja, meine Herren, wenn Sie die Unparteilichkeit der Staatsorgane angreifen wollen, so wird das im Ausland nicht schmeichelt für uns wirken: ich würde das als Abgeordneter nicht thun.

Bei der Kritik der Statistik wurde in gehässiger Weise gegenübergestellt die Verfassung von Unternehmern und Arbeitern. Ich habe selbst hier erklärt, ich wünschte, daß die Vergehen der Unternehmer mit der vollen Strenge des Gesetzes geahndet werden (Auf: Geschichte aber nicht!) Aber jene Gegenüberstellung ist nicht zutreffend. Denn bei dem Terrorismus der Arbeiter kommen deren meiste Vergehen gar nicht zur Anzeige, zudem ist eine Masse dieser Ausschreitungen gefehlich gar nicht zu fassen. Dazu ist ja gerade das gegenwärtige Gesetz da.

Man hat sich auch darüber ausgehalten, daß in der Denkschrift derselbe Streik immer wiederkehrt. Das ist aber ganz natürlich. Denn bei einem großen Streik können eben die verschiedensten Vergehen vor.

Was den Terrorismus der Arbeiter betrifft, so will ich Ihnen nur ein Schreiben anführen, das mir gestern von einer sehr angesehenen Person überhandt wurde — ich habe bereits telegraphisch revidieren lassen, aber leider bis jetzt noch keine Antwort erhalten. (Heiterkeit.) Der Betreffende teilt uns da mit, daß in der Stadt, wo er lebt, der Terrorismus der Streikenden so zugenommen hat, daß er sich auch auf die Schulkinder in der Schule erstreckt. (Große Heiterkeit.) Die Schulkinder der Streikenden maltrattieren und ähneln den Schulkinder der Arbeitwilligen in einer Weise, daß letztere gewungen sind, die Arbeit niederzulegen, nur um ihre Kinder zu schützen. (Schallende, lang anhaltende Heiterkeit. Redner, erstaunt, macht längere Pause. Zuruf: Wo war denn das?) Ja, das kann ich Ihnen erst mitteilen, wenn meine Recherchen zurückgekommen sind. (Erneute Heiterkeit.)

Herr Bebel hat gesagt, die Regierung hätte Jahrzehnte hindurch bestritten, daß der § 153 der Gewerbe-Ordnung auch auf

Unternehmer anwendbar sei. (Abg. Webel: Habe ich gar nicht gesagt!) So, dann hat das einer Ihrer Freunde gesagt (Ruf: Das ja noch keiner gesprochen!) oder ein anderer Abgeordneter. (Große Heiterkeit.) Jedenfalls war dieser Angriff nicht berechtigt. Die Regierung war stets der Ansicht, daß er anwendbar sei. Nur meinte sie, die Judikatur sei da zu verurteilen, und daher hat sie jetzt expressis verbis den Antrag Hirsch in das Gesetz aufgenommen.

Ich bleibe auch dabei stehen, daß 1891 die Sozialdemokraten der Ansicht waren, daß die Anwendung jener Mittel, die wir jetzt unter Strafe stellen wollen, wirklich strafällig sei.

Was die schwarzen Listen anlangt, so sind dieselben vollkommen identisch mit dem Vorkauf der Arbeiter gegen Unternehmer. (Widerspruch links.) Ich gehe ein, daß auch ich sie für bedenklich halte, da sie häufig Unschuldige mit den Schuldigen treffen. Aber auch beim Vorkauf werden viele Personen geschädigt, die mit dem ganzen Arbeiterkampf nichts zu thun haben. Wenn wir die schwarzen Listen bestrafen, dann müssen wir auch den Vorkauf bestrafen. Und diesen Eingriff in den wirtschaftlichen Kampf wollten wir nicht machen.

Im übrigen waren die Ausführungen von einem Teil der Redner eigentlich für die Vorlage (Ruf: Ja wohl, von Arendt!), denn es wurde dargelegt, daß in Unternehmertreuen terroristische Mittel von Spionaten angewendet werden. Nun, diesen Unternehmern soll ja gerade die Vorlage zu Leibe gehen. (Lachen links.)

Ein Redner hat sich auch darüber beschwert, daß nur die Arbeitswilligen gegen die Streikenden geschützt werden sollen, nicht aber die Streikenden gegen die Arbeitswilligen. Nun, wir sind ja mit Freuden bereit, diese Lücke in dem Gesetz auszufüllen. Ich muß aber sagen, daß wir noch nie etwas von einem Terrorismus der Arbeitswilligen gegen Streikende gehört haben.

Wenn schließlich gesagt worden ist, daß eines der ersten Opfer des Gesetzes Herr von Boddie's ist, so haben die Herren eben vergessen, daß die Disziplinargewalt der vorgeordneten Behörde durch dieses Gesetz zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses überhaupt nicht berührt wird.

Im allgemeinen will ich Ihnen noch eins nahe legen: Wollen Sie sich gütigst der politischen Kämpfe um die Erlangung einer Verfassung erinnern. Da geht als das Palladium der Verfassung stets der Schutz der persönlichen, der bürgerlichen Freiheit. Und hier ist Ihnen die persönliche Freiheit der Arbeitswilligen so gleichgültig, daß Sie sie einer Minderheit oder einigen Agitatoren preisgeben wollen (Heiterkeit und Unruhe). Der Streik wird durch Proklamation von wenigen Personen eingeleitet, die leider gleichzeitig Geschworene, Richter und Exekutoren sind. Darin liegt eben das Unerträgliche, daß die Mehrheit sich diesem Despotismus fügen muß. Mit welcher Härte wird es doch von Ihnen stets beurteilt, wenn irgend ein untergeordneter Polizeibeamter sich gegen die persönliche Freiheit eines einzelnen vergeht. Da sind Sie über alle Maßen empfindlich. Aber gegen einen Arbeitswilligen lassen Sie daselbe ruhig hingehen.

Es wurde uns ferner vorgeworfen, daß wir uns auf die ausländische Gesetzgebung bezogen haben. (Auf: Nein, daß Sie sich falsch bezogen haben!) Herr Benzmann berief sich gestern auf ein Exemplant des Hauses der Lords. Ich habe gestern sofort nach London telegraphiert, aber leider bis jetzt noch keine Antwort erhalten. (Große Heiterkeit.) Nur das begreife ich nicht: In vielen anderen Fällen wird uns vorgeworfen, daß wir nicht die Gesetzgebung des Auslandes studieren, und hier, wo wir das gethan haben (Sehr große Heiterkeit), da machen Sie uns wieder daraus einen Vorwurf.

Zum Schluß noch eine Bemerkung: Der englische Socialpolitiker, den ich bereits vorgestern citirt habe, und der einen erhöhten geschlichen Schutz der Unorganisierten gegenüber dem Despotismus der englischen Gewerksvereine verlangt hat, hat jetzt, 1890, eine Broschüre geschrieben, in der er sagt: Er habe die Ueberzeugung, daß die englische Arbeiterbevölkerung bereits ein so großes Schwergewicht im öffentlichen Leben erlangt habe, daß nicht mehr daran zu denken sei, ein Gesetz gegen die himmelschreienden Ausschreitungen der Trades-Unions zu schaffen. Daher müsse das Publikum und die Unternehmerschaft sich vereinigen, um jeden Arbeiter, der sich an einem Ausstände beteiligt, rücksichtslos von der Arbeit auszuschließen. Meine Herren, wenn es bei uns dazu kommen sollte, so wäre das die bedauerlichste Erscheinung, die ich mir denken könnte. Es würden dann Monstre-Ausstände und Monstre-Ausperrungen entstehen. Eine Erbitterung ohne Gleichen würde Platz greifen, die unsern ganzen innern Leben die schwersten Wunden schlagen würde. Deshalb haben die verbündeten Regierungen die Vorlage eingebracht, in weiser Vorfrage, um durch eine verständige Beschränkung der Koalitionsfreiheit jene Zustände zu verhindern. (Beifall rechts. Lachen links.)

Abg. Köstke-Deffau (wildlib.):

Besonders bedauerlich war es für mich, daß der Herr Staatssekretär in seiner Rede den Glauben zerstört hat, daß das Reichsjustizamt vielleicht doch einige Bedenken gegenüber der Vorlage gehabt habe und ebenso bedauerlich, daß die Vorlage von den verbündeten Regierungen einstimmig angenommen ist. Ich hätte in der That geglaubt, daß einzelne Regierungen das Gefühl des Volkes doch besser kennen. (Sehr gut! links.) Der Herr Staatssekretär hat es getadelt, daß wir die Berufung auf das Ausland nicht gelten lassen. So habe ich die Versicherungen der Herren Vorredner nicht verstanden. Man hat es nur nicht richtig gefunden, daß die Regierung sich immer nur dann auf das Ausland beruft, wenn es ihr paßt (Sehr richtig! links), niemals jedoch, wenn im Auslande Fortschritte zu verzeichnen sind.

Herr Wassermann hat darauf hingewiesen, daß auch die Arbeitgeber seiner Partei der Vorlage ablehnend gegenüber stehen. Mir scheint diese Erklärung von größter Bedeutung zu sein. Auch ich kann mich diesen Arbeitgebern anschließen. Ueberhaupt steht ja wohl die große Mehrheit dieses Hauses auf demselben Standpunkt, selbst die Konservativen, denn Herr v. Ledebow hat ja nur sein Einverständnis mit den ersten beiden Paragraphen erklärt. (Widerspruch rechts.) Nein? Dann bedauere ich, daß ich diese gute Meinung unzureichenderweise von Ihnen gehabt habe. Bis jetzt traute ich nur Herrn Arendt eine vollständige Uebereinstimmung mit der Vorlage zu. (Heiterkeit.) Herr Arendt sprach ja wohl gestern als Vertreter des geistigen Vaters dieser Vorlage, des Herrn von Stumm. Ich muß gestehen, daß ich in diesem Falle Herrn v. Stumm lieber selbst gehört hätte. Er hätte seine Vorlage doch wohl besser verteidigt, allerdings ist ja gewiß schwierig von Dingen zu reden, von denen man gar nicht versteht; (Sehr gut, Heiterkeit links, Unruhe rechts.) denn die Rede des Herrn Arendt gipfelte schließlich darin, daß er sagte, wir sind für Koalitionsfreiheit, aber die Vorlage bedeutet nur den ersten Schritt auf diesem Wege. Das Verständnis für diese Logik geht uns ab, die wir der Meinung sind, daß der Gesetzentwurf den ersten Schritt zur Untergrabung der Koalitionsfreiheit bildet. (Sehr richtig! links.) Dieser Gesetzentwurf bedeutet nicht nur einen Schlag gegen die Koalitionsfreiheit, sondern auch einen Schlag gegen den Reichstag. (Sehr richtig! links.) Der Reichstag hat wiederholt zu erkennen gegeben, daß er die Koalitionsfreiheit, wie wir sie haben, nicht für genügend hält. Er konnte eine solche Vorlage um so weniger erwarten, als von Seiten der verbündeten Regierungen die feierliche Erklärung abgegeben ist, daß das Verbot des Inverbindlichreitens politischer Vereine aufgehoben werden sollte, und diese feierliche Erklärung noch bis heute nicht eingeleitet ist. (Sehr richtig! links.) Am allerwenigsten ist aber der jetzige Zeitpunkt geeignet zum Einbringen einer solchen Vorlage. Wir stehen in der Zeit einer gewaltigen industriellen Entwicklung und da wäre es die Aufgabe der Regierung, dafür zu sorgen, daß womöglich alle Klassen der Bevölkerung von dieser Entwicklung Nutzen haben, und nicht an letzter Stelle die Arbeiter. Ich stimme mit Herrn Webel aber durchaus darin überein, daß die Löhne der Arbeiter lange nicht in dem Verhältnis gestiegen sind, wie man es erwarten konnte. Die einzige Waffe für die Arbeiter aber,

um sich höhere Löhne zu erringen, ist das Koalitionsrecht und das darf ihnen nicht bestränkt werden. Die Unternehmer finden es ja ganz selbstverständlich, daß sie die Konjunktur ausnutzen, um ihre Preise nach Möglichkeit zu erhöhen. Man würde denjenigen für einen schlechten Geschäftsmann halten, der das nicht versteht. Wenn es sich um Forderungen der Arbeiter handelt, sind die Unternehmer leider meist geneigt, dieselben ohne weiteres zurückzuweisen, sie machen im mer gleich eine W a s c h r a g e daraus, wie es den Arbeitern immer vorgeworfen wird. (Sehr richtig! links.) In meinem Wahlkreise z. B. haben sich Arbeitgeber geteigert, eine Lohnerrhöhung einzuführen, bei der es sich nur um Fennige handelte, ja überhaupt nur in Verhandlungen darüber mit den Arbeitern einzutreten. (Hört! hört! links.) Und nur weil sie glaubten, sich in ihrem Rechte etwas zu vergeben, gingen sie nicht darauf ein. Wenn die Dinge so liegen, muß man sich nur wundern, daß die Arbeiter von ihrem Recht, zu streiken, bisher so wenig Gebrauch gemacht haben. (Sehr richtig! links.)

Man beruft sich auf den Entwurf von 1891 und auf Herrn v. Verleppich. Nun, ich bestreite ganz entschieden, daß Herr v. Verleppich heute den vorliegenden Gesetzentwurf als Minister eingebracht hätte. Diese Vorlage geht viel weiter als der Entwurf von 1891. Wie man etwas so lauschbares wie die § 7 und 8, die sog. Putschparagrafen einbringen konnte, verstehe ich überhaupt nicht. Besonders hinzuweisen möchte ich noch auf § 8. Nach demselben sind verächtliche Strafbestimmungen auch vorgesehen für Drohungen nicht nur während eines Streiks sondern auch nach dem Streik, vielleicht noch nach drei, vier, fünf Jahren. Dieses Gesetz ist ein Ausnahmengesetz, das bei weitem schlimmer ist, als die Umsturzvorlage und das Sozialistengesetz, insofern als es sich nicht gegen eine politische Partei, sondern gegen die gesamte deutsche Arbeiterkraft wendet. (Sehr richtig! links.) Es kommt mir wirklich wie ein Hohn vor, wenn da noch immer davon geredet wird, Licht und Schatten seien gleich verteilt. Nicht nur werden Versuche von Arbeitgebern milder behandelt, man hört meist überhaupt gar nichts von ihnen, da sie sich hinter verschlossenen Thüren abspielen. (Sehr richtig! links.) Ich siehe ja mitten drin im Gewerbe, ich muß doch also wissen, was im gewerblichen Leben vorgeht, und habe ein größeres Recht darüber zu sprechen, als die Herren von der Regierung, die keine praktische Erfahrung haben. Daß ein gewisser Terrorismus von Seiten der Arbeiter ausgeht, kann niemand leugnen, soweit wirklich Ausschreitungen vorkommen, finden sie ihre Sühne durch die Bestrafung auf Grund des jetzigen Rechts.

Herr Lieber hat sich gestern einen Ordnungsruf angezogen, als er von einer himmelschreienden Parteilichkeit der Gerichte sprach. Ich glaube, er hat damit nicht gemeint, daß die Richter bedroht parteilich geurteilt haben. Uebrigens verweise ich Sie da auf ein Urteil, das Berliner Richter selbst vor einigen Tagen erlassen haben, und zwar an der Strafkammer II des Landgerichts I. Der Redacteur des „Vorwärts“, Herr Jacobson, war angeklagt wegen folgenden Satzes aus einem Artikel anlässlich des Köstner Urteils: „Wohlbelannt ist die Spruchpraxis des höchsten sächsischen Gerichtshofes, der oft und ohne Umschweife Angehörige der Arbeiterpartei für mildernden Rechtes erklärt hat, denn andere Staatsbürger.“ Das Gericht hat aber entschieden, daß der Angeklagte in drei Fällen den Beweis für diese Behauptung erbracht habe. (Hört! hört! links.) Hätten die Richter das Urteil hier ausgeprochen, so hätten auch sie einen Ordnungsruf erhalten. (Heiterkeit.) Ohne einen gewissen Terrorismus ist übrigens ein Streik gar nicht möglich. (Sehr richtig! links.) Wenn eine so große Zahl von Leuten unter einem Hut gebracht werden soll, geht es ohne allen Zwang gar nicht ab. Ich begreife nicht, wie der Herr Staatssekretär das nicht einsehen kann. Auch die Arbeitgeber können ohne Terrorismus nicht ankommen. Nur brauchen sie nicht die Mittel der Arbeiter anzuwenden. Sie kommen mit Konventionalstrafen, und mit gesellschaftlicher Achtung derjenigen aus, die sich ihren Vereinbarungen nicht fügen. (Sehr richtig! links.) Die Arbeitgeber setzen auch nicht ihre Existenz aufs Spiel, wenn sie die Arbeit einstellen, während es sich bei den Arbeitern stets um die Existenzfrage handelt. Uebel nehmen kann man es den Arbeitern doch da nicht, wenn sie sich gegen Leute wehren, die ihnen als Streikbrecher in den Rücken fallen und so den Erfolg des Streiks verhindern. Ich halte auch die Arbeitswilligen durchaus nicht für die besten Arbeiter, wie der Herr Staatssekretär. Wenn alle Arbeiter so wären, würden sie sich auch mit den niedrigsten Löhnen zufrieden geben und das würde nur die Konsumfähigkeit der Arbeiterwelt vermindern und damit unserm ganzen Handel und der Industrie schaden. (Sehr richtig! links.)

Dem Staatssekretär Graf Posadowsky muß ich sagen, wir alle mühten die D e n s c h r i f t als Begründung der Vorlage einzufassen. Der Staatssekretär hat selbst in seiner einleitenden Rede den Wunsch ausgesprochen, daß das Publikum die Denkschrift eifrig studieren möge, da sie die Grundlage für die einzelnen Bestimmungen der Vorlage bildet. Der Staatssekretär hat uns heute von dem Terrorismus der Schulkinder berichtet. In welcher Beziehung steht denn dieser angebliche Terrorismus zur Vorlage. Höchstens könnte man doch daraus ein Gesetz zum Schutz der Schulkinder herleiten. (Heiterkeit.) Was wird denn arg geübt sein. Die Kinder werden sich, wie das ja auch bei Wahlen vorkommt, gestritten haben. Der eine Junge sagt, ich bin für den Streik, der andere ist dagegen und wenn sie sich nicht einigen können, dann hauen sie sich, wie wir das in unserer Jugend auch gethan haben (Heiterkeit und sehr richtig! links). Ich habe noch nie gehört, daß über solche Dinge die Eltern sehr empört waren (sehr richtig, links).

Die Strafen sind heute schon durchaus ausreichend und die Fälle, wo einmal das Strafgesetz verstoßen, sind überaus selten, führen durchaus nicht zur Notwendigkeit eines gesetzgeberischen Vorgehens. Die Denkschrift ist einseitig und subjektiv abgefaßt, die Beamten sind die richtigen Gewährsmänner. Man hätte die Arbeiter selbst oder wenigstens ihre Vertreter befragen sollen. Schon die Gewerbeaufsichtsbeamten sprechen sich ganz anders aus wie die Staatsanwälte in der Denkschrift. Das Gesetz macht die Ausübung des Koalitionsrechtes nichtig; schon allein wegen der Dehnbarkeit der Bestimmungen. Hier zeigt sich die Arbeit vom grünen Tische, die die Verhältnisse nicht aus der Nähe kennt. Wie oft werden durch die Parteilichkeit der Behörden und von den Unternehmern die Arbeiter zum Streik gereizt, wie werden sie durch schwarze Listen und Ausperrungen malträtiert. Wir sehen es ja jetzt beim großen Berliner Maurerausstande. Trotzdem steht nicht ein einziger solcher Fall in der Denkschrift verzeichnet. Der Berliner Arbeitgeberbund im Baugewerbe geht mit sehr starkem Terrorismus gegen die Lieferanten von Baumaterialien und gegen die Mittelwerke vor. Herr Staatssekretär, ich frage Sie, halten Sie das etwa nicht für Terrorismus? Warum haben Sie darauf in Ihren Reden noch nicht mit einem Worte Bezug genommen? Die Herren Arbeitgeber wollen ja die Ausperrung auf ganz Deutschland ausdehnen. Ich lege Protest gegen ein solches Vorhaben ein und würde es lebhaft bedauern, wenn es zu einem solchen Schritt käme. Das würde zu berechtigter Erbitterung führen. Mit der Waffe des Arbeitsnachweises üben die Arbeitgeber oft einen sehr starken Terrorismus aus. Die Sekretäre der Arbeitgeberverbände sind ebenso Agitatoren wie die Sekretäre der Gewerkschaften. Neben des Herrn Vued z. B. sind gerade so Heereien, natürlich nicht in so anstößiger Weise, in etwas gewählteren Worten, als es manumal socialdemokratische Agitatoren thun mögen. (Sehr richtig! links.) In der Arbeiterschaft will man die Vorlage nirgends, sie wird nur gewünscht von gewissen Unternehmertreuen, derjenigen Gruppe, die der Centralverband deutscher Industrieller repräsentiert. Der Herr Staatssekretär hat vorhin über die Entstehung der Vorlage Mitteilungen gemacht. Er hat dabei die Rede des Kaisers vergessen, die er in Vielesfeld gehalten hat und in der es hieß: „Scharfste Strafe demjenigen, der einen anderen an freiwilliger Arbeit hindert“.

Präsident Graf v. Ballestrem:

Ich bitte den Herrn Redner, unbegleitete Reden Sr. Majestät des Kaisers nicht in die Debatte zu ziehen.

Abg. Köstke (wildlib.):

Ich habe geglaubt, der Herr Präsident will nur die Erörterung solcher Reden nicht gestatten, welche nicht amtlich publiziert worden sind. Ich mache darauf aufmerksam, daß die von mir citierte Rede in Nr. 142 des „Preussischen Staats- und Deutschen Reichsanzeigers“ veröffentlicht worden ist.

Präsident Graf v. Ballestrem:

Dann ist es etwas anderes. (Heiterkeit.)

Abg. Köstke (fortfahrend):

Ich weise also nochmals auf diese Rede des Kaisers hin, die den Anlaß zu dieser Vorlage gegeben hat und richte die Anklage gegen die Räte der Krone, daß sie den Kaiser nicht dahin beraten haben, daß die in dieser Rede niedergelegten Ansichten irrig sind. Wie sollen denn die einzelnen Fürsten auch ein ganz richtiges Urteil über die ihnen doch fern liegenden allgemeinen gewerblichen Verhältnisse bekommen. Pflicht der Räte der Krone wäre es nun, dem Monarchen zu sagen, daß sich die Dinge in ganz anderer Beleuchtung darstellen, wenn diese Darstellung nicht von Arbeitgebern, sondern von Arbeitern ausgeht. Hätten die Räte der Krone diese Pflicht erfüllt, so hätte der Kaiser gewiß nicht die zweite Rede in Ochsenhausen gehalten, die auch im „Staatsanzeiger“ publiziert war und in der das Zuchthaus angebrocht war.

Dem Herrn Staatssekretär möchte ich aber sagen, er fert sich gewaltig, wenn er glaubt, daß mit einem solchen Gesetz die Socialdemokratie bekämpft werden kann. (Sehr richtig, links.) Ja, wenn ein Prämie für die beste Förderung der Socialdemokratie ausgelegt worden wäre, die Verfasser dieses Entwurfs müßten sie zugesprochen erhalten.

Zum Schluß will ich nur mein Bedauern darüber aussprechen, daß am Ende der Session, in welcher das Invaliditäts-Gesetz zu Stande gekommen ist, ein solches Gesetz vorgelegt worden, das die Arbeiterfeindlichkeit so an der Stirn trägt. Das Koalitionsrecht ist das einzige Recht der Arbeiter, es darf nicht angefaßt werden. Man spricht ja von einer Auflösung des Reichstages im Falle der Ablehnung der Vorlage. Das gäbe dann eine eigenartige Konstellation, wenn auch das Abgeordnetenhaus wegen der Kanalvorlage aufgelöst würde. Dort müßte die Regierung gegen die Partei des Abg. Arendt zu Felde ziehen und hier wäre diese Partei die einzige Verbündete der Regierung. (Heiterkeit.) Wir könnten einem solchen Wackelkampf mit Ruhe entgegen sehen. Ich würde mich schämen, einem Reichstag angehört zu haben, in dem ein solches Gesetz angenommen wurde. (Beifällige Zustimmung links.) Wenn ein Teil der Arbeitgeber besonders unter dem Fabrikantenadel nicht meiner Meinung ist, so bedauere ich das. Aber die Zeit wird mir recht geben. Im XX. Jahrhundert sind Grundzüge, wie sie die Vorlage vertritt, unmöglich, und ich kann nur wünschen, daß dieser Gesetzentwurf möglichst schnell noch im XIX. Jahrhundert begraben wird. (Beifälliger Beifall links. Fischen rechts.)

Preussischer Handelsminister Bresfeld:

Der Vordrucker hat seine Majestät den Kaiser in die Debatte gezogen, indem er auf eine Rede des Monarchen hinwies. Ich darf wohl darauf aufmerksam machen, daß es parlamentarischer Gebrauch in allen konstitutionellen und monarchischen Staaten ist, die Person des Monarchen nicht in die Erörterung zu ziehen. (Unruhe links.) Dieser Gebrauch die Person zu schonen wird in allen gestifteten Staaten gewissenhaft geachtet. (Oh! links, große Unruhe und Lachen.) Für alle Regierungshandlungen des Monarchen steht der Reichskanzler ein; an ihn haben Sie sich zu wenden, wenn Sie etwas zu kritisieren haben. (Oh! links und große Unruhe.)

Ich habe auch meine Stellung zu der Vorlage kurzgeleget. Schon 1891 hat mein Amtsvorgänger Herr v. Verleppich ausdrücklich hervorgehoben, als der Reichstag bei der Revolte zur Gewerbeordnung eine Verschärfung des § 153 ablehnte, daß weitere Erfahrungen auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung schon dazu führen würden, den jetzt abgelehnten Weg zu beschreiten. Diese Voraussetzung hat sich als richtig erwiesen. Seit 1891 sind eine große Zahl Arbeitseinstellungen von größter Ausdehnung und Tragweite vorgekommen, bei denen die schwersten Ausschreitungen gegen die Arbeitswilligen zu beklagen gewesen sind. Das zeigt die Denkschrift. Es ist gegen sie die Ausstellung erhoben worden: Weshalb sind die Gewerbeinspektoren nicht befragt worden? Es sind die Regierungen befragt worden und die Oberbeamten, und es ist Sache der Regierungen, die ihnen nachgeordneten Beamten, die Fabrikinspektoren zu hören, soweit sie es für nötig halten. (Auf: links: Es ist aber nicht geschehen!) Woher wissen Sie das? (Abg. Köstke: Weil in den Berichten der Fabrikinspektoren das Gegenteil steht, als in der Denkschrift. Heiterkeit. Glöde des Präsidenten) . . .

Präsident Graf Ballestrem:

Lassen Sie doch die Zwischenrufe und Privatgespräche. Wir kommen ja sonst nie zu Ende. (Große Heiterkeit.)

Minister Bresfeld:

Ich erinnere an die großen Arbeiterausstände 1892 und 1893 im Ruhr- und Saarrevier. Ein Redner aus dem Hause hat behauptet, die Ausschreitungen, die dort vorgekommen sind, seien nur eine Summe verschiedener Ungezogenheiten der Arbeiter. Damit hat er die Ausschreitungen als kinderei entschuldigt. Ich will Ihnen nahe legen, in welcher Weise dort Ausschreitungen verübt worden sind, welche schwere gemeine Gefahr mit jenen Ausständen verbunden gewesen ist. Wie wurde im Saarrevier der Streik inszeniert? Besondere Voten ertönten von Grube zu Grube, 24 000 Arbeiter legten dann an einem Tage ohne Kündigung im Kontraktbruch die Arbeit nieder. Nicht einmal bestimmte Forderungen waren vorhanden. Erst im Laufe des Ausstandes wurden sie nachträglich aufgestellt. Der Ausstand war hauptsächlich friivol (Widerspruch links) und die schwersten Ausschreitungen hatte er im Gefolge. Die Ausständigen bedrohten die Arbeitgeber und ihre Angestellten, Angriffe auf die Maschinen kamen vor, die Arbeitswilligen wurden von den Ausständigen umstellt. Zusammenrottungen von 2000 Menschen kamen vor, die Arbeitswilligen wurden mit Steinwürfen verfolgt, gepöbeln, mißhandelt, es wurde auf sie geschossen, die Streikenden drangen in ihre Häuser und bedrohten ihre Angehörigen, Dynamitanschläge wurden verübt (Große Unruhe und Gelächter links, Auf: Gul! Gul! Abg. Singer: Ist das nicht heute schon strafbar?) . . .

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abg. Singer, ich bitte nicht zu unterbrechen. (Heiterkeit.)

Minister Bresfeld: Sind das nicht Kindereien? Das muß eine wunderbare Vorstellung von Kindern und Kindereien sein. Es war ein Arbeiterausstand, der den Zweck haben sollte, im ganzen gewaltigen Gebiet, das auf die Saarhöhen angewiesen ist, die Industrie zum Stillstand zu bringen. Ich habe hier noch eine gedruckte Aufzählung der damaligen Führer. Darin heißt es: „Erkenne nun Deine Macht, Bergmann! (Mit erhobener Stimme) Wenn Dein starker Arm es will, dann stehen alle Köder still!“ (Große Heiterkeit links.) „Verachte Dir die Segner alle!“ Man wollte also die ganze gewerbliche Thätigkeit lahm legen. Glücklicherweise hatten sich die Werke auf drei Wochen mit Kohlen versehen, weil sie ahnten, daß die Gährung unter den Bergleuten zu einem Streik führen würde, und ein Kohlenmangel trat nicht ein. Aber denken Sie, daß der Ausstand länger gedauert und Kohlenmangel sich eingestellt hätte. Dann wären die Fabriken zum Stillstand gekommen. Schon wurde im Ruhrrevier ein Sympathiestreik inszeniert, zu dem ebenso wenig Ursache vorhanden war, wie im Saarrevier. Auch dort sind Ausschreitungen der schwersten Art vorgekommen. Wenn in zwei bedeutenden Revieren die Kohlenförderung längere Zeit thätig ruht, dann müssen die Fabriken ihre Thätigkeit einstellen und die Arbeiter entlassen, der Eisenbahnbetrieb gerät ins Stocken, die großen Städte können ihre Zufuhr nicht mehr erhalten, die Gasbeleuchtung hört auf, auch in den Krankenhäusern und Strafanstalten. Vergewegen Sie sich das und dann bestreiten Sie, daß hier nicht eine gemeine Gefahr vorliegt. Wir haben ähnliche Fälle bei uns ja nicht erlebt (Auf links: Na eben! Heiterkeit), aber in anderen Staaten

Haben sie sich ereignet. Denken Sie an den großen Eisenbahnarbeiterstreik 1894 in den Vereinigten Staaten. Er dauerte wochenlang, große Beschädigungen an Eisenbahnmateriale wurden verursacht und der gesamte Schaden wird auf eine Viertel Milliarde berechnet. Hunderte von Menschenleben gingen zu Grunde und schließlich mußten 14 000 Mann regulärer Kruppen gegen die Streikenden aufgebracht werden. Das sind Zustände, zu denen wir es nicht kommen lassen wollen. Und Sie können dem Staat unmöglich die Mittel verweigern, wenn die Regierung sie erbittet, um diese Gefahren, die sie befürchtet, abzuwenden. Und da wollen Sie sich nicht einmal zu einer Kommissionsberatung verstehen? (Lachen links.) Ich wundere mich, daß die Regierung keine größere Unterstützung findet. (Große Gelächter links.)

Es handelt sich zunächst um die Ausgestaltung des § 153 im vorliegenden Entwurf, wie sie in gleichem Sinne mein Amtsvorgänger gewünscht hat. Sämtliche Ordnungsparteien sollten doch darin einig sein, daß diese Ausgestaltung in den §§ 1 und 2 vollkommen rational ist. Der § 1 bringt das Strafverbot gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechtes, dem der Schutz der freien Arbeit ist doch viel wichtiger als wie der Schutz der Koalitionsfreiheit. Der § 153 der Gewerbeordnung trifft nur den, der zum Beitritt zwingt und den, der vom Austritt abhält. Er trifft aber nicht den, der am Beitritt hindert und zum Austritt zwingt. Die vorgeschlagene Ausgestaltung ist also nur eine logische Konsequenz; eine so gesunde, so verständliche Forderung können Sie doch nicht ablehnen. (Gelächter links.) Das ist die Hauptbedeutung der Vorlage. Der zweite Teil ist gleichfalls aus Erfahrung und Bedürfnis herausgewachsen, aber sind Sie mit dem nicht einverstanden, dann soll er doch wenigstens in der Kommission geprüft werden. Dort werden wir die Gründe entwickeln, die uns zu den einzelnen Vorschlägen veranlaßt haben und die hier darzulegen doch nicht in den Rahmen der Erörterungen paßt. Es handelt sich da um ein billiges und verständliches Verlangen. (Lachen links.) Kamentlich hat man am § 8 Aufstoß genommen. Hier liegt offenbar ein Mißverständnis vor. Die §§ 1 und 2 betreffen die Ausschreitungen gegen die Koalitionsfreiheit, § 8 betrifft dieselben Ausschreitungen, wenn sie sich in solchen Betrieben ereignen, wo sie besonders gefährlich wirken müssen. Ist denn das unverständlich? Ich glaube, es liegt alles auf der rechten Hand. (Große Heiterkeit links.) Der § 8 bringt nur ein durchaus gesundes Prinzip zum Ausdruck. Sie mögen ja verschiedener Meinung sein über die Abmilderung und die Art der Strafe, aber das sind doch Dinge, über die wir uns in der Kommission unterhalten können. Eine glatte Ablehnung ist doch geradezu unmöglich. (Große Heiterkeit links.)

Besonders vermißt hat die Kritik die paritätische Verhandlung in der ganzen Vorlage zwischen Arbeitern und Unternehmern. Aber die Grundidee des Gesetzes ist doch die vollkommen gleichmäßige Behandlung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. (Lachen links.) Wenn Mängel vorhanden sind, da sagen Sie es doch, da stellen Sie doch Anträge! (Viele Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten. Glode des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Lassen Sie doch die Zwischenrufe, es führt ja zu nichts, Sie können ja dann erwidern. (Große Heiterkeit.)

Minister Bresselt (fortfahrend): Der Herr Vertreter des Reichsjustizamts hat bereits hervorgehoben, daß die praktische Anwendung des Gesetzes immer ergeben wird, daß die Arbeiter in die höhere Mäße getroffen werden, als die Unternehmer. Das liegt aber eben in den Verhältnissen. (Hört! hört! und Zustimmung links.) Daß der Arbeitgeber weniger Ausschreitungen begeht, ist doch selbstverständlich. Er befindet sich doch in günstigeren Lebensbedingungen, als der Arbeiter, er hat eine höhere Bildung, die ihn leichter vor Ausschreitungen bewahrt. Deshalb müssen die Verletzungen der Arbeiter auch milder beurteilt werden. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Man sieht es ja! ... Also deshalb Zuchthaus!) Wenn ein Streik lange andauert, wenn die Streikfassen leer werden, dann kommen die Ausschreitungen, die wir durch den Gesetzentwurf eben verhindern wollen.

Wir sind in der Debatte gefragt worden: Ja weshalb schreibt die Regierung nicht gegen die Unternehmerranditate ein, gegen die Ringe, die die Konsumenten auf die Arme zwingen und die Preise diktieren. Ich kann Ihnen sagen: die Syndikate wirken günstig. (Unruhe links.) Sie haben den Erfolg gehabt, sowohl das plötzliche Hinanfschnellen der Preise, wie das plötzliche Sinken der Preise und Löhne, das der Arbeiter am wenigsten vertragen kann, zu verhüten. Durch diese Vereinigungen ist eine ruhige, gleichmäßige Entwicklung garantiert. Ich verstehe keineswegs, daß die Syndikate auch große Gefahren in sich bergen, daß die Zeit kommen kann, wo die Regierung sagt: Das geht uns zu weit, wenn etwa die Preise so hoch getrieben werden, daß die Konsumenten nicht mehr dabei bestehen können. Dann müssen wir einschreiten. Die österreichische Gesetzgebung hat es versucht. Aber ich habe mir bei der Prüfung des österreichischen Gesetzes gesagt: hier handelt es sich doch um ein Problem allerschwierigster Art. Zunächst kann die Gesetzgebung nur die Grundlinien schaffen, durch eine statistische Aufnahme einen vollständigen Überblick über alle diese Arten von Verbänden, über ihre Wirkung, ihren Umfang, ihre Wiederholung zu bekommen. Mehr ist zur Zeit nicht zu erreichen.

Ich habe mich zu diesen Ausführungen für verpflichtet gehalten, um zu zeigen, daß uns das Schicksal der Vorlage keineswegs gleichgültig ist. Nur noch einen Gesichtspunkt habe ich anzuführen. Herr Dr. Lieber hat sich gegen die Ausgestaltung des § 153 der Gewerbeordnung durch aus nicht grundsätzlich abgewandt. Aber er hat die Meinung vertreten, daß ebenso auch der § 152 einer positiven Ausgestaltung bedarf, weil in ihm nur die Anfänge zu einer gesetzlichen Ordnung vorhanden sind. Diesem Grundgedanken kann man eine gewisse Berechtigung einräumen. Herr Dr. Lieber hat aber verlangt, daß eine ganze Reihe gesetzlicher Regelungen gleichzeitig mit diesem Gesetz vorgenommen werden. Er hat genannt die Rechtspersönlichkeit der Berufsvereine, die Arbeitskammern, die gesetzliche Organisation des Arbeitnachweises. Aber alle diese Fragen gehören doch zu den allerschwierigsten Problemen. (Stürmisches Gelächter links.) Was notwendigerweise jetzt gewährt werden muß, soll zurückgestellt werden, bis weitgehendere Aufgaben erst gelöst sind. Das geht nicht. Hier müssen wir sofort eingreifen und durch das Gesetz helfen. Wir müssen deprimierend wirken gegen die Ausschreitungen der Arbeiter, andererseits aber auch alles unterstützen, was geeignet ist, die Lage der arbeitenden Bevölkerung zu bessern. Darin liegt der Accent unserer ganzen sozialen Gesetzgebung, er liegt in sozialer Gerechtigkeit! (Lebhafte Weisfall rechts.)

Präsident Graf Ballestrem:

Der Herr Bundesratsbevollmächtigte hat im Eingange seiner Rede die Ausführungen eines Abgeordneten, die ich bereits rekrifiziert hatte, noch einmal zu rekrifizieren für nötig befunden. Das ist ein Verfahren, das bisher bei den Mitgliedern des Bundesrats nicht üblich war. Es ist durchaus geeignet, die Thätigkeit des Präsidenten zu erschweren und sein Ansehen vor dem Hause herabzusetzen. (Lebh. Bravo! links.)

Preussischer Handelsminister Dr. Bresselt:

Meine Herren, es ist selbstverständlich, daß es nicht meine Absicht war, durch meine Äußerungen den Herren Präsidenten herabzusetzen und Kritik anzulegen an einer Äußerung, die er bereits gerügt hatte. Aber ich möchte meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß hier Dinge erörtert werden, wie es in keinem anderen Parlamente der Welt üblich ist. (Weisfall rechts.)

Präsident Graf Ballestrem:

Ich kann nur dabei bleiben, was ich gesagt habe. (Weisfall links.) Sächsischer Bundesbevollmächtigter Geheimrat Fischer: In dem „Vorwärts“ habe ich gelesen (Lachen bei den Sozialdemokraten) — ja, meine Herren, ich gehöre zu den eifrigsten Lesern des „Vorwärts“ (Heiterkeit) — daß in dem Urteil des hiesigen Landgerichts die Rechtsprechung des sächsischen Ober-Landesgerichts einer abfälligen Kritik unterzogen worden ist. Das betreffende Urteil hat mir bisher nicht in seinem amtlichen Wortlaute vorgelegen;

bis dies der Fall, muß ich aufs entschiedenste in Abrede stellen, daß jemals von dem höchsten Gerichte des Königreichs Sachsen Socialdemokraten gegenüber eine andere Rechtsprechung als gegenüber Mitgliedern anderer Parteien behest worden ist (Widerpruch links.) und bitte auch Sie, wenigstens auf die amtliche Publikation des betreffenden Urteils warten zu wollen, ehe sie mit einem absprechendem Urteil über das sächsische Ober-Landesgericht fertig sind.

Abg. Hausmann-Vöblingen (südd. Wp.):

Wenn das geehrte Mitglied des Bundesrats davon gesprochen hat, in keinem anderen Parlamente der Welt seien Äußerungen möglich, wie sie heute hier gefallen, so muß ich darauf sagen, daß kein Parlament der Welt von einem Regierungsmitglied sich vor-schreiben läßt, was ... (Glode des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem:

Herr Abgeordneter Hausmann, ich habe bereits vorher Gelegenheit genommen, zu erklären, daß eine Kritik meiner Geschäftsführung den Herren Bundesratsmitgliedern nicht zusteht. Ich muß es aber für ebenso unangemessen erklären, daß Sie Ihre Kritik nur das von mir bereits rekrifizierte Mitglied des Bundesrats noch einmal rekrifizieren, und bitte Sie daher, auf die Sache nicht weiter zurückkommen zu wollen. (Weisfall rechts und im Centrum.)

Abg. Hausmann:

Ich wollte nur meiner Freude über die Entschiedenheit Ausdruck verleihen, mit der Sie, Herr Präsident, die Würde des Hauses zu wahren verstanden haben.

Präsident Graf Ballestrem:

Herr Abgeordneter, ich wünsche weder eine zustimmende noch eine abfällige Kritik meiner Geschäftsführung. (Heiterkeit.)

Abg. Hausmann (fortfahrend):

Das Gesetz, sagt man, läßt den Arbeitern die Koalitionsfreiheit. Was sein: es erlaubt sie aber der Mittel, von dieser Freiheit Gebrauch zu machen. Um ein Bild zu gebrauchen: man läßt den Arbeitern einen schmalen Fußweg, legt aber Fuchseln auf beide Seiten desselben. (Heiterkeit und sehr richtig!) Der Herr Handelsminister hat zugestanden, daß die Fabrikanten unter Formen verhandeln, die vom Gesetze nicht zu treffen sind: wie schon Herr Wasserfmann und andere Redner mit Recht angeführt haben, ist es viel leichter, daß 20 Fabrikanten, als daß sich 1000 Arbeiter vereinigen.

Was erreicht man denn eigentlich mit dem Gesetze? Wie Herr Kollege Wasserfmann bereits mit Recht bemerkt hat, wird man eine breite Furchung von aufsteigenden Prozessen hinter jeden Lohnkampf herziehen. (Sehr richtig! links.) Wie meinen Sie, wird ein Gesetz auf das Rechtsgesühl des Volkes wirken, welches leichte Ausschreitungen, die im Lohnkampf — also im Kampfe zur Erbringung einer menschenwürdigen Existenz — vorkommen, mit Raub und Diebstahl auf eine Stufe stellt — oder vielmehr, welches einen, der eine Fährde Uhr gestohlen, auf ein paar Tage, einen, der ein leichtes Streikvergehen begangen, auf ein paar Monate ins Loch steckt. (Hört, hört! links.)

Ueber die befremdlichen Urteile unserer Gerichtshöfe bei Streikvergehen usw. brauche ich nach den treffenden Ausführungen der Herren Kollegen Lieber und Wasserfmann nichts hinzuzufügen: ich möchte nur sagen: die Äußerung des Abgeordneten Lieber über die deutschen Gerichtshöfe, die ihm einen Ordnungsruf zuzog, war weitaus kräftiger als der des Volkes aus der Seele gesprochen. (Lebhafte Weisfall links, zum Teil auch im Centrum.)

Alledings: legt der Staat wirklich so großen Wert darauf, den letzten Rest von Vertrauen zu verlieren, den er unter der arbeitenden Klasse besitzt, dann mag es sich ja empfehlen, diesen Entwurf Gesetz werden zu lassen, der in Gefängnis und Zuchthaus wirkt, wer immer für die vitalsten Interessen der arbeitenden Menge einzutreten sich erlaubt. (Lebhafte Weisfall links.)

Wenn die Herren von der Rechten, die jetzt für das Zuchthausgesetz schwärmen, Arbeiter wären, ja, dann würden sie anders urteilen, dann würden sie empört sein, daß sie nicht mehr Streikposten stehen sollen, dann würden sie in den Leuten, die ihnen mit solchen Gesetzen kommen, ihre gefährlichsten und verhassten Feinde sehen. (Sehr richtig! links.)

Der Herr Abg. Arndt hat es fertig gebracht, zu erklären, die nicht-socialdemokratischen Arbeiter seien für das Gesetz. Nun, meine Herren, die Hirsch-Dunderschen, die National-Socialen, die Christlich-Socialen haben sich gegen das Gesetz erklärt; nicht bloß die Wasserfmannen, sondern auch die Liebermannschen Gestalten. (Stürmisches Heiterkeit.) Herr Wasserfmann hat mit Recht schon die Einbringung der Vorlage als einen verhängnisvollen Fehler bezeichnet. Ich schließe mich ihm vollständig an. Wir haben heute gehört, daß der Reichskanzler allein für die Vorlage der Regierung verantwortlich sein soll. Regieren heißt nach einem alten französischen Sprichwort: Vorhersehen. Nun hat der Reichskanzler hier erklärt, er sei überaus gewiesen, daß auch so viele bürgerliche Parteien gegen die Vorlage seien. Er hat also sehr wenig vorhergesehen. (Sehr richtig und Heiterkeit links.) Wir haben weiter gehört, daß die Regierungen einstimmig der Vorlage zugestimmt haben. Wir sind also wieder um eine Hoffnung ärmer. Hätte man mehr Fühlung mit der Bevölkerung, ja mit diesem Hause hier gehabt, man hätte die Vorlage nicht einbringen dürfen. Herr Wasserfmann hatte recht, als er sagte, zwei Weltanschauungen stehen sich hier gegenüber: die Methode des Vertrauens und die Methode des Mißtrauens. — Das Mißtrauen der Arbeiter bekämpft man aber nicht mit Polizeimassnahmen, sondern mit Verständnis und Gerechtigkeit. Herr von Bennigsen hat einmal gesagt, das Bürgertum in Deutschland nehme nicht diejenige Stellung ein, die ihm gebühre. Er hatte recht. Wenn die nationalliberale Partei aufrecht den Weg weiter gehen würde, den gestern Herr Wasserfmann gegangen ist, das Bürgertum könnte bald die ihm gebührende Stellung im Staate erringen. Ich wage das nicht zu hoffen. Aber anerkennen will ich, daß sich die nationalliberale Partei in einem bedeutsamen Augenblick in einer hochpolitischen Frage ihrer Pflicht nicht entzogen hat, die Interessen eines freien Bürgertums zu vertreten und der Regierung eine entscheidende Niederlage zu bereiten. (Sehr richtig!)

Mit welchem Aplomb ist die Einbringung dieser Vorlage eingeleitet worden. Ich will an die Vorgeschichte gar nicht erinnern, nur auf die Antündigung in der Thronrede hinweisen. Mit hellem Vernehmen ist die Regierung monatelang an der Arbeit gewesen, dieser Antündigung nachzukommen. Herausgenommen bei dieser Arbeit ist dieses Gesetz, das hoffentlich niemals Wirklichkeit werden wird. Rein, wir brauchen nicht mehr Zuchthaus, sondern mehr Freiheit, nicht mehr Urteile, sondern mehr Urteil. (Lebhafte Weisfall links, Hissen rechts.)

Abg. v. Czarlinski (Pol):

Im Hause wird wohl von uns Polen niemand eine andere Haltung erwarten, als eine strikt ablehnende. Die Regierung will die Vorlage gegen Zwang, Bedrohung, Terrorismus haben. Bei den letzten Wahlen hat die Regierung gegen uns Polen gar viel Zwang, Bedrohung und Terrorismus geübt. Wir lehnen das Gesetz einmal grundsätzlich ab, dann weil es in speciellen den Richtern zu viel Spielraum läßt. Wir sehen in dem Gesetz ein Ausnahmengesetz und sehen ganz auf dem Standpunkt der Kollegen Lieber, Wasserfmann, Webel und der anderen Herren, die hier sich ablehnend ausgesprochen haben. Der Zuchthaus-Paragraf ist wohl nur der Ausführend wegen in das Gesetz gekommen, er betrifft nur ein begrenztes Verschuldungsgebiet, aber er ist in dieser Fassung auch völlig unannehmbar. Wir werden gegen das ganze Gesetz, aber auch gegen jede Kommissionsberathung stimmen.

Wir sind für die soziale Verbesserung, der Streik ist nicht unser Ideal, aber Streik und Koalition sind in bestimmten Fällen das einzige Mittel, um die Rechte der Arbeiter zu schützen. Deshalb ist es uns nicht möglich, einer Beschränkung des Koalitionsrechtes zuzustimmen. Die Ausführung der in der Vorlage niedergelegten

Bestimmungen muß zu einer Beschränkung führen. Das Gesetz dient nicht dem sozialen Frieden, sondern ist nur geeignet die Massen-gegensätze zu verschärfen. (Weisfall.)

Präsident Graf v. Ballestrem

teilt dem Hause mit, daß der Abg. Brodbeck (südd. Wp.) sein Mandat niedergelegt hat.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. Tagesordnung: Vertagungsordre des Reichstags, 3. Lesung des Nachtragsetats, Handelsabkommen mit Spanien sowie Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß 5 1/2 Uhr.

Tokales.

Achtung, Parteigenossen! In Treptow, Baumschulensweg sind uns alle drei für Versammlungen in Betracht kommenden Lokale entzogen worden, nämlich die von E. Schulz, A. Kdermann (früher Lauff) und Kefe (zur Wasbede). Die genannten Wirte entschuldigen ihr Vorgehen mit dem Grunde, den der Amtsvorsteher Schmod auf sie ausübe. Vor allem wollen die Berliner und Rixdorfer Genossen die hier bezeichneten Lokale meiden. Die Lokalkommission.

Die Genossen des fünften Kreises werden auf die heute abend im „Alten Schützenhause“, Linienstr. 6, stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht, in der der Genosse Dr. Wehl über folgendes Thema spricht: „Was hat der Tuberkulose-Kongress dem Proletariat gebracht?“ Um zahlreiches Erscheinen erucht Der Vorstand.

Ein neuer Kämpfer für Ordnung, Religion und Sitte.

Aus unserm Vorort Treptow erhalten wir folgenden Beitrag zur Charakteristik der rechtlichen Auffassung in Staatsrechtskreisen: Der in Schöneberg von der Bürgerchaft dankend abgelohnte Amtsvorsteher Schmod ist bekanntlich besoldeter Amtsvorsteher in Treptow geworden, nachdem die Herrlichkeit in dem zur Stadt erhobenen südwestlichen Vorort zu Ende war. In seinem neuen Wirkungskreise führte Herr Schmod nun bald das oben so sehr beliebte scharfe Regiment gegen die Arbeiterschaft ein. Jahrelang war das Verhältnis der Arbeiter zu den Saalbesitzern für beide Teile zufriedenstellend, da der Vorgänger des Herrn Schmod, Amtsvorsteher Hoffmann zwar streng, doch gerecht in seinen Obliegenheiten war und der Socialdemokratie wegen keinen Saalbesitzer Steine in den Weg legte. Dies änderte sich bald nach dem Amtsantritt des Herrn Schmod, wie einige Beispiele lehren mögen. Nachdem Gastwirt Kdermann durch das Verbot der Maffier schon empfindlich geschädigt ward, ist er jetzt durch die Androhung der Konzessionsentziehung und durch sonstige Hinweise auf die Rahteile, die ihm noch erwachsen könnten, veranlaßt worden, den „Socialdemokratischen Verein Vorwärts“ zu kündigen. Dieser Fall hat auch die übrigen Wirte ängstlich gemacht. Als die Zuchthausvorlage beraten werden sollte, wollte kein einziger Wirt mehr sein Lokal hergeben. Saalbesitzer Schulz zog die bereits gegebene Zusage mit den Worten zurück, daß der Amtsvorsteher ihm für den Fall der Hergabe seines Lokals zu socialdemokratischen Versammlungen mit der Polizeistunde gedroht habe; auch würde er den Kriegerverein veranlassen, daß dieser das Lokal fortan meide. Einen fast erheiternden Eindruck machte es, daß dem Gastwirt Staffeld, der seine Räume nämlich zum erstenmale dem Socialdemokratischen Verein zur Verfügung gestellt hatte, am anderen Tage die Ausübung der „Garten-Schankkonzession“ unterlag wurde, die seit Jahren darin bestanden hatte, daß die Gäste sich selber ihr Bier in einem kleinen Vorgarten trugen, um in frischer Luft ihr Gläschen zu leeren.

So fördert ein Amtsvorsteher vor den Thoren Berlins den Frieden unter den verschiedenen Bevölkerungsständen. Es erregt sich wohl die Bemerkung, daß auch in diesem Falle die Socialdemokratie es länger aushält, wie der neueste Socialistenvertilger; gar mancher ist schon zur Strecke gebracht worden, der ebenso frisch ins Feld zog wie Herr Schmod. Vorläufig ist es selbstverständlich, daß die Berliner Arbeiter strenge die bekannten Lokale in Treptow-Baumschulensweg meiden und den Wirten so zu verstehen geben, daß die allzu große Rücksichtnahme auf einen sich so sehr schließenden Amtsvorsteher ihre sehr bedenklichen Schattenseiten hat. Wir verweisen auf die entsprechende Veröffentlichung der Lokalkommission an der Spitze des Lokalen Teils.

Akademische Bildung.

Von einem Studenten der hiesigen Universität erhalten wir folgende Zuschrift: Zu Dienstagabend 1/2 Uhr war eine „Allgemeine Finkenversammlung“ in das Auditorium maximum der Universität einberufen worden. Es handelte sich, wie der Anschlag am schwarzen Brett und das, darum, eine Finken-Organisation, wie sie in Leipzig und Halle besteht, auch in Berlin ins Leben zu rufen. Ihre Haupttendenz ist, der bei weitem größeren Zahl der Finken die gebührende Vertretung und die gleichen Rechte mit den Korporationen zu verschaffen. Da mir diese Idee als eine durchaus berechtigte und moderne allgemein sympathisch war, gab ich meinen ursprünglichen Plan, im Deutschen Theater „Die Räuber“ zu sehen, auf und ging in die Versammlung mit der Absicht, mich eventuell auch an der Debatte zu beteiligen. Aber ebenso schnell wie dieser Gedanke in mir aufgestiegen war, schwand er wieder. Ich hatte einen eingehenden Diskurs über die Art der Organisation erwartet und was fand ich? Wüste Geheul, Getrampel und Scharen mit den Weinen. Die als Gäste eingeladenen Korpsstudenten — der Verein deutscher Studenten an der Spitze — hielten es für ihre Pflicht, Zeugnis von ihrer akademischen Bildung abzulegen. Die „Finken“ wollten natürlich hinter diesen Herren nicht zurückstehen, und so mußte ich mich selbst fragen, ob ich mich denn wirklich unter gebildeten Menschen befände und nicht etwa mitten unter der Schillerischen Räuberbande. Der junge Herr, welcher den Vorsitz führte, hatte wohl auch nicht das Zeug dazu, mit den Radonmodern umzugehen, obgleich er krampfhaft läutete und hin und wieder eine flotte Bemerkung wagte. Die beiden Delegierten der Halle'schen Finkenschaft, welche an der Versammlung teilnahmen, werden jedenfalls in ihrer Heimat viel von dem herrlichen Betragen ihrer Berliner Kollegen berichten können. Obgleich ich mich nicht zur socialdemokratischen Partei zähle, muß ich meinen Kommilitonen (in Korporationen wie nicht inkorporierten) doch dringend empfehlen, nur ja recht häufig socialdemokratische Versammlungen zu besuchen, um dort Sitte und Anstand zu lernen. Ich habe an sehr vielen Arbeiterversammlungen teilgenommen, aber noch nie eine von ihnen mit solchem Gefühl von Ekel und Widerwillen verlassen, wie diese Versammlung der akademischen Würger. Sie verlief denn auch ohne Resultat. Nachdem man den Radbau zwei Stunden lang angehört hatte, erklärte der Vorsitzende, daß Seine Magnifizenz, der Herr Rektor, den Stempel der Korpsstudenten voraussehend, die Erlaubnis zu einer neuen Versammlung, zu welcher diese Monseigneurs keinen Zutritt haben sollen, in Aussicht gestellt hätte.

Wir empfehlen den Scharfmachern jeglicher Couleur dies neue Exempel von der Betrohung der Jugend zur gefälligen Notiznahme.

Die Straßenreinigungs-Deputation beschäftigte sich am Dienstag mit dem vorläufig mündlich erstatteten Bericht über den Betrieb des Müllschmelzofens in der Gieshinerstraße. Dieser Ofen ist von der Genossenschaft Müllschmelze (Patent Wegener) erbaut, die der städtischen Verwaltung die Kontrolle des Betriebes durch städtische Beamte gestattet hat. Der Betrieb ist fünf Wochen hindurch unter Leitung des Regierungsbaumeisters Groß, der seinerzeit auch die Müllverbrennungsversuche nach englischem Muster leitete, genau beobachtet worden. Der Vorstand der Genossenschaft hat dabei mit der städtischen Verwaltung Hand in Hand gearbeitet, so daß die gewonnenen Ergebnisse für beide Theile von gleichem Werth sind. Der Ofen ist seit etwa 14 Tagen außer Betrieb wegen Vornahme von Verbesserungen. Die Versuche sollen nach

Wiedereröffnung des Betriebes noch auf kurze Zeit fortgesetzt werden.

Das Kuratorium der Berliner städtischen Sparkasse hat beschloffen, die Sparkasse fortan auch an den beiden letzten Geschäftstagen des Monats offen zu halten. Mit dieser Einrichtung soll zunächst versuchsweise schon mit diesem Monat vorgegangen werden. Die Sparkasse bleibt also am 29. und 30. d. M. von 9-2 Uhr geöffnet.

Einen Ring verschluckt zu haben wird der Rentier H. beschuldigt, der deswegen des Diebstahls verdächtig nach der Polizeiwache sifftiert wurde. Der Rentier ist Strohwitwer und suchte sich während der Abwesenheit seiner Frau in Lokalen mit Damenbedienung zu trösten. In einem Restaurant in der Friedrichstraße erregte die Kellnerin Paula E. die Aufmerksamkeit des Strohwitwers, die einen ziemlich breiten Ring, auf dem ein goldenes Fünfmackstück gelötet war, am Finger trug. Für diesen Reif interessierte sich H.; er zog ihn den Schmutz mehrere Male ab und plötzlich war der Ring verschwunden. Trotz alles Suchens kam das Wertstück nicht mehr zum Vorschein und nun beschuldigte die Kellnerin den Gast des Diebstahls. Da der Ring bei dem Rentier nicht vorgefunden wurde, behauptet die E., daß ihn der mutmaßliche Dieb verschluckt habe. Der Strohwitwer bestreitet die Beschuldigung mit aller Entschiedenheit, umso mehr als er bei seinem schwachen Magen so unverbäuliche Speisen gar nicht vertragen könne.

Übermal die elektrische Straßenbahn. Vor dem Hause Prinzenallee 7 stiegen gestern ein Wagen der elektrischen Straßenbahn und ein Geschäftswagen zusammen, wobei letzterer völlig zertrümmerte und die Insassen, Frau Henriette Jähldorf und ihr 9 Jahre alter Sohn, auf den Damm geschleudert wurden. Die Frau kam mit einer Hautabkürzung im Gesicht und der Sohn mit einer Verstauchung des linken Knies davon. Bei dem Anprall zerbrachen auch die Scheerbäume, das Pferd zerfiel das Geschirr und lief davon, wurde aber bald zum Stehen gebracht.

In der bekannten Straffache des Grafen von Glogoffen ist eine neue Verhaftung erfolgt. Sie betrifft den Pferdehändler Isidor Levy, Karlstraße 32, der mit einem gewissen Weinberg gemeinsam „Goldgeschäfte“ macht und schon viele Existenzen auf seinem Gewissen haben soll. Auch ein hiesiger Rechtsanwalt soll nunmehr in der Sache verwickelt sein.

Am Dienstag gegen 5 1/2 Uhr ist in der Mitterstraße zwischen Brandenburg- und Prinzenstraße ein Paket mit der Aufschrift „Räther“, enthaltend 20 Biletts für ein in der Neuen Welt stattfindendes Sommerfest, verloren worden. Der Finder wird gebeten, das für ihn wertlose Paket im Verbandsbureau der Metallarbeiter, Amnenstr. 30, abzugeben.

An Herzschlag gestorben und nicht ermordet, wie von einem hiesigen Blatte erzählt wurde, ist die 33 jährige Seifenhändlerin Hedwig Döring, die Linienstr. 206 wohnte und Montagnachmittag als Leiche in ihrem Bette aufgefunden wurde, nachdem sie seit Donnerstag vergangener Woche nicht mehr gesehen war. Es hatte sich zwar bald das Gerücht verbreitet, daß der Tod gewaltsam herbeigeführt sei, doch hat die Obduktion ergeben, daß lediglich Herzschlag vorliegt. Eine Untersuchung gegen verdächtige Personen hat daher auch nicht stattgefunden.

Die Leiche der 15-jährigen Tochter des Gastwirts St. in der Badstraße, die, wie mitgeteilt, sich vor acht Tagen in der Havel bei Bicheldorfer das Leben nahm, weil ihr bei einem Ausfluge ein Tuch abhanden gekommen war, ist jetzt von einem Bicheldorfer Fischer zu Tage gefördert worden.

Mit der Aufklärung eines Selbstmordes beschäftigt sich augenblicklich die Kriminalpolizei. Dienstagabend wurde Fehrbellnerstraße 30 die dort seit längerer Zeit wohnhafte Witwe Hedwig Wille in bewußtlosem Zustande unter dem Ausflußboden der Wasserleitung aufgefunden. Ein herbeigerufener Arzt stellte Vergiftung durch Schweinfurter Grün fest, und es wurden auch Pulverreste davon sowohl in mehreren Schachteln wie auch in einer auf dem Tische stehenden Kumpflase vorgefunden. Die durch Gegenmittel ins Bewußtsein zurückgerufene Lebensmüde gab zwar an, daß ein aubringlicher Bettler ihr gewaltsam das Gift eingefloßt habe, doch steht die Polizei dieser Angabe sehr skeptisch gegenüber. Es wird vielmehr angenommen, daß die an den Füssen vollständig gelähmte Frau aus Lebensüberdruß das Gift nahm, an dessen Folgen sie denn auch bald nach ihrer Ueberführung nach dem Krankenhaus Friedrichshagen verstarb. Ob, wie nachher behauptet, die Verstorbene im Besitze einer größeren Geldsumme gewesen ist, die später nicht vorgefunden wurde, konnte noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden.

Das Polizeipräsidium teilt mit: In dem vielfach vorbestraften Kaufmann Otto Schlichteisen, aus Berlin gebürtig, hat die Kriminalpolizei den Mann ermittelt und zur Haft gebracht, welcher in letzter Zeit Berlin und die Vororte heimlich, indem er sich unter allerhand Angaben Fahräder zu erschwindeln wußte. Schlichteisen ist in 35 Fällen geständig. Geschädigte, die noch keine Anzeige erstattet haben, wollen sich bei der Kriminalpolizei melden.

Um 9000 Mark bestohlen worden ist in der Nacht zum Montag ein städtischer Steuerheber R. Dieser hatte am Sonnabend seine Kautionszettel zurückgelassen und außerdem einen großen Betrag von Steuern, die er nicht mehr abliefen konnte, in seine Wohnung mitgenommen. Als R. am Sonntag mit seiner Familie einen Ausflug nach einem Vororte machte, ließ er das Geld in nicht verschlossenen Schreibrüden liegen. Bei der Heimkehr spät abends fand er die Wohnungstür, die er verschlossen hatte, nur noch in das Schnepperpfloß eingeschlagen, den Schreibrüden und alle übrigen Verhältnisse in der Wohnung erbrochen und den Inhalt durchwühlt und zum Teil herausgerissen. Das Geld war verschwunden, alles andere hatten die Diebrecher verschmätzt. Die Thäter sind noch nicht ermittelt. Man vermutet, daß es Leute sind, die wußten, daß R. die Kautionszettel abgehoben und Steuern eingezogen, aber noch nicht abgeführt hatte.

Durch einen Gerüstesturz sind am Mittwochabend um 5 1/2 Uhr auf dem Baugelände der Charité vier Personen schwer verunglückt. Für den Reubau der Neuen Charité, deren Grundmauern sich eben über den Baugrund erheben, errichtet der Maurermeister Tisch ein etwa 8 Meter breites und 6 Meter tiefes Gerüst, an dem später mit Dampfdruck die schweren Baumaterialien emporgewunden werden sollen. Gestern Nachmittag war der Maurermeister Karl Ventblü mit sechs Zimmerleuten an dem Gerüst beschäftigt. Dieses war bereits bis zum dritten Stod gediehen. Als man um 5 1/2 Uhr dabei war, den letzten Balken vor Feierabend hinaufzuwinden, neigte sich plötzlich das ganze Gerüst von Osten nach Westen und brach dann unter großem Getöse in sich zusammen. Drei Arbeiter konnten noch beiseite springen und sich retten, die anderen vier wurden unter den Trümmern begraben, der Polier Ventblü, der oben stehend die Arbeiten geleitet hatte und mit dem Gerüst in die Tiefe stürzte, und die Zimmerleute Hood, Leopold und Richter, die unten gestanden hatten und von dem stürzenden Gebälk zu Boden geschlagen wurden. Die Wucht des Sturzes war so groß, daß die aus dem Erdboden hervorragende Grundmauer zum Teil zertrümmert wurde. Der Verwaltungsdirektor der Charité, Weheimer Oberegerungsrat Spinola, erschien auf die Nachricht von dem Unglück sofort an der Unfallstelle und traf die nötigen Anordnungen für die Bezeugung und Unterkunft der Verunglückten. Mehrere Unterärzte der Charité leisteten die von dem Personal des Krankenhauses und den geretteten Zimmerleuten energisch betriebenen Vergungsarbeiten. Leider sind alle vier Personen, von denen drei Familie haben, schwer verletzt. Arm- und Beinbrüche, Verletzungen an Kopf und Brust machten eine sofortige Ueberführung mit Tragbahnen in die chirurgische Abteilung und den Operationssaal des Krankenhauses nötig. Dem Polier ist ein Bein fast ganz abgerissen, so daß es nur noch lose am Körper hängt. Bei der Schwere des Unglücks ist es noch ein Glück, daß infolge des Streiks und der Ausperrung nicht mehr Personen augenblicklich an dem Bau arbeiteten. Sonst wären wohl auch noch zahlreiche Maurer in Mit-

leidenschaft gezogen worden. Die Ursache des Zusammenbruchs festzustellen, bedarf es noch einer genaueren Untersuchung. Es scheint aber, daß das Gerüst nicht genügend verankert war und auch das verwendete Holz hat wohl nicht allen Anforderungen entsprochen; es scheint zum Teil zu alt zu sein.

Feuer im Depot der Pferdebahn-Gesellschaft Köpenickerstraße 92. Mittwochnachmittag 3/4 6 Uhr erging der Ruf „Mittelfeuer“ vom Pferdebahn-Depot in der Köpenickerstraße. Mehrere Dru- und Dampfzylinder eilten herbei und fanden einen Teil des Dachstuhlges vom linken Seitenflügel in hellen Flammen. Die Gefahr war eine sehr große, da in dem Dachstuhl des sehr langen und tiefen dreistöckigen Gebäudes Riesmengen an Heu und Stroh lagerten. Die anwesenden Angestellten der Gesellschaft brachten die in den Stallungen untergebrachten Pferde in Sicherheit und hielten sich bereit, den Wagenpark zu räumen, falls derselbe in Gefahr geriet. Glücklicherweise konnte dem Feuer durch einen von drei Seiten mittels fünf Schlauchleitungen erfolgten Angriff der Feuerwehr nach halbständiger Arbeit der Weg abgebrochen werden, so daß dasselbe auf einen kleinen Teil des Dachstuhls beschränkt blieb. Immerhin mußte über eine Stunde Wasser gegeben werden, bevor die meisten Löschzüge wieder abziehen konnten. Der verursachte Schaden ist beträchtlich, da auch das nichtverbrannte Futter durch das Wasser wertlos geworden ist. Wie das Feuer entstanden ist, konnte noch nicht ermittelt werden.

Straßenverengung. Das Kronprinzer-Ufer von der Veetshofen- bis zur Herwarthstraße wird behufs Umpflasterung vom 12. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Nach längerer Pause hatte die Feuerwehr innerhalb der letzten 24 Stunden mehrere erhebliche Brände zu beseitigen. In der Nacht zum Mittwoch ging Klopstodstraße 26 ein Dachstuhl in Flammen auf. Mittwoch früh 7 Uhr mußte auch Barischauerstraße 78 ein Dachstuhlbrand abgelöscht werden, der bei Ankunft der Wehr schon große Ausdehnung angenommen hatte. Der größte Teil des Dachstuhls wurde eingeebnet. Diensttagabend 10 Uhr war Steinmehrfstraße 12 in einem Weißwaren-Geschäft ein größerer Brand zu beseitigen. Vorher erfolgte Alarm nach Linienstraße 126, wo in einer Papierfabrik ein Schadenfeuer ausgebrochen war. Andreasstraße 8 brannte im Keller die Balkenlage. Außerdem waren Weidenweg 7 und Alie Jakobstraße 2 noch kleinere Brände abzulöschen.

Theater. Im Schiller-Theater wird Sonntag, den 25. Juni, die letzte Sonntags-Schauspielvorstellung in dieser Saison stattfinden; gegeben wird das Schauspiel „Die drei Mäuler“ von Schiller. Mittwoch, den 28. Juni, schließt die Schauspiel-Saison, am 29. Juni beginnt bereits die Oper mit „Lohengrin“ und „Der Widerspäh“. Die vier Götter „Liebes- träume“, „Die schnelle Verlobung“, „Ein Schifferknäuel“, „In Civil“ werden heute, Sonnabend und Sonntag bis Mittwoch wiederholt. Freitag ist die letzte Aufführung des Schauspiel „Die Frau vom Meer“ von Ibsen. — Im Central-Theater findet die letzte Aufführung des „Waldbenister“ und zugleich der Schluß der Operetten-Saison am Donnerstag, den 29. Juni, statt. Die Vorstellung beginnt abendwärts um 7 Uhr, da das Ensemble noch an demselben Abend um 11 Uhr per D-Bus nach Peterburg fährt, wo die Gastspiel-Vorstellungen im Aquarium-Theater bereits am 1. Juli beginnen.

Aus den Nachbarorten.

Die Mitglieder des Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Charlottenburg werden auf die heute abend 8 1/2 Uhr bei G. Bernide stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht und um pünktliches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Ein Abenteuer waren zwei junge Mädchen aus Rieder-Schönhausen ausgegangen, die man seit acht Tagen vermißt. Eine 14-jährige Tochter des Kaufmanns C. verschwand heimlich aus der elterlichen Wohnung, während ihr Vater sich auf Reisen in Hamburg befand. Mit ihr brannte eine 14 1/2 Jahre alte Tochter des Monteurs D. durch, der in Lübeck beschäftigt war. Die behördlichen Nachforschungen hatten gestern Erfolg. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß die beiden Mädchen sich in Berlin in der Admiralstraße eine Schlafstelle gemietet hatten. Als gestern die beiden Väter kamen, um ihre Töchter abzuholen, waren die Mädchen ausgeflohen. Durch einen Zufall aber wurden sie doch bald ergriffen. Die junge D. ergab sich in ihr Schicksal und folgte der Mutter willig nach Hause, die E. aber widerstrebte heftig und nahm, zu Hause angekommen, Morphium, das in einer Flasche auf dem Fensterbrett stand. Ein Arzt mußte schleunigst Geygenmittel anwenden und dann die Vergiftete nach Berlin in eine Anstalt bringen lassen.

Friedrichshagen. Der hier wohnhafte Maurer Otto Schröder ist am Montagnachmittag auf einem Berliner Reubau bei Aufbringen eines eisernen Trägers verunglückt. Er erlitt bedeutende Querschnitte und den Bruch einiger Beine am rechten Fuß. — In dem benachbarten Schöneiche fand am Sonntag die Kremspartie einer Berliner Herrengesellschaft ein trauriges Ende. Von dem Gewitter überrascht, scheuten die Pferde des Kremser. Ein Teilnehmer der Partie wollte die unruhigen Tiere festhalten, diese gingen jedoch durch und rissen den Mann zu Boden. Hierbei wurde ihm der rechte Fuß gebrochen und das linke Bein verletzt. Nach Bewährung der ersten Hilfe wurde der Verletzte noch in der Nacht nach Berlin geschafft.

In Reinickendorf hat die letzte Sitzung der Gemeinde-Vertretung sich mit dem Kanalisationsprojekt beschäftigt. Der Kostenaufwand beträgt bei Verlegung der Röhre mit Spundwänden 1 325 000 M. Dem vom Ingenieur Röhse vorgelegten Projekt wurde zugestimmt und man erwartet, daß auch die Regierung darin einwilligt. Ferner beschloß die Gemeindeverwaltung, die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr gegen Verunsicherungen zu versichern. Der Verein der freiwilligen Feuerwehr (Vf) giebt bekannt, daß die Feuerwehrestellen wie folgt festgesetzt sind: Hölzbruch, Schöngenhau, Residenzstraße 63; Schorch, Restaurant, Residenzstraße 41, Wolframs Restaurant, Residenzstr. 19, und Gäblers Restaurant, Bürgerstr. 1/2.

Unter dem dringenden Verdacht der Beteiligung an dem Totschlag, durch den der wegen seiner Raufstiftung gesuchte Sohn des Gärtnereibesizers Schwarzburg in Rankow ums Leben kam, wurden durch den Gendarmmeister Wachtmeister Katowitsch in Rieder-Schönhausen drei junge Burschen im Alter von 18 bis 20 Jahren in Haft genommen. Nach vorläufiger, eingehender Vernehmung auf dem Amtsbureau in Rieder-Schönhausen erfolgte ihre Ueberführung nach dem Untersuchungsgefängnis Moabit.

Beim Spielen ertrunken ist Dienstag ein 2 1/2 Jahre altes Kind einer Familie Förster, die sich in der Sommerfrische auf dem Schwanenberg, einer Insel gegenüber der Liebesinsel bei Treptow, aufhielt. Das Kind war, während man sich im Freien erging, einen Augenblick ohne Aufsicht gelassen und bald verschwunden. Nach einigem Suchen fand man es als Leiche am Wasser wieder.

Verfammlungen.

Schöneberg. Am Sonnabend, den 17. Juni, fand bei Obf, Brunenwaldstr. 110, eine öffentliche Holzarbeiter-Verfammlun statt, in welcher Kollege Bruns über das Buchhaus-Gesetz referierte. Redner unterzog die einzelnen Paragraphen einer scharfen Kritik. Für seine Ausführungen wurde ihm reichlicher Beifall zu teil. Für seine Ausführungen wurde eine im Sinne der Ausführungen gehaltene Resolution einstimmig angenommen. Mit der Aufforderung zum Beitritt zur Organisation wurde die gut besuchte Verfammlun geschlossen.

Leser- und Diskussionsabend. Donnerstag. „Neue Zeit“, Gieseler, Boyenstr. 40. — „Süd-Ost“, Volkshaus, Sorauer u. Gieselerstr. 10. — „Klub der Freunde“, Bachgänger, Swinowanderstr. 96. — „Socialist. Leser- und Diskussions“, Reichensbergerstr. 157. — „August Weis“, Streit, Rammstr. 87.

„Ost“, Schumann, Tiltterstr. 85 (jeden Donnerstag vor dem 1. und 15.). — „Morgenrot“, Wille, Viehwaldstr. 43 (jeden Donnerstag nach dem 1. und 15.). — „Brüderlichkeit“, Gieseler, Landwehrstr. 8 (jeden Donnerstag nach dem 1. und 15.). — „Freiheit“, Gieseler, Tiltterstr. 85. — „Freies Wort“, (jeden Donnerstag nach dem 1. u. 15. im Monat), Frank, Wallradstr. 9. — „Emancipation“, Spät, Weinstr. 28. — „Johann Jacobi“, Dieke, Schwedterstr. 33.

Arbeiter-Turnerbund Berlin und der Umgegend. Borf.: Ad. Neumann, Brunnenstr. 150. Alle Kenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Laufferstraße 33. Donnerstag. Abends 9-11 Uhr: Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — Männerchor „St. Urban“, Proj. Kamenstraße 9. — „Vorwärts II“, Ad. Neumann, Brunnenstr. 150. — „Süd-Ost I“, Peder, Köpenickerstr. 191. — „Vorwärts“, Scholz, Rammstr. 6. — „Völkischer Gesang“, Wiedemann, Friedrichstr. 67. — „Gesang. Berliner Arbeiter“, Feind, Weinstr. 11. — „Einigkeit I“, Gr.; Völkische, Vogel, Gausstr. 104. — „Viebslust I“, Rühlenswalde a. d. Spree, Dente, Schloßallee. — „Morgenrot II“, Adenick, Stoppelstr. 19. — „Freiheit“, Rummelsburg, Schröder, Rammstr. 7. — „Viebslust“, Schmidt, Swinemünderstr. 65. — „Alpenröslein“, Hagenfeld, Bergstr. 60. — „Alpenröslein“, Kunze, Forsterstr. 36. — „Sangeslust I“, Neumann, Putzbrunnstr. 30. — „Deutsche Erde II“, Brandenburg a. d. Havel, Salom, Dampfstraße 30. — „Freiheit III“, Neu-Weihensee, Königshaussee 38. — „Voreley“, Gemmering, Grünthalersstr. 3-4. — „Sangeslust“, Brandenburg a. d. Havel, Wollenweberstraße 3. — „Kornblume“, Wolf, Gr. Frankfurterstraße 133. — „Viebslust“, Drathschmidt, Galtstr. 102. — „Oberon“, Grander, Köpenickerstr. 100. — „Sorgenfrei“, Mähring, Admiralstr. 18a. — „Morgenrot“ (Bäder), Neumann, Brunnenstr. 150 (nachm. 4-6 Uhr). — „Süd-Ost II“, Ludwig, Wrangeistr. 88. — „Rödelpolitzer“, Rausch, Rammstr. 61. — „Fortschritt“, Fährtenhof, Köpenickerstr. 137/38. — „Gefährliche“, Sommer, Grünstraße 21. — „Waldpfeife“, Labowig, Kommandantenstr. 65. — „Viebslust II“, Kempfer, Moabit, Weinstr. 25. — „Oranienburger Vorpost“, Dieke, Adersstraße 123. — „Arbeiter-Gesang“, Freiheit IV, Bernau, Eghum, Berliner Damm. — „Steinmetz“, Sachs, Lindowstr. 26. — „Sangeslust“, Berder a. d. H., Martin, Angeweg 58. — „Hoffnung III“, Friedrichsberg, Böter, Friedrichsbergstr. 34. — „Senefelder II“, Brandenburg a. d. Havel, Hermann, R. Gartenstraße 1a. — „Süd-West“, Labowig (Klosterstraße), Kommandantenstr. 64. — „Helfenbrun“, Scherer, Blumenstr. 38. — „Räuber“, Friedenau, Grube, Stubenrauchstraße und Kaiser-Allee 66. — „Solidarität II“ (Maurer), Potsdam, Solg's Blumenstraße, Spandauerstr. 33. — „Melodie I“, Riddorf, Ringer, Bergstr. 7. — „Freiheit I“, Berner, Bälowsstr. 59. — „Grüne Erde“, Riddorf, Dtd, Hermannstr. 116.

Arbeiter-Turnerbund Berlin und der Umgegend. Kenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Eugen Kalksch, Riddorf, Wühlowerstraße 1, IV. Donnerstag: „Mehr Licht“, Weihensee, Sorrer, Straßburgerstr. 58. — „Kolumbus“, Conrad, Rumpfenstraße 3. — „Viebslust II“, Burmann, Viehwaldstr. 27. — „Kamerun“, Müller, Weidenweg 7. — „Glückseligkeit“, Neu-Weihensee, Stegemann, Streustr. 3. — „Unvergott I“, Neumann, Roppenstr. 17. — „Grüner Baum“, Feibe, Gieselerstr. 14. — „Berontia“, Weber, Gieselerstr. 33b. — „Feste Bräder“, Riddorf, Schöndorf, Hermannstr. 132.

Gesang, Turn- und gefellige Vereine. Donnerstag. Gefelliger Verein „Unter Lind“, Fischer, Weinstr. 66. — Orchesterverein „Kalejo“, Richter, Dresdenstr. 116. — „Kauisch“, Süd-West, Wilschütz, Eintrachtstraße 13. — „Kauisch“, Kempfle, Bühl, Räderdorferstr. 8. — „Starkluft“, Unter Lind, Bauer, Eisenbahnstr. 7. — Orchester „Vorwärts“, Riddorf, Victoria-Säle, Hermannstr. — „Statt“, Krebs, Boesstr. 21. — „Gesang“, „Sangeslust“ (Musikinstrumenten-Arbeiter), Raabe, Fichtstr. 29. — „Nubers“, „Vorwärts“, Kriminhalten, Kommandantenstr. 2. — „Statt“, „Gemüthlich“, Rausch, Jonas, Blumenstr. 21a. — „Statt“, „Gründ-Schwarz“, Dinde, Wilschütz 56. — „Gesang“, „Eintracht“, Rausch, Schönhauser Allee 139. — „Kauisch“, „Düne-sorge“, Rindberg, Vossenerstr. 52. — „Gesang“, Ritterhof, Zubeil, Lindenstraße 106. — „Kanzler“, Weihensee, Riddorf. Jeden Donnerstag nach dem 15. Ueferstr. 73. — „Tanzfl. Union“, jed. Donnerstag nach dem 1. u. 15. Verlesbergerstr. 23. — „Schacht“, Nordhorn, Bernstr. 3. — „Berliner Schach-verein“, Kommandantenstr. 20. — „Kauisch“, Rosalder Wäldchen, Genz, Kolbergerstr. 2. — „Statt“, „Soro Sieden“, Rührig, Roppenstr. 28. — „Gesang“, „Hoffnung“, Friedrichsberg, Frey, Friedrichs-Rarstr. 34. — „Theater-verein“, „Belweiss“, Altmann, Neue Dohstr. 49. — Bergnügungs-„Klode“, Bernsdorf, Rumpfenburgerstr. 6.

Arbeiter-Turnerbund. Donnerstag: Turn-, Richte, Berlin, abends 8-10 Uhr: 7. Männer-Abt., Reichensbergerstr. 131; 2. Damen-Abteilung, Adersstr. 67; 7. Lehrlings-Abt., Wollersdorferstr. 31. — Turnverein „Fische“, Adenick, Damen-Abt. von 1/8-1/10 Uhr, Hotel Klein, Wilschütz 64.

Arbeiter-Radsahrer-Verein Berlin. Monatsversammlungen: „Bezirk I“, jeden 1. Donnerstag, Wille, Andreasstr. 26. „Bezirk II“, jeden 2. Donnerstag, Raabe, Kolbergerstr. 23. „Bezirk III“, jeden 3. Donnerstag, Gwald, Schönleinstr. 6. Hauptversammlung, jeden 4. Donnerstag, Wille, Andreasstr. 26.

Arbeiter-Stenographen-Verein „Stolze“ (Einigungs-System), Bezirk Süd, Gieselerstr. 82, bei Jahn, abends 8 1/2 Uhr. — Bezirk Nord-West, Moabit, Klughaus, Weinstr. 9, abends 8 1/2 Uhr.

Hannover. Wir glauben nicht, daß es nötig ist, die Sache auch im „Vorwärts“ zu behandeln, da sie ja im „Volkswillen“ genügend kurzgefaßt wurde.

Alter Abonnent. Gehört zum 3. Armeekorps. 1. und 2. Abteilung, je 3 Batterien, in Brandenburg, 3. und 4. Abteilung, zusammen 5 Batterien, in Paderborn. Dreijährige Dienstzeit.

Vermischtes.

Ein Landgendarm ermordet. Gestern morgen wurde, wie der „Dresdner Anzeiger“ aus Redingen meldet, dort ein Landgendarm von zwei Geisteskranken überfallen und ermordet.

In einer kritischen Lage befanden sich die Passagiere des vorgestern abend in München aufgestiegenen Fesselballons der Sportausstellung, indem die Einzelwinde bei plötzlich auftretender Gewitter infolge Kurzschlusses der Maschine verfaßte. Mehr als 300 Personen waren nötig, um den Ballon, der ein Spiel der tobenden Winde geworden, zur Erde niedersuziehen, und die Passagiere, unter denen sich auch eine Dame befand, aus ihrer unangenehmen Situation zu befreien.

Aus diesen Orten Ungarns wird gemeldet, daß Sonntag und Montag starke Regengüsse, stellenweise mit Dolkenbrühen und Hagelschlägen, niedergegangen sind.

Marktpreise von Berlin am 20. Juni 1899

nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidiums.

Ware	D. Gr.	18,40	15,20	Schweinefleisch 1 kg	1,60	1,10
*) Weizen		15,10	13,90	Rohfleisch	1,60	1,-
*) Roggen		13,50	12,90	Damirfleisch	1,60	1,-
*) Futter-Gerste		15,60	15,10	Eintr.	2,40	1,80
Daste gut		15,-	14,50	Eintr.	3,00	2,20
mittel		14,40	14,-	Rausen	1,80	1,30
gering		4,-	3,32	Kaule	2,80	1,20
Rohstroh		7,-	4,-	Schaber	2,60	1,20
Heu		40,-	25,-	Beute	2,40	1,20
*) Erbsen		50,-	25,-	Beute	1,60	0,80
*) Speisebohnen		70,-	30,-	Eintr.	2,50	1,20
*) Winsen		6,-	4,-	Beute	1,20	0,80
Kartoffeln, neue		1,60	1,20	Arabis	1,-	3,-
Rindfleisch, Rente 1 kg		1,20	1,-			
do. Bauch						

*) Ermittelt von Tomme von der Centralstelle der Preuß. Landwirtschafts-Kommission — notiert nach — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 21. Juni. Der Getreidemarkt lag ziemlich still, die Tendenz war matter auf günstigen Saatensandberichts aus Ostreich und weiche Weizenpreise in New York und Chicago, wo reichliche Zufuhren und Abgaben der Weizen die Preise nach unten beeinflussten. In Berlin war namentlich Weizen gedrückt; der Kriteil schloß ca. 1/2 Pf. unter gestern. Roggen war anfänglich schwach behauptet, späterhin 0,60 M. nachgebend. Hafer lag etwas fester, Rüssel auf höhere Kapazität in Indien. — Am Spiritusmarkt waren die Termin- und Lokopreise behauptet, Volo 70er 40,40. Umsatz 35 000 Liter.

Schweinefleischmarkt. 21. Juni 1899. Zum Verkauf: 286 Rinder, 2262 Rinder, 2019 Schafe, 7533 Schweine. Bezahlt für 100 Pund Schlachtgewicht Rinder —, Bullen, gering genährte 48-52 Pf., Färsen, mäßig und gering genährte 45-51 Pf., Rinder 44-70 Pf., Schafe 51-62 Pf., Schweine 39-46 Pf. Von den Rindern blieben ungefähr 75 Stück unverkauft. Der Rinderhandel gestaltete sich langsam. Bei den Schafen fand nur knapp ein Viertel des Anstiehs Abfah. Der Schweinemarkt verlief langsam und wird kaum ganz geräumt, feste Ware war fast verpachtet.

Weiter Prognose für Donnerstag, den 22. Juni 1899. Ein wenig stiller, zeitweise heiter, vielfach wolkig bei ziemlich frischen südlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern. Berliner Wetterbureau.

Verfassungen.

Der Wahlverein für den vierten Reichstags-Wahlkreis (Südost) hielt am Dienstag in der Waldemarstr. 75 eine gut besuchte Versammlung ab. Zunächst wurden Vereinsangelegenheiten erörtert. Der Vorsitzende, Genosse Weise, erbat eine rege Beteiligung bei der am 2. Juli in einigen Bezirken stattfindenden Verbreitung des „Vorwärts“. Ferner teilte er mit, daß die verlangte Aufnahme einer Berufsstatistik unter den Vereinsmitgliedern in Angriff genommen worden sei. Um die Statistik fertig stellen zu können, sei es notwendig, daß diejenigen Mitglieder, welche bei der Aufnahme im Verein keine Angaben über ihren Beruf gemacht haben, dies nunmehr nachholen. Peter führte aus, es sei in einer politisch und gewerkschaftlich ereignisreichen Zeit, wie der gegenwärtigen, für die Arbeiter ein dringendes Bedürfnis, daß der „Vorwärts“ eine Abendausgabe veranstalte. Was den hiesigen Zeitungen möglichst sei, das müsse sich bei unserm Parteiblatt auch durchführen lassen. Die Preisliste solle dieser Frage näher treten. Redner werde zum Parteitag einen Antrag in seinem Sinne stellen. Da Genosse Pollenb. uhr, welcher einen Vortrag über das neue Alters- und Invalideneigenschaft übernommen hatte, nicht erschienen war, so trat Dr. Kurt Freudenberg statt dessen ein und hielt den angekündigten Vortrag. Der Redner unterzog die Änderungen des genannten Gesetzes einer kritischen Beleuchtung und kam zu dem Schluß, daß die Interessen der versicherten Arbeiter auch nach den neuen Abänderungen noch nicht genügend berücksichtigt werden, und die sozialdemokratische Fraktion sich bemüht sein werde, bei einer künftigen Beratung des Gesetzes weitere Verbesserungen durchzusetzen.

Der Wahlverein für den 6. Wahlkreis hielt am Dienstag für die Rosenhale Vorstadt in der Swinemünderstraße eine gut besetzte Versammlung ab. Genosse Jahn referierte über „Handelspolitik und Handelsverträge“ unter dem lebhaften Beifall der Anwesenden. Da über dieses Thema bereits mehrfach berichtet, glauben wir auf eine ausführliche Schilderung verzichten zu können. Um den Eindruck des Vortrags nicht abzuschwächen, wurde seitens der Versammlung von einer Besprechung Abstand genommen. Der Vorsitzende giebt hierauf noch bekannt, daß die Beschlüsse über die vermeintliche Zurückweisung den vom Wahlverein verabsolgtierten Karten für die Sonntagsvorstellungen auf der Sternwarte in Treptow auf irrthümliche Auffassung beruhen und wohl nur auf Ueberfüllung des Raumes während einer Vorstellung zurückzuführen sind. Denn die Direction der Sternwarte habe in zuvorkommender Weise erklärt, daß alle entnommenen Karten für sämtliche Vorstellungen an Wochen- und Sonntagen jederzeit Gültigkeit haben. Ferner richtet der Vorsitzende die erste Mahnung an die Genossen, auch während des Sommers nicht nur die Versammlungen des Wahlvereins zahlreich zu besuchen, sondern auch für dessen weitere Ausbreitung durch Anwerben neuer Mitglieder rege thätig zu sein, um den Zweck der Wahlvereine voll und ganz zu erfüllen: ein Hort gegen die Anstürme der Reaktion zu sein. Mit einem kräftigen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde hierauf die Versammlung geschlossen.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 22. Juni.
Sperhand. Der Ring des Nibelungen. Stegfeld. Anfang 6 1/2 Uhr.
Schaubühne. Faust. Anfang 7 Uhr.
Deutsches. Die drei Heiserfedern. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubaus. Der Schlafwagen. Controlleur. Sorber: Simi Gieseler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Wahrlagerer. Sorber: Pietro Garino. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wochen. Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 7 Uhr.
Central. Waldmeister. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Liebesdröhne. Ein Schäferstündchen. Die schnelle Verlobung. In Civil. Anfang 8 Uhr.
Ucker. Alliance. Durchläuchting. Hieran: Jochen Bödel. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshäufchen. Der Nachtominibus. Controlleur. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Nana. Anfang 8 Uhr.
Cheud. Die rote Mühle. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Berlin lacht! Anfang 8 Uhr.
Ucker. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Säger. Anfang 8 Uhr.
Passage. Panopticum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Operette in 1 Akt von G. David. Eintrittspreise 57-62. Täglich abends 3 von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Urania

Taubenstraße 48/49.
 Um 8 Uhr: Im Theater:
Das Land der Fjorde.
 Invalldenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
 Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Die rote Mühle.

Kundhaltungsbild in 8 Bildern von G. Dantowitsch u. G. Sondermann.
 Anfang 8 Uhr.
 Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
 Sonnabend, zum erstenmale:
Fiane, die zweite Frau.
 Schauspiel nach dem gleichnamigen Roman der Marit, bearbeitet von G. W. Meise.

Metropol-Theater.

Jeden Abend sensationeller Erfolg!
Berlin lacht!
 Berliner Revue in drei Abteilungen.
 Hierzu:
Das Press-Ballett
 und das phänomenale Specialitäten-Programm.
Hiss Dejo, die 6 Bonhairs, Frid-Frid, Paul Jülich.
Reizender Sommergarten.
 Rauchen in allen Räumen gestattet.
 Wochentags Anfang 8 Uhr, Sonn- und Feiertags 1/2 8 Uhr.

Victoria-Brauerei

Lühwstraße 111/112.
 Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
 Humoristische Soiree der Norddeutschen Säger
 (Führmann, Horst, Walde).
 Anf. Sonntags präc. 7, wochentags 8 Uhr.
 Entree 50 Pf. Sonntags 40 Pf. Familienbillets 3 = 1 M.
 Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

R. Ballschmieders

„Kastanienwäldchen“
 Konzertgarten u. Prachtfälle
 Badstr. 16. Gesundbrunnen. Badstr. 16.
 Täglich:
Gr. Promenaden-Konzert.
 Jeden Donnerstag:
Elite-Strich-Konzert.
 Sonntags: Großer Ball im neubauten Saal.
 Gespöche meine Säle zu allen Festlichkeiten.
 R. Ballschmieder.

Central-Theater

Direction: José Faroucy.
 Nur noch 8 Vorstellungen.
 Einiges Werk von Johann Strauß.
Waldmeister.
 Operette in drei Akten von G. David.
 Musik von Johann Strauß.
 Morgen und folgende Tage:
Waldmeister.

Sommertheater Marienbad

Badstraße 35/36.
 Regie: Willy Kouscho. Direction: Max Mekeburg.
 Heute sowie täglich:
Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
 Berlin wie's näht und treunt.
 Pöste mit Gelang und Tanz in 2 Akten von V. Elb.
 Nach der Vorstellung: **Ball.**
 In Vorbereitung:
Rosen aus dem Süden.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs
 71 Nüderdorfer Straße 71, am Rükliner Platz.
 Täglich: **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
 Nur erstklassige Nummern.
 Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachst. 20 Pf.
 Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachst. 10 Pf.
 Jeden Dienstag:
Norddeutsche Säger.
 Hermann Imbs, Director.

Reichshallen.

Im herrlichen Konzert-Garten resp. im großen Theater-Saal täglich:
Stettiner Säger
 (Wichel, Pietro, Britton, Siebel, Arone, Sirkmayer, Schneider und Schrader).
 Zum Schluß:
Cavalleria schufficana.
 Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
 Entree 50 Pf. (für die Wochentage im Vorverkauf 40 Pf.) Nummerierte Estrade 1 M., unnummeriert 75 Pf.

Sommertheater Marienbad

Badstraße 35/36.
 Regie: Willy Kouscho. Direction: Max Mekeburg.
 Heute sowie täglich:
Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
 Berlin wie's näht und treunt.
 Pöste mit Gelang und Tanz in 2 Akten von V. Elb.
 Nach der Vorstellung: **Ball.**
 In Vorbereitung:
Rosen aus dem Süden.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs
 71 Nüderdorfer Straße 71, am Rükliner Platz.
 Täglich: **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
 Nur erstklassige Nummern.
 Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachst. 20 Pf.
 Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachst. 10 Pf.
 Jeden Dienstag:
Norddeutsche Säger.
 Hermann Imbs, Director.

Reichshallen.

Im herrlichen Konzert-Garten resp. im großen Theater-Saal täglich:
Stettiner Säger
 (Wichel, Pietro, Britton, Siebel, Arone, Sirkmayer, Schneider und Schrader).
 Zum Schluß:
Cavalleria schufficana.
 Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
 Entree 50 Pf. (für die Wochentage im Vorverkauf 40 Pf.) Nummerierte Estrade 1 M., unnummeriert 75 Pf.

Sommertheater Marienbad

Badstraße 35/36.
 Regie: Willy Kouscho. Direction: Max Mekeburg.
 Heute sowie täglich:
Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
 Berlin wie's näht und treunt.
 Pöste mit Gelang und Tanz in 2 Akten von V. Elb.
 Nach der Vorstellung: **Ball.**
 In Vorbereitung:
Rosen aus dem Süden.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs
 71 Nüderdorfer Straße 71, am Rükliner Platz.
 Täglich: **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
 Nur erstklassige Nummern.
 Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachst. 20 Pf.
 Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachst. 10 Pf.
 Jeden Dienstag:
Norddeutsche Säger.
 Hermann Imbs, Director.

Urania

Taubenstraße 48/49.
 Um 8 Uhr: Im Theater:
Das Land der Fjorde.
 Invalldenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
 Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Die rote Mühle.

Kundhaltungsbild in 8 Bildern von G. Dantowitsch u. G. Sondermann.
 Anfang 8 Uhr.
 Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
 Sonnabend, zum erstenmale:
Fiane, die zweite Frau.
 Schauspiel nach dem gleichnamigen Roman der Marit, bearbeitet von G. W. Meise.

Metropol-Theater.

Jeden Abend sensationeller Erfolg!
Berlin lacht!
 Berliner Revue in drei Abteilungen.
 Hierzu:
Das Press-Ballett
 und das phänomenale Specialitäten-Programm.
Hiss Dejo, die 6 Bonhairs, Frid-Frid, Paul Jülich.
Reizender Sommergarten.
 Rauchen in allen Räumen gestattet.
 Wochentags Anfang 8 Uhr, Sonn- und Feiertags 1/2 8 Uhr.

Victoria-Brauerei

Lühwstraße 111/112.
 Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
 Humoristische Soiree der Norddeutschen Säger
 (Führmann, Horst, Walde).
 Anf. Sonntags präc. 7, wochentags 8 Uhr.
 Entree 50 Pf. Sonntags 40 Pf. Familienbillets 3 = 1 M.
 Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

R. Ballschmieders

„Kastanienwäldchen“
 Konzertgarten u. Prachtfälle
 Badstr. 16. Gesundbrunnen. Badstr. 16.
 Täglich:
Gr. Promenaden-Konzert.
 Jeden Donnerstag:
Elite-Strich-Konzert.
 Sonntags: Großer Ball im neubauten Saal.
 Gespöche meine Säle zu allen Festlichkeiten.
 R. Ballschmieder.

Central-Theater

Direction: José Faroucy.
 Nur noch 8 Vorstellungen.
 Einiges Werk von Johann Strauß.
Waldmeister.
 Operette in drei Akten von G. David.
 Musik von Johann Strauß.
 Morgen und folgende Tage:
Waldmeister.

Sommertheater Marienbad

Badstraße 35/36.
 Regie: Willy Kouscho. Direction: Max Mekeburg.
 Heute sowie täglich:
Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
 Berlin wie's näht und treunt.
 Pöste mit Gelang und Tanz in 2 Akten von V. Elb.
 Nach der Vorstellung: **Ball.**
 In Vorbereitung:
Rosen aus dem Süden.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs
 71 Nüderdorfer Straße 71, am Rükliner Platz.
 Täglich: **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
 Nur erstklassige Nummern.
 Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachst. 20 Pf.
 Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachst. 10 Pf.
 Jeden Dienstag:
Norddeutsche Säger.
 Hermann Imbs, Director.

Reichshallen.

Im herrlichen Konzert-Garten resp. im großen Theater-Saal täglich:
Stettiner Säger
 (Wichel, Pietro, Britton, Siebel, Arone, Sirkmayer, Schneider und Schrader).
 Zum Schluß:
Cavalleria schufficana.
 Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
 Entree 50 Pf. (für die Wochentage im Vorverkauf 40 Pf.) Nummerierte Estrade 1 M., unnummeriert 75 Pf.

Sommertheater Marienbad

Badstraße 35/36.
 Regie: Willy Kouscho. Direction: Max Mekeburg.
 Heute sowie täglich:
Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
 Berlin wie's näht und treunt.
 Pöste mit Gelang und Tanz in 2 Akten von V. Elb.
 Nach der Vorstellung: **Ball.**
 In Vorbereitung:
Rosen aus dem Süden.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs
 71 Nüderdorfer Straße 71, am Rükliner Platz.
 Täglich: **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
 Nur erstklassige Nummern.
 Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachst. 20 Pf.
 Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachst. 10 Pf.
 Jeden Dienstag:
Norddeutsche Säger.
 Hermann Imbs, Director.

Reichshallen.

Im herrlichen Konzert-Garten resp. im großen Theater-Saal täglich:
Stettiner Säger
 (Wichel, Pietro, Britton, Siebel, Arone, Sirkmayer, Schneider und Schrader).
 Zum Schluß:
Cavalleria schufficana.
 Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
 Entree 50 Pf. (für die Wochentage im Vorverkauf 40 Pf.) Nummerierte Estrade 1 M., unnummeriert 75 Pf.

Sommertheater Marienbad

Badstraße 35/36.
 Regie: Willy Kouscho. Direction: Max Mekeburg.
 Heute sowie täglich:
Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
 Berlin wie's näht und treunt.
 Pöste mit Gelang und Tanz in 2 Akten von V. Elb.
 Nach der Vorstellung: **Ball.**
 In Vorbereitung:
Rosen aus dem Süden.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs
 71 Nüderdorfer Straße 71, am Rükliner Platz.
 Täglich: **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
 Nur erstklassige Nummern.
 Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachst. 20 Pf.
 Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachst. 10 Pf.
 Jeden Dienstag:
Norddeutsche Säger.
 Hermann Imbs, Director.

CASTANS PANOPTICUM

Die sensationellen lebenden Photographien!
 mit Figuren in Lebensgröße.
 Die russische Damenkapelle „Mignon“ in moskowitzischen Kostümen.
 „Dreifuss“ mit 3 Beinen gebor. leb. Kosakenpferd.

Pahlmanns Vaudeville-Theater

Inhaber: F. Pahlmann.
 Schön. Allee 148, Station Allee 97/99.
 Täglich:
Konzert, Theater u. Specialitäten-Vorstellung

W. Noacks Theater,

Brunnenstraße 16.
 Täglich: **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
 Neu! Die Regimentsnummer.
 Pöste mit Gelang in einem Akt von W. Reichardt.
 Novität! Novität!
Der treueste Mann.
 Operette in 1 Akt von Carlos Duroso. Musik von G. Bendix.
 Im Saale: **Tanzkränzchen.**

Prater-Theater

Rastauer-Allee 7/9.
 Täglich: **Dorus Resl.** Volksstück mit Gesang u. Tanz von Hugo Sautz, Musik von A. Berlin. Rollen: Soubrette Fel. Vierrath, Gebr. Milardo, Grot. Quett, Tauma-Quartett, Gelang und Tanz, Aboue u. Compton, Red. Turner, Dr. Picardy, Fand, und Kopf. Goullibrich. Ballettgesellschaft Döring, Mr. Barling, lebende Photographien.
Konzert und Ball.
 Eintritt wochentags und Sonntags 30 Pf., nun. Platz 50 Pf. Kalbo.

Sommertheater Marienbad

Badstraße 35/36.
 Regie: Willy Kouscho. Direction: Max Mekeburg.
 Heute sowie täglich:
Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
 Berlin wie's näht und treunt.
 Pöste mit Gelang und Tanz in 2 Akten von V. Elb.
 Nach der Vorstellung: **Ball.**
 In Vorbereitung:
Rosen aus dem Süden.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs
 71 Nüderdorfer Straße 71, am Rükliner Platz.
 Täglich: **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
 Nur erstklassige Nummern.
 Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachst. 20 Pf.
 Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachst. 10 Pf.
 Jeden Dienstag:
Norddeutsche Säger.
 Hermann Imbs, Director.

Reichshallen.

Im herrlichen Konzert-Garten resp. im großen Theater-Saal täglich:
Stettiner Säger
 (Wichel, Pietro, Britton, Siebel, Arone, Sirkmayer, Schneider und Schrader).
 Zum Schluß:
Cavalleria schufficana.
 Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
 Entree 50 Pf. (für die Wochentage im Vorverkauf 40 Pf.) Nummerierte Estrade 1 M., unnummeriert 75 Pf.

Sommertheater Marienbad

Badstraße 35/36.
 Regie: Willy Kouscho. Direction: Max Mekeburg.
 Heute sowie täglich:
Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
 Berlin wie's näht und treunt.
 Pöste mit Gelang und Tanz in 2 Akten von V. Elb.
 Nach der Vorstellung: **Ball.**
 In Vorbereitung:
Rosen aus dem Süden.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs
 71 Nüderdorfer Straße 71, am Rükliner Platz.
 Täglich: **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
 Nur erstklassige Nummern.
 Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachst. 20 Pf.
 Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachst. 10 Pf.
 Jeden Dienstag:
Norddeutsche Säger.
 Hermann Imbs, Director.

Reichshallen.

Im herrlichen Konzert-Garten resp. im großen Theater-Saal täglich:
Stettiner Säger
 (Wichel, Pietro, Britton, Siebel, Arone, Sirkmayer, Schneider und Schrader).
 Zum Schluß:
Cavalleria schufficana.
 Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
 Entree 50 Pf. (für die Wochentage im Vorverkauf 40 Pf.) Nummerierte Estrade 1 M., unnummeriert 75 Pf.

Sommertheater Marienbad

Badstraße 35/36.
 Regie: Willy Kouscho. Direction: Max Mekeburg.
 Heute sowie täglich:
Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
 Berlin wie's näht und treunt.
 Pöste mit Gelang und Tanz in 2 Akten von V. Elb.
 Nach der Vorstellung: **Ball.**
 In Vorbereitung:
Rosen aus dem Süden.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs
 71 Nüderdorfer Straße 71, am Rükliner Platz.
 Täglich: **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
 Nur erstklassige Nummern.
 Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachst. 20 Pf.
 Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachst. 10 Pf.
 Jeden Dienstag:
Norddeutsche Säger.
 Hermann Imbs, Director.

Schweizer-Garten

Am Königsdör (Ringbahn) Am Friedrichshain.
Täglich: Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
 Volksbelustigungen aller Art. **Ball.**
 Freier Damentanz und **Ball.**
 Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
 An Wochentagen ist das Etablissement an Vereine zu vergeben

Action-Brauerei Friedrichshain

früher Eipps. Am Königsdör.
 Größter Konzertgarten und größter Konzertsaal Berlins.
 Heute (u. nur noch auf kurze Zeit)
Konzert
 von 2083 L.
Eduard Strauss
 kais. und königl. Orchesterkapelle mit feiner gesauten Kapelle
 aus Wien.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. reiner Platz 1 M.
 Bei ungünstiger Witterung im großen Konzertsaal.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenhalde 14-15. Kritische Zeitung: Paul Müllh.
Täglich: Großes Garten-Konzert.
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
 Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Specialitäten-Personals.
 Nur erstklassige Kräfte.
 Georg Fischer (Viebersänger), Karl Gursch (Tanz-Parodist), Kati Stöger (Kosim-Soubrette), Quila Blanchetty (Barforce-Goullibrichin), Pütz Larolla (Troupe-Excentriker) usw.
Neues gediegenes Familien-Programm.
 Entree: Wochentags 20 Pf. Entree: Sonntags 25 Pf.
 Nummerierter Platz 40 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.
 Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. Anfang der Vorstellung 6 Uhr.
 In den Festtagen: **Großer Ball.**
 Die Kaffeeküche ist geöffnet. **Max Klem.**

Wedding-Park

Müllerstraße 178. Am Wedding-Platz.
 Jeden Sonntag und Donnerstag:
Grosses Frei-Konzert,
 ausgeführt von der mitgeleiterten Hauskapelle unter Leitung des Musikdirigenten Herrn Koch.
 19240
 In Saale: **Grosser Ball.**
 7 verdeckte Sommer-Regelbahnen, von denen noch einige zu vergeben sind. — Volksbelustigungen aller Art. — Kaffeeküche täglich nachmittags von 3-6 Uhr geöffnet. — Sonn- u. Mal ab jeden Dienstag: Auftreten der Original-Norddeutschen Säger.
W. Trapp.

Monbiter Gesellschaftshaus.

Alt-Moabit 80-81.
Täglich: KONZERT
 und
Specialitäten-Vorstellung.
 Kaffeeküche geöffnet.
 Entree: Sonntags 20 Pf., wochent. frei.
 Die Direction.

Sommer-Theater „Alter Dessauer“

Kritikerstr. 32.
 Inhaber: A. Ladewig.
 Schatzkammer Garten Berlin.
 Täglich: **Theater und Specialitäten-Vorstellung.**

Otto Krüger & Co.

am Stadtbahnhof Jannowitzbrücke I. (Ecke Alexanderstrasse).
Fabrikation guter Herren- u. Knaben-Bekleidung
 Extra-Mass-Anfertigung.

Frühjahrs-Paletots	10,- M.	Werktags-Hosen 6, 5, 4, 3, 50, 2, 75, 2 M	Cheviot-Anzug	9,50 M.
Großer Kammgarn-Paletots	20,- M.	Schwarze Hosen 12, 10, 8, 6, 3, 75 M	Buckskin-Anzug	14,- M.
Havelocks	7,50 M.	Radfahrer-Hosen 7, 6, 5, 4, 3,- M	Großer Kammgarn-Anzug	24,50 M.
Sport-Gummi-Mäntel	19,50 M.	Knaben-Anzüge, Schul-Anzüge	Hosen nach Mass von 6 M. an	
Haus-Joppen	90 Pf.	entzückende Auswahl.	Anzüge nach Mass von 24 M. an	
Loden-Joppen	3 M.	Billige Preise.	Paletots nach Mass von 21 M. an	

Radfahrer-Anzüge.
 Hervorragende Leistungsfähigkeit, vielseitige Auswahl in Stoffen und Facons. 21,50, 19,50, 17, 13, 11, 9,50, 7,50 M.
Sammet-Mäntel für Radfahrer 40 Pf.
Gummi-Pelerinen für Radfahrer 5 M.

Am Stadtbahnhof Jannowitzbrücke I.
 vis-à-vis dem grossen Möbel-Kaufhaus
Th. Fork, Kretschmar & Co.

En gros
En detail.
Export.
 Ecke Alexanderstr.
 vis-à-vis
 Holzmarktstrasse.

Achtung!

Maurer.

Achtung!

Donnerstag, den 22. Juni, nachmittags 1 Uhr, in Kellers Festhale, Köppenstraße 29:

Gr. öffentliche Versammlung der ausgesperrten und streikenden Maurer Berlins und Umgegend.

Tagesordnung: Der jetzige Stand der Aussperrung.

Der Ausschuss: Fritz Kater, Karl Panser.

133/10

Centralverband der Maurer Deutschlands. (Zahlstelle Berlin II.)

Sonnabend, den 24. Juni, in der „Neuen Welt“, Hasenheide 107-110 (Straßenbahn-Verbindung nach allen Stadtteilen):

IX. Stiftungsfest

der Zahlstelle Berlin II des Maurerverbandes.

Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert. Grosser Kinder-Fackelzug, wozu jedes Kind eine Stadtlaterne gratis erhält. Jedes Kind eine Stadtlaterne gratis erhält. Grobes Feuerwerk und Spezialitäten-Vorstellung. — Für die Damen ist die Kaffeeküche von 3 Uhr nachmittags an geöffnet. Anfang nach 4 Uhr. Billet 20 Pf. Herren, die am Tag teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach Das Festkomitee.

Montag, den 26. Juni, früh 8 1/2 Uhr, Abfahrt: Straßenerbrücke 5:

Dampfer-Partie mit Musik

nach Neuer Krug—Neu-Rahnsdorf.

Preis für ein u. Rückfahrt (inkl. See-Nachfahrt) 1 Mark. Preis für ein Kind 50 Pf.

Der sich ergebende Ueberschuss ist zum Besten des Baufonds der Freiwilligen Feuerwehr bestimmt. Billets sind nur noch in beschränkter Anzahl, d. h. so weit Platz bei den Unternehmern zu haben.

Schleunige Bestellung erbeten.

A. Hoffmann, Blumenstraße 14, I. W. Mohs, Am Oberbaum 2, H. Pooge, Rüderdorferstr. 48, Cnergeb. II.

an Teilzahlung.

Möbel J. Kellermann,

Prinzenstr. 97, parterre, Eingang vom Platz 1

Rum, Liqueure, Cognac, Särgwaldstr. 49 nur 5 p. auch Gräfstr. 6 im Laden.

Restaurat, Bangegegend, großes Bier einzimmer, eignet sich gut zur Zahlstelle, ist wegen Todesfalls zum Inventarpreis sofort zu verkaufen. 91/1 Wilhelmshavenstr. 10.

Sohen-Schönhauserer helles u. halbdunkles Export, 30 Flaschen f. 1 M. 50 Pf., fendet frei ins Haus H. Neumann, Dresdenerstr. 102.

Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied und Vertrauensmann, der Kamerad

Wilhelm Frisch im Alter von 27 Jahren, am Dienstag, den 20. Juni, verstorben ist.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied und Vertrauensmann, der Kamerad

Wilhelm Frisch

im Alter von 27 Jahren, am Dienstag, den 20. Juni, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle zu Behndorf statt. 257/11

Der Vorstand.

Dankagung. Allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gefangenen „Schlöhmann“, sowie den Kollegen, Arbeitern und Arbeiterinnen der Gummiwaren-Fabrik C. Müller für die schönen Kranzspenden und herzlichste Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders Otto Reinreich sagen hiermit unsern tiefgefühltesten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen. [H]

Allen Freunden und Bekannten teile ich hierdurch mit, daß ich am 24. d. M. in Boyenstr. 33 ein Kaiser-, Friseur- und Haarschneide-Salon eröffne. In der Hoffnung auf allseitige gütige Unterstützung meines Unternehmens, zeichne Hochachtung Hermann Pradel, 513, Geschäftsführer d. Firma Junke.

Gesellschaft aller Freunde u. Bekannten

Carin Weiss, Bayrischbier- und gr. Speisegeschäft, Reichshausstr. 11, von 30 Pf. Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendbrot & La carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Kamin für 20-50 Personen. H. Stramm, Rest. Ritterstr. 123.

Billig! Knabenanzüge. Billig! Mädchenkleider in großer Auswahl. O. Hoffmann, Veteranenstr. 14.

Socialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Heute Donnerstag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des alten Schützenhauses, Vintner-Strasse Nr. 5:

Gr. öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Weyl über: Was hat der Arbeiterkongress dem Proletariat gebracht? 2. Diskussion 3. Vereinsangelegenheiten. Gasse sehr erwünscht. Der Vorstand.

Donnerstag, den 22. Juni, nachmittags 4 Uhr, in Louis Kellers Festhale, Köppenstraße Nr. 29:

Große öffentliche Versammlung der Puger Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: Die Aussperrung der Maurer und die weitere Stellung der Puger zu derselben. 133/11

Die Aussperrung der Maurer und die weitere Stellung der Puger zu derselben. Die Lohnkommission.

Freitag, den 23. Juni, vormittags 10 Uhr, in Cohus Festhale, Benth-Strasse Nr. 20-21:

Große öffentliche Versammlung der bei der Aussperrung der Maurer in Mitleidenschaft gezogenen Bauarbeiter Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Lage und den Stand der Aussperrung. 2. Bericht über die vorgenommene Baukontrolle. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

Ferner macht die Lohnkommission bekannt, daß vom Freitag ab in folgenden Festhale die Abfertigung vor sich geht:

1. Friedrichshagen: bei Heintze, 1. Friedrichshagenstr. 11, von 10-12 Uhr vormittags. 2. Hildesheim: bei Thomas, Hermsdorfstr. 49, von 2-4 Uhr nachmittags. 3. Berlin: bei Schmidt, von 10-12 Uhr vormittags. 4. Schöneberg: bei Doh, Grunewaldstr. 119, von 2-5 Uhr nachmittags.

Ferner machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß die Auszahlung der Unterfertigung am Sonntag von 8-12 Uhr vormittags und von 2-6 Uhr nachmittags im Central-Bureau stattfindet. 30/14

Die Lohnkommission (centrale Richtung).

Berl. Gewerkschafts-Kommission. Donnerstag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Öffentl. Versammlung der Delegierten im Lokal „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung: 1. Die Aussperrung der Maurer Berlins. 2. Der neue Abstimmungsmodus in der Kommission bei wichtigen Fragen. 3. Bericht über den Streik der Steinleger. 4. Gewerkschaftliches. Die Delegierten sind verpflichtet alle zu erscheinen. Der Ausschuss. J. U.: Rud. Millag.

Adtung, Steinseher! Heute abend 8 Uhr, Brunnenstraße Nr. 188: Versammlung.

Tagesordnung: Die Situation des Streiks und Beschlußfassung über eventuelle weitere Maßnahmen. 174/7

Zu dieser Versammlung müssen auch alle in Arbeit stehenden Steinseher erscheinen. Die Lohnkommission.

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche aus schließlich eigenes Fabrikat. — Spezialität: Arbeiter-Berufsartikel: Blau Koper-Jaden Nr. 1,65, feigend je nach Größe um 10 Pf. Blau Koper-Jaden, in allen Größen, Nr. 1,65. Arbeiterhemden, Blusen, Wästel u. Montierhemden. D. Wurzel & Co., Brunnengasse 17

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprachst. 9-7.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen. Gegr. 1892.

Sonntag, den 25. Juni 1899, nachmittags 4 Uhr:

Sommerfest

in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20. Konzert. Specialitäten. Tanz etc.

Billets a 25 Pf. sind in den folgenden Zahlstellen zu haben: Frau Waschau, Eichenborfstr. 2; Frau Schmitz, Oberbergerstr. 35; Frau Schlichting, Prinz Eugenstr. 2; Frau Berger, Wilmersb. 36; Frau Sachse, Köpenickerstr. 57; Frau Fehler, Dresdenerstr. 13; Frau Michaelis, Alexandrinenstr. 117 a; Frau Gogus, Schönberg, Veltjeferstr. 5; Frau Radtke, Charlottenburg, Osuabraderstr. 2 und beim Kassierer Gerlach, Walberstr. 23.

Ballschmieders Salon Badstrasse 16. Sonnabend, den 24. Juni 1899:

Grosses Sommerfest

verbunden mit Bannerweih

Arbeiter-Gesangverein Oranienburger Vorstadt (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes).

Festrede, gehalten vom Genossen Max Kiesel. Programme an der Kontrolle gratis. Billets für Freunde und Gönner des Vereins sind bei den Mitgliedern a 25 Pf. zu haben.

Nach der Bannerweih: Tanz. NB. Das Banner ist das erste, welches die Witme des verstorbenen Reichstags-Abgeordneten Karl Grillenberger in Nürnberg für Berlin lieferte. Das Komitee.

Otto Malice, Reichenbergerstr. 15, am Kottbuser Thor.

Speel, fetter a Pfd. 55, bei 5 Pfd. 50 Pf. nager 65, 5 60, Dasselbe, feiner, bei 5 Pfd. 55, 5 60, Thüringer Wurst 75, R. Vederwurst 75, Pommes, Kandelwurst 85, Braunschweiger Wurst 75, Polnische Bratwurst 65, Prima Schmalwurst 105, Salami 105, Sorderschinken, im ganzen 54, 1/2 50, 70 u. 80, Rigaer 90, 70 u. 80, Kasseler ohne Knochen u. Pf. 65

Pianos, große Auswahl, umgehälter von 150 M. an. Flügel, Salonorgel u. 100 M. an. Casselerstr. 70, I. 7448

Welche Cigarotten halten Sie für die besten der Gegenwart?

Leicht und aromatisch. Unerreicht im Wohlgeschmack.

Salimas „Ideal des Kenners“

100 Stück 3 Mark.

Salimas „Perle für Berlin“

100 Stück 2 Mark. [18472*]

Diese anerkannt besten Qualitäten sind in allen Cigarren-Geschäften käuflich!

Generalvertretung der Cigarettenfabrik Salima Carl Bayer, Berlin, Friedrichstr. 34.

Fahrräder, verschiedene Marken, auch wenig gebrauchte, zu den billigsten Preisen liefert Carl Karas, Vossstr. 17, part., kein Laden, Eigene Reparatur-Teilzahl. Semil. Juchow.

Welche Cigarotten halten Sie für die besten der Gegenwart?

Jedes 5 Pfennig. Wort: Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Dönhofsstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Destillation mit Restauration, alt, vorzüglich eingeführt, große Räumlichkeiten, im besten Teile Grobe Frankfurterstraße, von Oktober anberwillig zu vermieten. Näheres bei Sam. Hürbringerstraße 4. 130/5

Gartenlokal, Tanzsaal, Stadt- und Pferdebahn-Verbindung, da unterhalten, sofort veräußert. Rofor. Richterberg, Dorfstraße 2. 72

Klempnerei, Ladengeschäft, zu verkaufen. Großbeerstraße 23, Restaurant folgt. 741b

Bierverlag, Klein, zu verkaufen. Sebaltsstraße 70. 742b

Kolonialwarengeschäft m. Speise- wirtschaft sofort billig zu verkaufen. Mag. Vogel, Oberföhrstraße, vis-a-vis den elektrischen Werken. 732b

Edelkaffee, seit 28 Jahren bestehend, jetzt oder per 1. August zu verkaufen. Offerten unter L 2 Expedition dieses Blattes. 745b

Gelegenheitskauf. Mahagoni Vaneel-Lackensofa, Patentsofa, rote Wäschkasten, Säulenstapel mit Stufe, Rückenstuhl Anklamstr. 20, Laden. 696/5

Möbel, bar und Teilsablung billig Frankfurter Allee 110, 1 Treppe, Gde Königsbergerstraße. 4

Lebendes Fischfutter (Waphinien) istlich frisch Schlieper, Grun- strohe 26. 753b

Aquarium mit Pflanzen verkauft billig Pacy, Voehstraße 21. 713

Junge Stiere zum Ankauf 1,25, Schwarzbrostein, laut Preisend, 4,00, junge 1,50, junge Eltern. Hols- schärer 2,50, Bräunstraße 1, Special- geschäft. 721

Möbelverkauf, Oranienstraße 73, zwischen Wörstplatz und Alexandrinen- straße, in meinem vier Etagen hohen Fabrikgebäude, großes Möbel-Special- geschäft für Wohnungs-Einrichtungen. Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein tollkühles Lager vor Eintausf zu be- sichtigen. Bestehen Sie mein größtes Musterbuch gratis und franko. Durch größere Masseneinfäufe und Ersparung der teuren Bodenmiete und ich im Stande, häßliche und geschmacklose Wohnungs-Einrichtungen schon für 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante von 500 bis 10000 Mark zu liefern. Neuzige Musterzimmer zur Ansicht. Wohnungs-Einrichtungen aus Teilzah- lung unter den kaiserschen Beding- ungen. Bestehen ohne Anzahlung. Eigene Tapezier- und Dekorateur- werkhaut. Brautleute erhalten häßliche Luxus-Möbel als Zugabe. Kleider- schrank 20, Waschtiselle, Rückenstuhl 18, Kommode 15, Spiegel 7, Puschel- lehrerstuhl 35, Sopha 30, Bettstelle mit Matrize 18 Mark, Ruhebaum und Mahagoni furnierte Kleiderstühle, Berlin 32 Mark, Nischeibettstelle mit Sprungbettdobden 40, elegante Truemeasur 45 Mark, Salon-Garnitur 60, 75 und 105 Mark, Vaneelsofah mit Sattelstühlen 75, Herrendreihüch 45, reichgezierter Buffet 100 Mark. Zu ganz billigen Preisen werden die großen Vorräte vertrieben gewiesener, zum Teil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisekammer, Salons und Schlafzimmer. Täglich Eingang gebrauchter, einfacher und feiner Möbel. Gefasste Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Werkstätte in die Wohnung ge- bracht und aufgestellt, auch außerhalb.

Strickmaschinen für Familien- und Hausgebrauch, auch auf Teil- zahlung. Gustav Broderick, Engels- straße 20. 713

Fahrräder! Hochsele, elegante, stabile deutsche Maschinen. Garantie 12 Monate. Umhängebäder 150 Mark. Fahrradniederlage Oranienstraße 33, II.

Fahrräder wegen Aufgabe des Fahrradlagers äußerst billig zu ver- kaufen. Händler verbeten. Möbel, Vaukerstraße 9. 694b*

Ein Zweirad zu verkaufen. Stre- ligerstraße 15 II. Hof 1 Treppe bei Klare. Zu sprechen abends von 8-10. 746b

Galbreuner, Radli, hoch, emailliert und vernickelt, mit Continental-Pneu- matik und Prädikonslager (postbilig). Fahrradgarantie 10 Monate. Große Frankfurterstraße 146, III. rechts. 700/17

Fahrrad verkauft Frau Köppen, Gartenstraße 61. 74

Fahrrad, elegante deutsche Ma- schine, fast neu, transtschalder sofort postbilig veräußert. Waldemar- straße 27, I. 90/19

Nähmaschinen auch ohne An- zahlung. Befestigung Postkarte. Lindner, Bernauerstraße 75. 80/4

Strepdecken kauft man direkt vom Antertiger. Schmeizler, Blumen- straße 13. 1967/2*

Angeschmiedete Damendamen mit häßlicher Handhülle, Kleiderkasten, sonst tadellos, von 1,10 an. Ebenso Damendamen mit eleganten Stiefeln von 1,20. Handhülle: Nähmaschinen Domig, Alexanderstraße 30, Vorder- haus, 1 Treppe. 388*

Bettstellen, Matrizen, Kleider- stuhl, Rückenstuhl, Schlafsofa, Spiegel, Tisch, Säulenstühle, Betten, Gas- stove abtreifbar sofort postbilig veräußert. Waldemarstraße 27, vorn I. 90/20*

Betten, Schlafbeden, Stoppbeden, Portieren, Heizungsstühle, Leppstühle, Tischdecken, Regulatoren, Remontoir- ungen (postbilig) Plandische Reander- straße 6. 90/20*

Rohrstuhl, Fuhrtritt, Spiegel und Konsole mit Marmorplatte, 30 Mark, veräußert. Döpel, Tüftlers- straße 13. 8A

Vermischte Anzeigen.

Elektrotechnik, Abendkursus. Be- ginn 28. Juni. Anmeldungen um- gebend, keine Vorbenimmisse. Schluß- prüfung, Abgangszeugnis. Stellen- nachweis. Nachn, Alte Jakobstraße 24.

Vereinszimmer, 20 und 40 Per- sonen. Gust. Pier, Alte Jakob- straße 119. 1904/2*

Vereinszimmer, 40 Personen fassend, frei. Gustav Labowitz, Kom- mandantenstraße 65, nahe Alte Jakob- straße. 1902/2*

Vereinszimmer, 30 bis 50 Per- sonen, auch Zahlstelle. Petersburger- straße 55. 78

Zu Sommerfesten und Wälen mein Lokal noch einige Sonnabende im August frei. Festküle und Garten. Bernau, Schwedterstraße 23. 735*

Klagen, Eingaben, Unfallkosten etc. Hehrich, W., Steinwegstraße 23. 730b

Schulze & Co. Fahrräder 185,00. Erstgute, Reparaturen, sanftere An- schaffung, Versicherung und Kasko- schutz gegen Diebstahl. Oranienstraße 199. 388*

Stellenangebote.

Fahrdigtmacher verlangt Schuize, Oranienstraße 185. 735b

Kartonschneider wird verlangt Weigel, Wilmersstraße 4. 735b

Fahrdigtmacher, tüchtig, in allen Fächern der Kartanbranche firm, findet Stellung bei Gustav Fränkel, Rosanen- Allee 79. 740b

Tüchtigen Fahrdigtmacher bei hohem Lohn verlangt Jocke, Stalfer- straße 28. 30/1

Fahrdigtmacher verlangt Gold- schmidt, Diefenbach- straße 33. 735b

Bücher sofort verlangt Schult- ze 2. 751b

Klempnerlehrling verl. Stange, Oppelnerstraße 48. 308

Blüschadert-Arbeiterinnen, glatte Sachen, Façon 2,50 Mark, verlangt Steinmann, Rionsfirchstraße 35, II. 743b

Wamsfeld (Jadette) verlangt Schmidt, Reichenbergerstraße 37. 747b

Schneiderin findet dauernde Arbeit Waldemarstraße 52 in Pergandens- hoferei. 743b

Mädchenjacketts - Arbeiterin auhem Hause (einfache) verlangt Schmidt, Reichenbergerstraße 32. 730b

Frauen und Mädchen können in meiner Werkstatt das Wästelnähen erlernen, nur acht Tage Lehrzeit. W. Van, Weidenweg 29 III. 737b

Blusen. Tüchtige Arbeiterinnen auf bessere konfektionierte wollene und seidene Blusen, die bei sanfterer An- schaffung Wollen liefern können, finden dauernde und gut bezahlte Beschäf- tigung. Webungen mit Vorlage von Probestück bei Ogler & Böhmann, Kurstraße 47/48, III. 699/5*

Geseborten-Mädchen verlangt Frau Vanger, auch lernen, hohe Preile, Forsterstraße 45, 2 Treppen. 730/1

Frau zum Zeitungstragen, Kor- warts für Rosbit, verlangt Weibe, Triftstraße 43a. 729b

Wamsfeld auf Mädchen-Jaden auhem Hause verlangt Prinz Eugen- straße 8, vorn I. 752b

Wamsfeld auf bessere Jacketts, nur in meiner Werkstatt, Façon 2 bis 4 Mark, verlangt Van, Weiden- weg 29 III. 726b

Züchner

109/16*

finden dauernde Beschäftigung bei guten Löhnen. Reicherzeugung.

Gebrüder Zepler, Dresden, Oplanderstraße 9.

Knabenanzüge, Hosen und auch Lehrmädchen verlangt 734b) Kaiser, Brunnenstraße 84.

Tüchtige Nabis-Puger bei hohem Lohn gesucht. 106/18*

Special-Gangschäft J. Weigold, Leipzig, Sternwartenstr. 77.

Tüchtige Fahrdigtmacher sucht, vorher schriftliche Webung erbitend, die Goldschmidtfabrik A. Rechtenbach, Stendal. 109/17*

Achtung, Holzarbeiter!

Bei Elsholz, Kranstr. 52, stehen die Kollegen im Streik.

In der Tischlerei von Scholz, Weidenstraße 7, 2. Hof, II, haben künftige Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zutritt verhalten.